

Bundesgesetzblatt ²⁵⁹³

Teil II

Z 1998 A

1994

Ausgegeben zu Bonn am 12. Oktober 1994

Nr. 47

Tag	Inhalt	Seite
28. 9. 94	Gesetz zu dem Abkommen vom 18. März 1993 zur Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und zu weiteren Übereinkünften FNA: neu: 57-3; 57-1, 188-51 GESTA: XA23	2594
30. 9. 94	Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 16. Oktober 1980 über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge GESTA: XB10	2645
29. 8. 94	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Algerien	2654
6. 9. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen	2655
8. 9. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen	2655
13. 9. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Besteuerung von Straßenfahrzeugen zum privaten Gebrauch im internationalen Verkehr	2656

Gesetz
zu dem Abkommen vom 18. März 1993
zur Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut
und zu weiteren Übereinkünften

Vom 28. September 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Folgenden, in Bonn am 18. März 1993 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkünften wird zugestimmt:

1. Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971 und die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530),
2. Abkommen zur Durchführung des Artikels 45 Absatz 1 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen,
3. Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zur Außerkraftsetzung des Abkommens vom 3. August 1959 über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg in der durch das Abkommen vom 12. Mai 1970 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1362; 1962 II S. 121; 1963 II S. 745; 1971 II S. 1077, 1303).

(2) Die aufgeführten Abkommen und das Übereinkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S. 1183), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. November 1966 (BGBl. I S. 653), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift von Teil II Kapitel 1 wird wie folgt neu gefaßt:

„Kapitel 1

Ausführungsbestimmungen

zu Artikel VII Abs. 5 und 6 des NATO-Truppenstatuts und zu Artikel 19 und 75 des Zusatzabkommens“.

2. Nach Artikel 4 wird folgender Artikel 4a eingefügt:

„Artikel 4a

Die in Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a und Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts geregelte Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten ist nach dem folgenden besonderen Bestimmungen auszuführen:

§ 1

Soweit die Behörden des Entsendestaates die Gerichtsbarkeit ausüben, sind die Strafverfolgungsbehörden auf deren Ersuchen befugt, zur Erfüllung der sich aus Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a und Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts ergebenden Verpflichtungen den Verfolgten vorläufig festzunehmen und bis zur Übergabe an die Militärbehörde des Entsendestaates festzuhalten sowie Beschlagnahme und Durchsuchung durchzuführen und sonstige zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlichen Ermittlungshandlungen vorzunehmen. Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung gelten entsprechend, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.

§ 2

Die auf Grund eines Ersuchens nach Artikel VII Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts erforderliche Beschlagnahme und Durchsuchung werden von dem Amtsgericht angeordnet, in dessen Bezirk die Handlungen vorzunehmen sind. Sind Rechtshilfehandlungen in den Bezirken mehrerer Gerichte vorzunehmen, so richtet sich die Zuständigkeit danach, welches Gericht oder, solange noch kein Gericht befaßt ist, welche Staatsanwaltschaft zuerst mit der Sache befaßt wurde.

§ 3

(1) Ist nach Eingang eines Ersuchens um Festnahme und Übergabe nach Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts der Aufenthaltsort des Verfolgten nicht bekannt, können die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten die Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung und zur Festnahme, wenn die vorläufige Festnahme erforderlich ist, veranlassen.

(2) Ist der Aufenthaltsort des Verfolgten bekannt, so ist er vorläufig festzunehmen, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen und bei Würdigung der Umstände des Einzelfalles die Gefahr besteht, daß er sich der Übergabe an die Militärbehörde des Entsendestaates entziehen werde.

(3) Ein Festgenommener ist unverzüglich, spätestens am Tage nach seiner Festnahme, dem Richter des nächsten Amtsgerichts vorzuführen.

(4) Der Richter vernimmt den Verfolgten unverzüglich nach der Vorführung, spätestens am nächsten Tag, über seine persönlichen Verhältnisse, insbesondere über seine Staatsangehörigkeit. Er teilt ihm die Gründe der Festnahme mit und weist ihn darauf hin, daß er sich in jeder Lage des Verfahrens eines Beistandes bedienen kann. Sodann befragt er ihn, ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen er Einwendungen gegen seine vorläufige Festnahme und die Übergabe an die Militärbehörden des Entsendestaates erheben will.

(5) Hält der Richter die Voraussetzungen für die vorläufige Festnahme für gegeben und das Ersuchen um Übergabe für gerechtfertigt, ordnet er durch Beschluß an, daß der Verfolgte unverzüglich an die zuständige Militärbehörde des Entsendestaates, der um die Festnahme und Übergabe ersucht hat, zu übergeben ist. Anderenfalls ist der Verfolgte freizulassen.

(6) Gegen den die Übergabe anordnenden Beschluß des Richters ist die sofortige Beschwerde zulässig. Bis zur Entscheidung des Beschwerdegerichts darf die Übergabe nicht vollzogen werden.

(7) Die für das Gericht örtlich zuständige Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht bereitet die Entscheidung über die Übergabe vor und führt die vom Gericht angeordnete Übergabe durch.

§ 4

Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes), der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) werden nach Maßgabe der §§ 1 bis 3 eingeschränkt.“

3. Im Anschluß an Teil II Kapitel 1 wird folgendes Kapitel 1a eingefügt:

„Kapitel 1a

Ausführungsbestimmungen
zu Artikel 3 des Zusatzabkommens

Artikel 4b

Unbeschränkte Auskünfte aus dem Zentralregister gemäß § 41 des Bundeszentralregistergesetzes können den Behörden der Entsendestaaten mit Zustimmung der Betroffenen erteilt werden für Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die

1. mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut sind oder betraut werden sollen, bei der sie Zugang zu Verschlusssachen haben oder sich verschaffen können, die in der höchsten Geheimhaltungsstufe eingestuft sind oder
 2. an sicherheitsempfindlichen Stellen von verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen.“
4. Die Überschrift von Teil II Kapitel 2 wird wie folgt gefaßt, und es wird folgender Artikel 4c eingefügt:

„Kapitel 2

Ausführungsbestimmungen
zu Artikel 32 und 35 des Zusatzabkommens

Artikel 4c

(1) Bei Zustellungen an Angehörige von Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges richtet sich der Inhalt der in Artikel 32 Abs. 2 des Zusatzabkommens vorgesehenen schriftlichen Anzeige nach § 205 der Zivilprozeßordnung. Ist erkennbar, daß überwiegende schutzwürdige Interessen des Angehörigen der Übermittlung dieser Angaben entgegenstehen oder der Angehörige einer Unterstützung durch die Militärbehörden nicht bedarf, wird die Verbindungsstelle lediglich über die Tatsache der Zustellung unter Benennung des Zustellungsadressaten und des Gerichts oder der Behörde unterrichtet, welche die Zustellung veranlaßt hat.

(2) Die Unterrichtung der Verbindungsstelle durch ein deutsches Gericht oder eine deutsche Behörde nach Artikel 32 Abs. 3 des Zusatzabkommens setzt voraus, daß der Zustellungsadressat und alle anderen Verfahrensbeteiligten zuvor schriftlich oder in der mündlichen Verhandlung über das ihnen zustehende Widerspruchsrecht belehrt worden sind und ihnen eine Frist von mindestens zwei Wochen zur Ausübung dieses Rechts eingeräumt worden ist. Belehrung und Fristsetzung sind bereits vor Erlaß eines Urteils zulässig. Die Verbindungsstelle wird durch Übersendung einer Abschrift des Urteils oder der Rechtsmittelschrift unterrichtet. Hat ein Verfahrensbeteiligter sich nur mit einer eingeschränkten Information der Verbindungsstelle einverstanden erklärt oder stehen überwiegende Interessen einer Person oder öffentliche Belange der Übersendung einer Abschrift entgegen, beschränkt sich die Unterrichtung auf die in § 205 der Zivilprozeßordnung genannten Angaben.

5. Im Anschluß an Teil II Kapitel 5 wird folgendes Kapitel 5a eingefügt:

„Kapitel 5a

Ausführungsbestimmungen und Übergangsregelungen
zu Artikel 49, 53 und 53A des Zusatzabkommens

Artikel 21a

Auf Vorhaben der Entsendestaaten finden § 37 des Baugesetzbuches und § 29a Abs. 2 des Abfallgesetzes Anwendung.

Artikel 21b

(1) Anlagen und Einrichtungen, die am Tage des Inkrafttretens des Abkommens zur Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut auf den einer Truppe oder einem zivilen Gefolge zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften errichtet sind, dürfen auch nach diesem Zeitpunkt ohne die nach deutschem Recht erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen oder Anzeigen im bisherigen Umfang nach Maßgabe bestehender Festlegung oder tatsächlicher Übung weiterbetrieben werden. Satz 1 gilt entsprechend für Gewässerbenutzungen, Einleitungen in Abwasseranlagen und sonstige zulassungs- oder anzeigespflichtige Maßnahmen, insbesondere für den Umgang mit wassergefährdenden oder radioaktiven Stoffen.

(2) Unbeschadet des Rechts zum Weiterbetrieb oder auf Fortführung sind Anlagen, Einrichtungen und Maßnahmen nach Absatz 1 innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens zur Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut den für den Gesetzesvollzug jeweils zuständigen Behörden anzuzeigen. Der Anzeige sind Angaben und Unterlagen über die Lage, die Beschaffenheit und den Betrieb der Anlage im Zeitpunkt des Inkrafttretens des in Satz 1 bezeichneten Abkommens beizufügen. Die Behörden, an die die Anzeige zu richten ist, können, soweit dies die Erfüllung der Aufgaben erfordert, ergänzende Angaben und Unterlagen nach Maßgabe der Vorschriften für das in Betracht kommende Genehmigungs-, Erlaubnis-, Zulassungs- oder Anzeigeverfahren nachfordern.

(3) Die für genehmigte oder angezeigte Anlagen, Einrichtungen und Maßnahmen geltenden Vorschriften, einschließlich der Vorschriften über nachträgliche Entscheidungen und die Genehmigungspflicht bei wesentlicher Änderung, finden entsprechende Anwendung.

(4) Eine Anlage zur Ablagerung von Abfällen darf nach Absatz 1 längstens noch zwei Jahre fortgeführt werden. Wird vor Ablauf dieser Frist die Zulassung des Weiterbetriebs der Anlage beantragt, so kann dies für die Zeit bis zum Abschluß des Zulassungsverfahrens gestattet werden.

(5) Wird in den Weiterbetrieb einer Anlage oder Einrichtung oder in die Fortführung einer Maßnahme durch eine nachträgliche Entscheidung nach Absatz 3 eingegriffen oder wird der Weiterbetrieb einer Anlage für die Ablagerung von Abfällen nach Absatz 4 nicht gestattet, sind die deutschen Behörden verpflichtet, die Behörden der Truppe zu konsultieren, um den Bedürfnissen der Truppe in einer Weise zu genügen, die mit den Erfordernissen des deutschen Rechts vereinbar ist.

(6) Die in Absatz 4 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 56 Abs. 1 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut enthaltene Übergangsregelung für den Arbeitsschutz bleibt unberührt.

Artikel 21c

(1) Die in Artikel 53A des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut vorgesehene Verfahrens- und Prozeßstandschaft deutscher Bundesbehörden läßt die Stellung des Entsendestaates als materiell-rechtlich Berechtigter oder Verpflichteter unberührt. Die Verfahrens- und Prozeßstandschaft begründet insoweit keine eigenen Rechte oder Pflichten der deutschen Bundesbehörde.

(2) Die zuständige Bundesbehörde unterrichtet die Behörden der Truppe unverzüglich über rechtsverbindliche Entscheidungen, die diese zu befolgen haben. Hiervon gibt sie den Verfahrensbeteiligten Kenntnis.

6. Artikel 24 wird mit Wirkung zum 31. Juli 1994 aufgehoben.

Artikel 3

Artikel 6 des Gesetzes zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 3. Januar 1994 (BGBl. 1994 II S. 26) wird wie folgt neu gefaßt:

„Artikel 6

Die Artikel 3, 4b, 4c und 5 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S. 1183), zuletzt geändert durch Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und zu weiteren Übereinkünften vom 18. März 1993 gelten auch in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.“

Artikel 4

Das Auswärtige Amt wird ermächtigt, den Wortlaut des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut in der durch das Änderungsabkommen geänderten Fassung sowie das Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen in der geänderten Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Artikel 2 bis 5 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Die Artikel 2 bis 5 treten gleichzeitig mit dem in Artikel 1 Nr. 1 aufgeführten Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen zur Änderung des Zusatzabkommens und die übrigen in Artikel 1 Nr. 2 und 3 aufgeführten Abkommen und Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 28. September 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister des Innern
Kanter

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Norbert Blüm

Der Bundesminister der Verteidigung
Volker Rühe

Der Bundesminister für Gesundheit
Horst Seehofer

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Klaus Töpfer

Der Bundesminister
für Post und Telekommunikation
Wolfgang Bötsch

Die Bundesministerin
für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
I. Schwaetzer

Abkommen
zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959
in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971
und die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 geänderten Fassung
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages
über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der
in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen

Agreement
to amend the Agreement of 3 August 1959,
as amended by the Agreements of 21 October 1971 and 18 May 1981,
to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty
regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces
stationed in the Federal Republic of Germany

Accord
modifiant l'Accord du 3 août 1959
modifié par les Accords du 21 octobre 1971 et du 18 mai 1981
complétant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord
sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères
stationnées en République fédérale d'Allemagne

Das Königreich Belgien,
die Bundesrepublik Deutschland,
die Französische Republik,
Kanada,
das Königreich der Niederlande,
das Vereinigte Königreich
Großbritannien und Nordirland
und die Vereinigten Staaten von Amerika

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 2 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971 und die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als „Zusatzabkommen“ bezeichnet) wird wie folgt geändert:

Die Einleitung zu Absatz (1) wird durch folgende Einleitung ersetzt:

„(1) Soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, bedeutet in diesem Abkommen der Ausdruck“

The Kingdom of Belgium,
Canada,
the French Republic,
the Federal Republic of Germany,
the Kingdom of the Netherlands,
the United Kingdom
of Great Britain and Northern Ireland,
and the United States of America

have agreed as follows:

Article 1

Article 2 of the Agreement of 3 August 1959, as amended by the Agreements of 21 October 1971 and 18 May 1981, to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement") shall be amended as follows:

The introduction to paragraph 1 shall be replaced as follows:

"1. Unless otherwise specified, in the present Agreement the term"

La République fédérale d'Allemagne,
le Royaume de Belgique,
le Canada,
les Etats-Unis d'Amérique,
la République française,
le Royaume des Pays-Bas
et le Royaume-Uni
de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1

L'Article 2 de l'Accord du 3 août 1959 modifié par les Accords du 21 octobre 1971 et du 18 mai 1981 (dénommé ci-après «Accord Complémentaire») complétant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les forces étrangères stationnées en République fédérale d'Allemagne est modifié comme suit:

La phrase introductive du paragraphe 1 est remplacée par la phrase introductive suivante:

«1. A moins que le présent Accord n'en dispose autrement, les termes:»

Artikel 2

Artikel 3 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (3) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(3)

 - (a) Im Rahmen der in den Absätzen (1) und (2) vorgesehenen Zusammenarbeit gewährleisten die deutschen Behörden und die Behörden einer Truppe durch geeignete Maßnahmen eine enge gegenseitige Verbindung. Personenbezogene Daten werden ausschließlich zu den im NATO-Truppenstatut und in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecken übermittelt. Einschränkungen der Verwendungsmöglichkeiten, die auf den Rechtsvorschriften der übermittelnden Vertragspartei beruhen, werden beachtet.
 - (b) Dieser Absatz verpflichtet eine Vertragspartei nicht zur Durchführung von Maßnahmen, die gegen ihre Gesetze verstoßen würden oder denen ihre überwiegenden Interessen am Schutz der Sicherheit des Staates oder der öffentlichen Sicherheit entgegenstehen.“
2. Absatz (7) wird gestrichen.

Artikel 3

Artikel 9 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(1) Führerscheine oder andere Erlaubnisscheine, die Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges von einer Behörde eines Entsendestaates zum Führen dienstlicher Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge erteilt worden sind, berechtigen zum Führen solcher Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge im Bundesgebiet. Führerscheine für dienstliche Fahrzeuge berechtigen, soweit dies nach dem Recht des Entsendestaates zulässig ist, auch zum Führen entsprechender privater Landfahrzeuge. Die Behörden des Entsendestaates oder seiner Truppe sind befugt, auf Grund solcher Führerscheine auch Führerscheine zum Führen entsprechender privater Landfahrzeuge zu erteilen.“
2. Absatz (3) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(3)

 - (a) Ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder ein Angehöriger kann mit Genehmigung der Behörden der Truppe einen deutschen Führerschein beantragen, der den Inhaber ermächtigt, ein privates Kraftfahrzeug zu führen. Solche Führerscheine werden von den zu-

Article 2

Article 3 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 3 shall be replaced as follows:

“3.

 - (a) German authorities and the authorities of a Force shall, by taking appropriate measures, ensure close and reciprocal liaison within the scope of the co-operation provided for in paragraphs 1 and 2 of this Article. Personal data shall be passed on solely for the purposes envisaged in the NATO Status of Forces Agreement and in the present Agreement. Restrictions in possible applications based on the legislation of the Contracting Party supplying the information shall be observed.
 - (b) This paragraph shall not impose an obligation on a Contracting Party to carry out measures which would contravene its laws or conflict with its predominant interests with regard to the protection of the security of the State or of public safety.“
2. Paragraph 7 shall be deleted.

Article 3

Article 9 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1 shall be replaced as follows:

“1. A licence or other permit issued to a member of a force or of a civilian component by an authority of a sending State empowering the holder to operate service vehicles, vessels or aircraft is valid for the operation of such vehicles, vessels or aircraft in the Federal territory. Driving licences for service vehicles shall also authorise, to the extent that this is permissible under the law of the sending State, the operation of corresponding private vehicles. The authorities of the sending State or of its force shall be empowered on the basis of such driving licences to issue driving licences to operate corresponding private vehicles.“
2. Paragraph 3 shall be replaced as follows:

“3.

 - (a) A member of a force or of a civilian component, or a dependent may, with the approval of the authorities of a force, apply for a German driving licence empowering the holder to operate private motor vehicles. Such licences shall be issued by the competent German authorities in accord-

Article 2

L'Article 3 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 3 est remplacé par le paragraphe suivant:

«3.

 - (a) Dans le cadre de la coopération prévue aux paragraphes 1 et 2 du présent Article, les autorités allemandes et les autorités d'une force assurent, par des mesures appropriées, une liaison réciproque étroite. Les données nominatives sont exclusivement transmises aux fins prévues par la Convention OTAN sur le Statut des Forces et par le présent Accord. Les réserves d'utilisation fondées sur la législation de la Partie Contractante qui transmet les données sont respectées.
 - (b) Le présent paragraphe n'oblige pas les Parties à exécuter des mesures qui vont à l'encontre de leur législation ou s'opposent aux intérêts supérieurs d'une Partie, en ce qui concerne la protection de la sûreté de l'Etat ou de la sécurité publique.»
2. Le paragraphe 7 est supprimé.

Article 3

L'Article 9 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

«1. Les permis ou autres autorisations délivrés par les autorités d'un Etat d'origine aux membres d'une force ou d'un élément civil, habilitant leur titulaire à conduire des véhicules automobiles militaires ou à piloter des bateaux et des aéronefs militaires, sont valables pour la conduite de ces véhicules ou le pilotage des bateaux et des aéronefs militaires sur le territoire fédéral. Les permis de conduire habilitant à la conduite des véhicules de service permettent également, dans la mesure où la législation de l'Etat d'origine l'autorise, la conduite des véhicules privés correspondants. Les autorités de l'Etat d'origine ou de sa force sont habilitées à délivrer également, sur la base des permis de conduire susmentionnés, des permis de conduire des véhicules privés correspondants.»
2. Le paragraphe 3 est remplacé par le paragraphe suivant:

«3.

 - (a) Un membre d'une force, d'un élément civil ou une personne à charge peut, avec l'accord des autorités de la force, demander un permis allemand, autorisant son titulaire à conduire un véhicule privé. De tels permis sont délivrés par les autorités allemandes compétentes, conformément-

- ständigen deutschen Behörden im Einklang mit geltenden deutschen Vorschriften ausgestellt.
- (b) Die Fahrausbildung von Personen, die aufgrund dieses Absatzes einen Führerschein beantragen, kann in von Truppen betriebenen Fahrschulen stattfinden, wenn die Ausbilder in diesen Schulen über berufliche Eignungen verfügen, die den Vorschriften des jeweiligen Entsendestaates entsprechen. Diese Ausbilder müssen über eine von den Behörden der Truppe auszustellende Bescheinigung mit einer deutschen Übersetzung verfügen, die sie zur Ausbildung von Fahrschülern ermächtigt, und müssen diese Bescheinigung während der Ausbildung mit sich führen. Personen, die nicht als Fahrlehrer ausgebildet sind, dürfen in dieser Eigenschaft in einer Fahrschule der Truppe nicht eingesetzt werden.
- (c) Der Inhalt der schriftlichen und praktischen Führerscheinprüfungen für Personen, die einen Führerschein nach diesem Absatz beantragen, wird von den deutschen Behörden im Benehmen mit den Behörden der Truppe festgelegt. Die deutschen Behörden haben das Recht, im Benehmen mit den Behörden der Truppe die ordnungsgemäße Durchführung sicherzustellen.
- (d) Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens vom 18. März 1993 zur Änderung dieses Abkommens nach Artikel 9 Absatz (3) in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung eine Ausbildung begonnen haben oder nach Abschluß der Ausbildung eine Prüfung noch nicht abgelegt haben, dürfen noch nach den bisherigen Vorschriften weiter ausgebildet und geprüft werden; ihnen kann nach den bisherigen Vorschriften der Führerschein erteilt werden.“
3. Absatz (5) Buchstabe (b) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:
- „(b) Zum Führen nichtmilitärischer Binnenschiffe der Truppe berechtigen nur die von der zuständigen deutschen zivilen Behörde auf der Grundlage der in der Bundesrepublik geltenden Vorschriften erteilten Befähigungsnachweise. Im Rahmen internationaler Abkommen anwendbare Vorschriften bleiben unberührt.“
4. Absatz (6) Buchstabe (a) Satz 1 wird durch folgenden Satz ersetzt:
- „(6)
- (a) Die Behörden einer Truppe entziehen die nach Absatz (1) im Bundesgebiet gültigen Kraftfahrzeugführerscheine oder die in Absatz (2) er-
- ance with applicable German regulations.
- (b) Driver instruction for persons seeking a licence under this paragraph may take place in driving schools operated by the force, provided that the instructors in such schools have professional qualifications in accordance with the regulations of the sending State concerned. Instructors shall possess a certificate issued by the authorities of the force, together with a German translation, allowing them to instruct learner drivers; they shall carry this certificate with them while instructing. Persons who have not been trained as driving instructors may not be engaged in that capacity in a driving school of the force.
- (c) The content of written and practical driving tests given to persons seeking a driving licence under this paragraph shall be determined by the German authorities after consultation with the authorities of the force. The German authorities shall have the right, after consultation with the authorities of the force, to ensure that the tests are properly administered.
- (d) Persons who, on the date the Agreement of 18 March 1993 to amend the present Agreement entered into force, had started driving instruction in accordance with paragraph 3 of Article 9 as in force immediately prior to that date, or who at the conclusion of their training had not taken a driving test, may continue to be instructed and tested in accordance with the former provisions; they may be issued driving licences in accordance with those provisions.“
3. Paragraph 5, sub-paragraph (b) shall be replaced as follows:
- “(b) Only certificates of qualification issued by the competent German civilian authority on the basis of the regulations applicable in the Federal Republic shall be valid for the operation of non-service inland watercraft of the force. Regulations applicable within the scope of international agreements shall remain unaffected.“
4. The first sentence of paragraph 6, sub-paragraph (a) shall be replaced as follows:
- “6.
- (a) The authorities of a force shall withdraw driving licences valid in the Federal territory in accordance with paragraph 1 of this Article or certifi-
- ment à la réglementation allemande en vigueur.
- (b) La formation des personnes faisant la demande d'un permis de conduire conformément au présent paragraphe, peut avoir lieu dans des écoles de conduite gérées par la force, si les moniteurs employés par ces écoles de conduite disposent d'une qualification professionnelle conforme à la réglementation de leur Etat d'origine respectif. Ces moniteurs doivent être en possession d'une attestation délivrée par les autorités de la force et accompagnée d'une traduction en langue allemande, les autorisant à la formation à la conduite des candidats; ils doivent être munis de cette attestation pendant la formation. Les personnes qui n'ont pas reçu de formation de moniteur d'école de conduite ne peuvent pas être employées dans une école de conduite de la force.
- (c) Les autorités allemandes, après consultation des autorités de la force, déterminent le contenu des examens de conduite théoriques et pratiques pour les personnes faisant la demande d'un permis de conduire conformément au présent paragraphe. Les autorités allemandes, après consultation des autorités de la force, peuvent s'assurer du déroulement régulier des examens.
- (d) Les personnes qui au jour d'entrée en vigueur de l'Accord du 18 mars 1993 modifiant le présent Accord ont commencé leur formation conformément au paragraphe 3 de l'Article 9 dans sa version antérieure au présent Accord ou, après avoir terminé leur instruction, n'ont pas encore passé d'examen, peuvent poursuivre leur formation et passer les examens selon les dispositions antérieures; le permis de conduire peut leur être délivré selon ces dispositions.“
3. L'alinéa (b) du paragraphe 5 est remplacé par l'alinéa suivant:
- “(b) Seuls les certificats de capacité délivrés par l'autorité civile allemande compétente sur la base de la réglementation en vigueur en République Fédérale autorisent la conduite de bâtiments fluviaux non militaires d'une force. Il n'est pas porté atteinte aux dispositions applicables dans le cadre de conventions internationales.“
4. La première phrase de l'alinéa (a) du paragraphe 6 est remplacée par la phrase suivante:
- “6.
- (a) Les autorités d'une force procèdent au retrait des permis de conduire admis sur le territoire fédéral en vertu du paragraphe 1 du présent Arti-

wählten Bescheinigungen, wenn begründete Bedenken gegen die Zuverlässigkeit oder Eignung der Inhaber zum Führen von Kraftfahrzeugen bestehen.“

cates mentioned in paragraph 2 of this Article, if there is reasonable doubt concerning the holder's reliability or fitness to operate a motor vehicle.”

cle ou du certificat mentionné au paragraphe 2 de cet Article, si des doutes fondés s'élèvent quant à la fiabilité du titulaire ou à son aptitude à conduire un véhicule automobile.»

5. Absatz (6) Buchstabe (b) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

5. Paragraph 6, sub-paragraph (b) shall be replaced as follows:

5. L'alinéa (b) du paragraphe 6 est remplacé par l'alinéa suivant:

„(b) In Fällen, in denen die deutschen Gerichte die Gerichtsbarkeit auf Grund des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts und der Artikel 17, 18 und 19 dieses Abkommens ausüben, bleiben die Vorschriften des deutschen Strafrechts über die Entziehung der Fahrerlaubnis auf die in Absatz (1) Satz 2, soweit es um die Berechtigung zum Führen privater Landfahrzeuge geht, Absatz (1) Satz 3 und Absatz (2) dieses Artikels erwähnten Führerscheine anwendbar. Die Entziehung der Fahrerlaubnis ist auf dem Führerschein, der dem Inhaber zu belassen ist, zu vermerken.“

“(b) In cases where German courts exercise jurisdiction in accordance with Article VII of the NATO Status of Forces Agreement and Articles 17, 18 and 19 of the present Agreement, provisions of German criminal law relating to the withdrawal of permission to drive remain applicable with respect to driving licences referred to in the second sentence of paragraph 1 of this Article, to the extent that they apply to the right to operate private motor vehicles, and to the licences referred to in the third sentence of paragraph 1 and in paragraph 2 of this Article. Withdrawal of permission to drive shall be recorded in the driving licence, which shall remain in the possession of the holder.”

«(b) Dans les cas où les tribunaux allemands exercent leur juridiction en vertu de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et des Articles 17, 18 et 19 du présent Accord, les dispositions du droit pénal allemand relatives au retrait de l'autorisation de conduire demeurent applicables à l'égard des permis de conduire visés à la deuxième phrase du paragraphe 1 du présent Article dans la mesure où ceci s'applique au droit de conduire des véhicules privés, ainsi qu'aux permis de conduire visés à la troisième phrase du paragraphe 1 et au paragraphe 2 du présent Article. Le retrait de l'autorisation de conduire fait l'objet d'une mention sur le permis de conduire qui doit demeurer en la possession du titulaire.»

6. Nach Absatz (6) Buchstabe (b) wird folgender Buchstabe (c) eingefügt:

6. Following paragraph 6, sub-paragraph (b), the following new sub-paragraph (c) shall be added:

6. A la suite de l'alinéa (b) du paragraphe 6, l'alinéa (c) suivant est ajouté:

„(c) Die Buchstaben (a) und (b) sind auf Führerscheine, die nach Absatz (3) in der bis zum Inkrafttreten des Abkommens vom 18. März 1993 zur Änderung dieses Abkommens geltenden Fassung dieses Artikels erteilt worden sind, entsprechend anzuwenden.“

“(c) Sub-paragraphs (a) and (b) shall apply mutatis mutandis to the driving licences issued under paragraph 3 of the version of this Article that was in force until the date the Agreement of 18 March 1993 to amend the present Agreement entered into force.”

“(c) Les alinéas (a) et (b) s'appliquent mutatis mutandis aux permis de conduire délivrés conformément au paragraphe 3 du présent Article dans la version actuelle jusqu'à l'entrée en vigueur de l'Accord du 18 mars 1993 modifiant le présent Accord.»

7. Absatz (7) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

7. Paragraph 7 shall be replaced as follows:

7. Le paragraphe 7 est remplacé par le paragraphe suivant:

„(7)

“7.

“7.

(a) Absatz (6) Buchstabe (a) ist auf die in Absatz (4) erwähnten Luftfahrerscheine entsprechend anzuwenden.

(a) Sub-paragraph (a) of paragraph 6 of this Article shall apply mutatis mutandis to the pilot's licences referred to in paragraph 4.

(a) L'alinéa (a) du paragraphe 6 du présent Article s'applique mutatis mutandis aux brevets de pilote aéronautique visés au paragraphe 4 du présent Article.

(b) Auf Ersuchen der deutschen Behörden treffen die Behörden einer Truppe die erforderlichen Maßnahmen gegenüber Inhabern von nach Absatz (1) im Bundesgebiet gültigen Luftfahrerscheinen, die die Luftverkehrsregeln nicht beachtet haben.“

(b) At the request of the German authorities, the authorities of the force shall take such action as may be necessary vis-a-vis holders of the pilot's licences valid in the Federal territory in accordance with paragraph 1 of this Article who fail to observe air traffic rules.”

(b) Sur demande des autorités allemandes, les autorités de la force prennent les mesures nécessaires à l'encontre de tout titulaire de brevet de pilote aéronautique valable sur le territoire fédéral conformément au paragraphe 1 du présent Article, n'ayant pas observé les règles de la navigation aérienne.»

Artikel 4

Artikel 10 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Nach Absatz (1) werden folgende neue Absätze eingefügt:

„(1^{tes}) In Einzelfällen können zusätzlich deutsche Kennzeichen für bestimmte Fahrzeuge durch die zuständige deutsche Behörde genehmigt werden. Artikel 11 Ab-

Article 4

Article 10 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Following paragraph 1, the following new paragraphs shall be added:

“1st. In individual cases, the competent German Authorities may in addition authorise German licence plates for specific vehicles. Paragraph 1 of Article 11 of the pres-

Article 4

L'Article 10 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Après le paragraphe 1, les nouveaux paragraphes suivants sont introduits:

«1^{er}. Les autorités allemandes compétentes peuvent autoriser dans des cas individuels l'attribution, à titre supplémentaire, de plaques d'immatriculation allemandes pour

satz (1) bleibt unberührt. In den Fällen des Artikels 11 Absatz (2) Satz 1 muß sich die Garantie des Versicherers oder des Verbandes solcher Versicherer auch auf Schadensfälle in Staaten oder Gebieten erstrecken, in die Fahrzeuge mit amtlichen deutschen Kennzeichen ohne Kontrolle des Versicherungsnachweises einreisen dürfen (Schadensfälle im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 der Richtlinie 72/166/EWG vom 24. April 1972 in der jeweils geltenden Fassung). Über die Genehmigung des deutschen Kennzeichens ist eine besondere Bescheinigung auszustellen oder ein Vermerk auf dem Zulassungsschein anzubringen. Weitere Einzelheiten werden zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe vereinbart.

(1^{er}) Die deutschen Behörden können verlangen, daß die Zulassungen nach den Absätzen (1) und (1^{ter}) von den Behörden der Truppe den zuständigen deutschen Behörden zur dortigen Erfassung mitgeteilt werden. Einzelheiten, insbesondere welche Zulassungsdaten mitzuteilen sind, werden zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe vereinbart.

(1^{quater}) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, die nach Absatz (1) registriert und zugelassen oder von einer Truppe im Bundesgebiet benutzt werden, sind in regelmäßigen Abständen einer technischen Untersuchung zu unterziehen. Die deutschen Behörden können verlangen, daß deutsche Prüfer Stationen oder Werkstätten der Entsendestaaten, in denen private Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger technisch untersucht werden, auf ihre Eignung zur Durchführung von Untersuchungen überprüfen. Außerdem können sie dort diese Fahrzeuge auf ihre Verkehrssicherheit überprüfen. Unberührt bleibt die Möglichkeit, daß Fahrzeuge in deutschen Prüfstellen nach deutschen Vorschriften begutachtet und geprüft werden.“

Artikel 5

Artikel 12 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Absatz (4) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(4) Die Behörden der Truppe stellen Wafenausweise nur für Personen aus, gegen deren Zuverlässigkeit keine begründeten Bedenken bestehen. Sie entziehen auf Antrag der deutschen Behörden oder auf Grund eigener Entscheidung einen Wafenausweis, wenn nachgewiesen wird, daß der Inhaber seine Schußwaffe mißbraucht hat oder daß gegen seine Zuverlässigkeit begründete Bedenken bestehen.“

Artikel 6

Artikel 16 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

ent Agreement shall remain unaffected. In the cases referred to in the first sentence of paragraph 2 of Article 11, the guarantee provided by the insurer or by the association of insurers must also extend to damage incurred in states or territories which vehicles provided with official German licence plates may enter without verification of insurance cover (cases of damage within the meaning of paragraph 2 of Article 2 of Directive 72/166/EEC of 24 April 1972 as amended). A special certificate shall be issued or an entry made in the registration document concerning the right to carry the German licence plate. Further details shall be agreed between the German authorities and the authorities of the force.

1^{er}. The German authorities may require that registration in accordance with paragraphs 1 and 1^{ter} of this Article be notified by the authorities of the force to the competent German authorities for their records. Further details, in particular which registration data will be notified, shall be agreed between the German authorities and the authorities of the force.

1^{quater}. Motor vehicles and trailers registered and licensed in accordance with paragraph 1 of this Article, or used by a force in the Federal territory, shall be subject at regular intervals to a technical inspection. The German authorities may require that German inspectors verify whether stations or workshops of the sending States, which carry out technical inspections of private motor vehicles and trailers, are qualified to conduct such inspections. In addition, they may inspect those vehicles there with respect to their roadworthiness. These provisions are without prejudice to the possibility of having vehicles examined or inspected in German inspection facilities in accordance with German regulations.“

Article 5

Article 12 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Paragraph 4 shall be replaced as follows:

“4. The authorities of the force shall issue firearms certificates only to persons as to whose reliability there is no reasonable doubt. They shall withdraw a firearms certificate at the request of the German authorities or on their own decision if it is established that the holder has misused his firearm or if reasonable doubt arises as to his reliability.”

Article 6

Article 16 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

certaines véhicules. Les dispositions du paragraphe 1 de l'Article 11 du présent Accord restent inchangées. Dans les cas visés à la première phrase du paragraphe 2 de l'Article 11 du présent Accord, la garantie de l'assureur ou du groupe d'assureurs doit s'étendre également aux dommages survenus dans des Etats ou territoires où les véhicules munis d'une plaque d'immatriculation officielle allemande sont autorisés à entrer sans contrôle des documents d'assurance (sinistres au sens de l'Article 2 paragraphe 2 de la directive 72/166 CEE du 24 avril 1972 dans sa version en vigueur). L'autorisation d'immatriculation allemande doit faire l'objet d'un certificat particulier ou d'une mention portée sur le certificat d'immatriculation. Les autorités allemandes et les autorités de la force conviennent des autres modalités.

1^{er}. Les autorités allemandes peuvent exiger que les autorisations, délivrées conformément aux paragraphes 1 et 1^{ter} du présent Article, soient communiquées par les autorités de la force aux autorités allemandes compétentes pour l'enregistrement. Les autorités allemandes et les autorités de la force conviennent des modalités, en particulier celles afférentes à la communication des données relatives à l'immatriculation.

1^{quater}. Les véhicules automobiles et les remorques enregistrés et autorisés, conformément au paragraphe 1 du présent Article, ou utilisés par une force sur le territoire fédéral sont régulièrement soumis à une inspection technique. Les autorités allemandes peuvent exiger que des inspecteurs allemands contrôlent la capacité des services de contrôle technique ou des ateliers des Etats d'origine, dans lesquels des véhicules automobiles et remorques privés subissent un examen technique. En outre, ils peuvent y contrôler la sécurité routière de ces véhicules. Les présentes dispositions ne portent pas préjudice à la possibilité de faire expertiser et contrôler des véhicules dans des ateliers d'inspection allemands conformément à la réglementation allemande.“

Article 5

L'Article 12 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Le paragraphe 4 est remplacé par le paragraphe suivant:

«4. Les autorités de la force ne délivrent de permis de port d'armes à feu qu'aux personnes dont l'honorabilité ne saurait être sérieusement mise en doute. A la demande des autorités allemandes ou de leur propre chef, elles procèdent au retrait du permis de port d'armes à feu s'il est établi que le détenteur a fait un usage abusif de son arme ou que son honorabilité peut être sérieusement mise en doute.»

Article 6

L'Article 16 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(1) Die Militärbehörden eines Entsendestaates sind berechtigt, in Übereinstimmung mit den einschlägigen Vorschriften des Entsendestaates bei Todesfällen im Bundesgebiet die sterblichen Überreste von Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen in ihre Obhut zu nehmen, darüber zu verfügen und Leichenöffnungen aus medizinischen Gründen oder zum Zwecke strafrechtlicher Ermittlungen vorzunehmen. Ersuchen deutscher Behörden um Leichenöffnungen wird stattgegeben; bei Leichenöffnungen aus medizinischen Gründen gilt dies nur, soweit das Recht des Entsendestaates eine solche Leichenöffnung zuläßt. Bei der Vornahme einer Leichenöffnung kann ein deutscher Gerichts- oder Amtsarzt anwesend sein. Falls es sich um eine Leichenöffnung zum Zweck deutscher strafrechtlicher Ermittlungen handelt, steht dieses Recht auch einem deutschen Richter oder Staatsanwalt zu; deren Hinweise auf die Anforderungen des deutschen Strafverfahrensrechts bei Leichenöffnungen werden berücksichtigt. Ist ein deutsches Gericht oder eine deutsche Behörde zuständig, eine Leichenöffnung anzuordnen, so gelten die Sätze 2, 3 und 4 entsprechend, wenn die Militärbehörde eines Entsendestaates an dem Ergebnis der Leichenöffnung interessiert ist.“

Artikel 7

Nach Artikel 18 wird folgender neuer Artikel 18A eingefügt:

„Artikel 18A

(1) Die Behörden eines Entsendestaates unterrichten die zuständigen deutschen Behörden unverzüglich, falls sie beschließen, in Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit nach Artikel VII des NATO-Truppenstatuts Strafverfolgungsmaßnahmen durchzuführen, die zur Verhängung der Todesstrafe führen können.

(2) Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des deutschen Rechts vollstrecken die Behörden eines Entsendestaates in der Bundesrepublik keine Todesstrafe und führen keine Strafverfolgungsmaßnahmen durch, die zur Verhängung einer solchen Strafe in der Bundesrepublik führen können.“

Artikel 8

Artikel 18A erhält folgendes Unterzeichnungsprotokoll:

„Zu Artikel 18A

(1) In Fällen nach Artikel 18A Absatz (1) gewähren die deutschen Behörden Unterstützung, falls deutsches Gesetzesrecht oder vertragliche Verpflichtungen, die die Bundesrepublik übernommen hat, dies erfordern.

(2) Unter außergewöhnlichen Umständen, wie im Falle eines unmittelbar drohen-

Paragraph 1 shall be replaced as follows:

“1. The military authorities of a sending State shall have the right, in accordance with applicable regulations of such sending State, to take charge and dispose of the remains of members of the force or of the civilian component and of dependents in the event of their death in the Federal territory and to perform such autopsy as may be required for medical reasons or purposes of criminal investigation. Requests by German authorities that an autopsy be performed shall be granted; in the case of autopsies carried out for medical reasons this shall only apply insofar as such an autopsy is admissible under the law of the sending State. A German medical officer of the court (Gerichtsarzt) or a public health officer (Amtsarzt) may be present during the autopsy. In the case of an autopsy for the purposes of a German criminal investigation this right shall extend to a German judge or public prosecutor, whose advice concerning the requirements of German criminal procedure in the case of autopsies shall be taken into consideration. In cases where a German court or authority is competent to order an autopsy, the second, third, and fourth sentences of this paragraph shall apply mutatis mutandis if the military authorities of a sending State have an interest in the results of such an autopsy.”

Article 7

Following Article 18 of the Supplementary Agreement, the following new Article 18A shall be added:

“Article 18A

1. The authorities of a sending State shall notify the competent German authorities without delay in the event that they decide, in exercising jurisdiction under Article VII of the NATO Status of Forces Agreement, to undertake a prosecution which may lead to the imposition of the death penalty.

2. Taking into consideration the provisions of German law, the authorities of a sending State shall not carry out a death penalty in the Federal Republic nor carry through a prosecution which may lead to the imposition of such a sentence in the Federal Republic.”

Article 8

The Protocol of Signature to the Supplementary Agreement shall be amended by adding the following new Section:

“Re Article 18A

1. In cases arising under paragraph 1 of Article 18A, German authorities shall provide assistance if required by German statutory law or by treaty obligations accepted by the Federal Republic.

2. In extraordinary circumstances, such as in the case of the imminent threat of

Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

«1. Les autorités militaires d'un Etat d'origine sont habilitées, conformément aux règlements applicables de cet Etat, à prendre en charge les corps des membres de la force ou de l'élément civil ou des personnes à charge décédés sur le territoire fédéral, à en disposer et à procéder aux autopsies nécessaires pour des raisons d'ordre médical ou d'instruction pénale. Il est donné suite aux demandes d'autopsie présentées par les autorités allemandes; pour les autopsies pratiquées pour des raisons d'ordre médical, la présente disposition n'est applicable que dans la mesure où le droit de l'Etat d'origine autorise une telle autopsie. Sont admis à assister à l'autopsie, un médecin légiste (Gerichtsarzt) ou un médecin assermenté (Amtsarzt) allemand. S'il s'agit d'une autopsie pratiquée pour des raisons d'instruction pénale allemande, ce droit est accordé également à un juge ou à un procureur allemand; il est tenu compte de leurs remarques relatives aux exigences du droit procédural pénal allemand en cas d'autopsie. Dans le cas où un tribunal allemand ou une autorité allemande est compétent pour ordonner une autopsie, les deuxième, troisième et quatrième phrases du présent paragraphe s'appliquent mutatis mutandis si les autorités militaires d'un Etat d'origine sont intéressées par le résultat de l'autopsie.»

Article 7

Après l'Article 18, le nouvel Article 18A suivant est introduit:

«Article 18A

1. Les autorités d'un Etat d'origine informent sans délai les autorités allemandes compétentes lorsqu'elles décident, dans l'exercice de leur juridiction en vertu de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, d'engager des poursuites pénales pouvant entraîner la condamnation à la peine de mort.

2. Compte tenu des dispositions du droit allemand, les autorités d'un Etat d'origine ne mettent aucune peine de mort à exécution en République Fédérale et n'engagent aucune poursuite pénale pouvant entraîner le prononcé d'une telle peine en République Fédérale.»

Article 8

Le Protocole de Signature suivant s'applique à l'Article 18A:

«Ad Article 18A

1. Dans les cas visés au paragraphe 1 de l'Article 18A du présent Accord, les autorités allemandes prêtent assistance lorsque la législation allemande ou les engagements conventionnels auxquels la République Fédérale a souscrit, l'exigent.

2. Dans des circonstances extraordinaires tel le cas de menace imminente de

den bewaffneten Konflikts, können die Behörden eines Entsendestaates und die zuständigen deutschen Behörden Vereinbarungen schließen, die diesen Umständen gerecht werden.“

Artikel 9

Artikel 19 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. An Absatz (1) wird folgender neuer Satz angefügt:

„Der nach diesem Absatz gewährte Verzicht erfaßt nicht diejenigen Fälle, die nach Artikel 18A Absatz (1) mitgeteilt worden sind.“

2. An Absatz (2) wird folgender neuer Satz angefügt:

„Unbeschadet anderer Unterrichtspflichten nach dem NATO-Truppenstatut oder diesem Abkommen teilen die Militärbehörden des Entsendestaates den zuständigen deutschen Behörden mit, wenn sie beabsichtigen, das ihnen nach Artikel VII Absatz (3) Buchstabe (a) des NATO-Truppenstatuts gewährte Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit im Hinblick auf einzelne Straftaten in Anspruch zu nehmen, die in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (2) Buchstabe (a), aufgeführt sind.“

3. Absatz (3) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(3) Sind die zuständigen deutschen Behörden der Ansicht, daß Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit erfordern, so können sie den nach Absatz (1) gewährten Verzicht durch eine Erklärung zurücknehmen, die sie den zuständigen Zivil- oder Militärbehörden innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Eingang der in Absatz (2) vorgesehenen Mitteilung oder innerhalb einer etwa gemäß Absatz (7) vereinbarten kürzeren Frist abgeben. Die deutschen Behörden können die Erklärung auch vor dem Eingang der Mitteilung abgeben.“

4. Absatz (6) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(6)

(a) Übt ein deutsches Gericht oder eine deutsche Behörde die ausschließliche Gerichtsbarkeit gemäß Artikel VII Absatz (2) Buchstabe (b) des NATO-Truppenstatuts aus, so wird auf besonderes oder allgemeines Ersuchen des betreffenden Entsendestaates eine Abschrift jedes dem Beschuldigten zugestellten Schriftstückes einer Verbindungsstelle, die von jedem Entsendestaat errichtet oder bestimmt wird, zugeleitet.

(b) Deutsche Gerichte und Behörden können die Verbindungsstelle ersu-

armed conflict, the authorities of a sending State and the competent German authorities may conclude arrangements to take account of such circumstances.”

Article 9

Article 19 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. The following new sentence shall be added to the end of paragraph 1:

“The waiver granted under this paragraph shall not extend to cases notified under paragraph 1 of Article 18A of the present Agreement.”

2. The following new sentence shall be added to the end of paragraph 2:

“Without prejudice to any other notification requirements under either the NATO Status of Forces Agreement or the present Agreement, the military authorities of the sending State shall notify the competent German authorities when they intend to exercise the primary right of jurisdiction granted under sub-paragraph (a) of paragraph 3 of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement with respect to individual offences referred to in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of the Section of the Protocol of Signature referring to this Article.”

3. Paragraph 3 shall be replaced as follows:

“3. Where the competent German authorities hold the view that interests of German administration of justice make imperative the exercise of German jurisdiction, they may recall the waiver granted under paragraph 1 of this Article by a statement to the competent military or civil authorities within a period of twenty-one days after receipt of the notification envisaged in paragraph 2 of this Article or any shorter period which may be provided in arrangements made under paragraph 7 of this Article. The German authorities may also submit the statement prior to receipt of such notification.”

4. Paragraph 6 shall be replaced as follows:

“6.

(a) Where a German court or authority exercises exclusive jurisdiction under sub-paragraph (b) of paragraph 2 of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement, a copy of any document served on the accused shall be delivered, upon special or general request of the sending State concerned, to a liaison agency established or designated by each of the sending States.

(b) German courts or authorities may request the liaison agency to ensure

conflit armé, les autorités d'un Etat d'origine et les autorités allemandes compétentes peuvent conclure des arrangements appropriés à de telles circonstances.»

Article 9

L'Article 19 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. A la fin du paragraphe 1, une nouvelle phrase est ajoutée:

«La renonciation prévue conformément au présent paragraphe ne comprend pas les cas faisant l'objet d'une information conformément au paragraphe 1 de l'Article 18A du présent Accord.»

2. A la fin du paragraphe 2, une nouvelle phrase est ajoutée:

«Sans préjudice de toute autre obligation de notification prévue par la Convention OTAN sur le Statut des Forces ou le présent Accord, les autorités militaires de l'Etat d'origine informent les autorités allemandes compétentes de leur intention d'exercer la priorité de juridiction relative aux infractions individuelles mentionnées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article, qui leur est octroyée conformément à l'alinéa (a) du paragraphe 3 de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.»

3. Le paragraphe 3 est remplacé par le paragraphe suivant:

«3. Si les autorités allemandes compétentes estiment que les intérêts de l'administration de la justice allemande exigent que la juridiction soit exercée par les autorités allemandes, elles peuvent révoquer la renonciation accordée en vertu du paragraphe 1 du présent Article par une déclaration adressée aux autorités civiles ou militaires compétentes dans un délai de vingt et un jours à compter de la réception de la notification prévue au paragraphe 2 ou dans un délai plus bref qui serait fixé par les arrangements visés au paragraphe 7. Les autorités allemandes peuvent également adresser leur déclaration avant la réception de leur notification.»

4. Le paragraphe 6 est remplacé par le paragraphe suivant:

«6.

(a) Lorsqu'un tribunal allemand ou une autorité allemande exerce la juridiction exclusive prévue à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, un service de liaison, établi ou désigné par chacun des Etats d'origine, reçoit, sur demande particulière ou générale de l'Etat d'origine intéressé, une copie de tous les documents adressés à l'inculpé.

(b) Dans des procédures pénales, les tribunaux allemands et les autorités

chen, die Zustellung von Schriftstücken in Strafverfahren an Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder an Angehörige durchzuführen. Artikel 32 Absatz (1) Buchstabe (b) gilt entsprechend.“

service of documents in criminal proceedings on members of a force, of a civilian component, or on dependents. The provisions of sub-paragraph (b) of paragraph 1 of Article 32 of the present Agreement shall apply mutatis mutandis to this paragraph.“

allemandes peuvent demander que le service de liaison assure la remise de documents à des membres de la force, de l'élément civil ou à des personnes à charge. Les dispositions de l'alinéa (b) du paragraphe 1 de l'Article 32 du présent Accord s'appliquent mutatis mutandis.“

Artikel 10

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 19 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Absatz (2) Buchstabe (a) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

„(2)
(a) Belange der deutschen Rechtspflege im Sinne von Artikel 19 Absatz (3) können die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit insbesondere bei folgenden Straftaten erfordern:

- (i) Straftaten, die zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte im ersten Rechtszuge gehören oder deren Verfolgung der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof übernehmen kann;
- (ii) Straftaten, durch die der Tod eines Menschen verursacht wird, Raub, Vergewaltigung, soweit sich diese Straftaten nicht gegen ein Mitglied einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder gegen einen Angehörigen richten;
- (iii) Versuch solcher Straftaten oder Teilnahme an ihnen.“

Artikel 11

Artikel 27 des Zusatzabkommens wird gestrichen.

Artikel 12

Artikel 28 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Vor Absatz (1) wird folgender neuer Absatz (principium) eingefügt:

„(principium) In Übereinstimmung mit dem auf Artikel 53 Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (4^{tes}), und unbeschadet der Bestimmungen des Artikels VII Absatz (10) Buchstabe (a) des NATO-Truppenstatuts ist die deutsche Polizei berechtigt, ihre Aufgaben innerhalb der einer Truppe oder einem zivilen Gefolge zur ausschließlichen Nutzung überlassenen Liegenschaften in dem Maße wahrzunehmen, in dem die öffentliche Ordnung und Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet oder verletzt ist. Soll eine Strafverfolgungsmaßnahme innerhalb einer solchen Liegenschaft vollzogen werden, so kann auch der Entsendestaat im Benehmen mit den deutschen Behörden hinsichtlich der Modalitäten

Article 10

The Protocol of Signature re Article 19 to the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Paragraph 2, sub-paragraph (a) shall be replaced as follows:

“2.
(a) Interests of German administration of justice within the meaning of paragraph 3 of Article 19 may make imperative the exercise of German jurisdiction, in particular in the following cases:

- (i) offences within the competence of the Higher Regional Courts (Oberlandesgericht) in first instance or offences which may be prosecuted by the Chief Federal Prosecutor (Generalbundesanwalt) at the Federal High Court of Justice (Bundesgerichtshof);
- (ii) offences causing the death of a human being, robbery, rape, except where these offences are directed against a member of a force or of a civilian component or a dependent;
- (iii) attempt to commit such offences or participation therein.“

Article 11

Article 27 of the Supplementary Agreement shall be deleted.

Article 12

Article 28 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Before paragraph 1, the following new paragraph primo shall be added:

“primo. In accordance with the provisions of paragraph 4th of the Section of the Protocol of Signature referring to Article 53 of the present Agreement, and without prejudice to the provisions of sub-paragraph (a) of paragraph 10 of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement, German police may exercise their authority within accommodation made available to a force or a civilian component for its exclusive use to the extent that the public order and safety of the Federal Republic are jeopardized or violated. Where a criminal prosecution measure (Strafverfolgungsmaßnahme) is to be carried out within such accommodation, the sending State, following consultation with the German authorities concerning the

Article 10

Le Protocole de Signature relatif à l'Article 19 est modifié comme suit:

L'alinéa (a) du paragraphe 2 est remplacé par l'alinéa suivant:

«2.
(a) Les intérêts de l'administration de la justice allemande, au sens du paragraphe 3 de l'Article 19 du présent Accord, peuvent exiger que la juridiction soit exercée par les autorités allemandes, en particulier dans le cas des infractions suivantes:

- (i) Les infractions qui relèvent de la compétence des Cours d'appel (Oberlandesgerichte) en premier ressort ou celles dont la poursuite peut être exercée par le Procureur Général de la République Fédérale (Generalbundesanwalt) auprès de la Cour Fédérale supérieure (Bundesgerichtshof);
- (ii) Les infractions ayant entraîné mort d'homme, le vol avec violence ou menaces, le viol, pour autant qu'elles n'aient pas été dirigées contre un membre d'une force ou d'un élément civil ou une personne à charge;
- (iii) La tentative de ces infractions ou la participation à celle-ci.“

Article 11

L'Article 27 de l'Accord Complémentaire est supprimé.

Article 12

L'Article 28 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Précédant le paragraphe 1, un nouveau paragraphe primo est introduit comme suit:

«Primo. Conformément aux dispositions du paragraphe 4^{ème} de la Section du Protocole de Signature se référant à l'Article 53, et sans préjudice des dispositions de l'alinéa (a) du paragraphe 10 de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, la police allemande a le droit d'accomplir ses missions à l'intérieur des installations mises à la disposition d'une force ou d'un élément civil pour son usage exclusif dans la mesure où l'ordre et la sécurité publics de la République Fédérale sont menacés ou violés. Lorsqu'une mesure de procédure pénale doit être exécutée dans de telles installations, l'Etat d'origine peut également, après consultation des autorités allemandes sur les modalités d'exécution, faire exé-

ten diese Maßnahme durch seine eigene Polizei durchführen lassen. In diesem Fall wird die Maßnahme unverzüglich und, soweit es von deutscher Seite gewünscht wird, in Anwesenheit von Vertretern deutscher Behörden durchgeführt.“

Artikel 13

Artikel 31 des Zusatzabkommens wird durch folgenden Artikel ersetzt:

„Artikel 31

Die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges genießen hinsichtlich der Befreiung von der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten die Rechte, die in den auf diesem Gebiet zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden Entsendestaat geltenden Abkommen festgesetzt sind. Die dienstliche Anwesenheit der genannten Personen im Bundesgebiet gilt für die Anwendung dieser Abkommen als ständiger Aufenthalt.“

Artikel 14

Artikel 32 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (1) Buchstabe (a) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

„(1)

(a) Deutsche Gerichte und Behörden können in nicht strafrechtlichen Verfahren eine Verbindungsstelle, die von jedem Entsendestaat errichtet oder bestimmt wird, um die Durchführung der Zustellung von Schriftstücken an Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder an Angehörige ersuchen.“

2. Absatz (1) Buchstabe (c) Ziffern (i) und (ii) wird durch folgende Ziffern ersetzt:

„(c) (i) Kann die Zustellung nicht erfolgen, so teilt die Verbindungsstelle dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde schriftlich die Gründe hierfür mit und nach Möglichkeit den Tag, an dem die Zustellung erfolgen kann. Die Zustellung gilt als bewirkt, wenn das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde binnen einundzwanzig Tagen, gerechnet vom Datum des Eingangs bei der Verbindungsstelle an, weder eine Urkunde über die vollzogene Zustellung nach Buchstabe (b) noch eine Mitteilung darüber erhalten hat, daß die Zustellung nicht erfolgen konnte.

- (ii) Die Zustellung ist jedoch nicht als bewirkt anzusehen, wenn vor Ablauf der Frist von einundzwanzig Tagen die Verbindungsstelle dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde mitteilt, daß die Zustellung nicht erfolgen konnte.“

modalities, may also have the measure carried out by its own police. In this case, the measure shall be carried out without delay and, where desired by the German side, in the presence of representatives of German authorities.“

Article 13

Article 31 of the Supplementary Agreement shall be replaced as follows:

“Article 31

With respect to the exemption from the obligation to post security for costs, members of a force or of a civilian component shall enjoy the rights determined in agreements in force in this field between the Federal Republic and the sending State concerned. The presence on duty of such persons in the Federal territory shall, in the application of such agreements, be deemed to be residence therein.“

Article 14

Article 32 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1, sub-paragraph (a) shall be replaced as follows:

“1.

(a) The German courts or authorities may request a liaison agency established or designated by each of the sending States to ensure service of documents arising in non-criminal proceedings upon members of a force, of a civilian component, or on dependents.“

2. Paragraph 1, sub-paragraph (c), items (i) and (ii) shall be replaced as follows:

“(c) (i) Where service cannot be effected, the liaison agency shall notify the German court or authority in writing of the reasons therefor and, if possible, of the date on which service can be effected. Service shall be deemed to have been effected if, upon the expiry of a period of twenty-one days from the date of receipt by the liaison agency, the German court or authority has received neither notification in writing that service has been effected in accordance with sub-paragraph (b) of this paragraph nor any communication stating that it has not been possible to effect service.

- (ii) Service shall not, however, be deemed to have been effected if the liaison agency notifies the German court or authority prior to the expiry of the period of twenty-one days that it has not been possible to effect service.“

cuter cet acte par ses propres forces de police. Dans ce cas, l'exécution de l'acte a lieu immédiatement et en présence des représentants mandatés par les autorités allemandes, si la partie allemande le souhaite.“

Article 13

L'Article 31 de l'Accord Complémentaire est remplacé par l'Article suivant:

«Article 31

Les membres d'une force ou d'un élément civil bénéficient, en matière de dispense de caution pour les frais de procédure, des droits déterminés dans les accords en vigueur dans ce domaine entre la République Fédérale et l'Etat d'origine intéressé. La présence de ces personnes sur le territoire fédéral pour des raisons de service est considérée pour l'application de ces accords comme résidence sur ce territoire.“

Article 14

L'Article 32 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. L'alinéa (a) du paragraphe 1 est remplacé par l'alinéa suivant:

«1.

(a) Dans des procédures autres que pénales, les tribunaux allemands et les autorités allemandes peuvent demander à un service de liaison, à créer ou à désigner par chaque Etat d'origine, de procéder à la signification d'actes à des membres d'une force, d'un élément civil ou aux personnes à charge.“

2. Les points (i) et (ii) de l'alinéa (c) du paragraphe 1 sont remplacés par les points suivants:

«(c) (i) Lorsque la signification ne peut être effectuée, le service de liaison en fait la notification écrite attestant les raisons au tribunal allemand ou à l'autorité allemande et, si possible, la date à laquelle la signification peut être effectuée. La signification est tenue pour effective si, à l'expiration d'un délai de vingt et un jours à compter de la date de réception par le service de liaison, le tribunal allemand ou l'autorité allemande n'a reçu ni avis attestant que la signification a eu lieu conformément à l'alinéa (b) du présent paragraphe, ni communication indiquant qu'il n'a pu être procédé à la signification.

- (ii) Toutefois, la signification n'est pas tenue pour effective si, avant l'expiration du délai de vingt et un jours, le service de liaison notifie au tribunal allemand ou à l'autorité allemande qu'il n'a pu être procédé à cette signification.“

3. Nach Absatz (1) Buchstabe (c) Ziffer (ii) wird folgende Ziffer (ii^{bis}) eingefügt:
- „(ii^{bis}) Hat die Person, an die die Zustellung erfolgen soll, die Bundesrepublik auf Dauer verlassen, so teilt die Verbindungsstelle dies dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde umgehend mit und leistet dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde unter Berücksichtigung des Artikels 3 Absatz (3) alle in ihrer Macht liegende Unterstützung.“
4. Absatz (2) wird durch folgenden Absatz ersetzt:
- „(2) Wird durch deutsche Zusteller eine Klageschrift oder eine andere Schrift oder gerichtliche Verfügung, die ein nichtstrafrechtliches Verfahren vor einem deutschen Gericht oder einer deutschen Behörde einleitet, unmittelbar zugestellt, ist dies durch das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde vor oder unverzüglich bei Vornahme der Zustellung der Verbindungsstelle schriftlich anzuzeigen. Der Inhalt der schriftlichen Anzeige richtet sich nach § 205 Zivilprozeßordnung, bei Angehörigen im rechtlich zulässigen Rahmen.“
5. Nach Absatz (2) wird folgender Absatz (3) eingefügt:
- „(3) Stellt ein deutsches Gericht oder eine deutsche Behörde ein Urteil oder eine Rechtsmittelschrift zu, so wird, falls der betreffende Entsendestaat im Einzelfall oder allgemein darum ersucht, die Verbindungsstelle unverzüglich im rechtlich zulässigen Umfang unterrichtet, es sei denn die Verbindungsstelle selbst wird um die Zustellung ersucht oder der Zustellungsadressat oder ein anderer Verfahrensbeteiligter widerspricht der Unterrichtung. Das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde unterrichtet die Verbindungsstelle über die Tatsache des Widerspruchs.“
3. Following paragraph 1, sub-paragraph (c), item (ii), the following new item (ii^{bis}) shall be added:
- “(ii^{bis}) If the person to be served has permanently left the Federal Republic, the liaison agency shall notify the German court or authority immediately of this fact and, taking into account the provisions of paragraph 3 of Article 3 of the present Agreement, shall render the German court or authority all assistance in its power.”
4. Paragraph 2 shall be replaced as follows:
- “2. When a German process server (deutscher Zusteller) serves directly a plaint or other document or court order initiating non-criminal proceedings before a German court or authority, the German court or authority shall so notify the liaison agency in writing prior to or immediately upon the service of process. The contents of the written notification shall be in accordance with Section 205 of the Code of Civil Procedure (Zivilprozeßordnung) and, in case of dependents, to the extent permitted by law.”
5. Following paragraph 2, the following new paragraph 3 shall be added:
- “3. Where a German court or authority serves a judgment or a document in appellate proceedings (Rechtsmittelschrift), the liaison agency shall, upon special or general request of the sending State concerned, be notified thereof immediately to the extent permitted by law except where the liaison agency itself is requested to effect such service, or where the addressee or another party to the proceedings objects. The German court or authority shall inform the liaison agency of any objection.”
3. Après le point (ii) de l'alinéa (c) du paragraphe 1, le point (ii^{bis}) suivant est introduit:
- «(ii^{bis}) Si le destinataire de la signification a définitivement quitté la République Fédérale, le service de liaison le notifie immédiatement au tribunal allemand ou à l'autorité allemande et, tenant compte des dispositions du paragraphe 3 de l'Article 3 du présent Accord, prête toute assistance en son pouvoir au tribunal allemand ou à l'autorité allemande.»
4. Le paragraphe 2 est remplacé par le paragraphe suivant:
- «2. Si un huissier (Zusteller) allemand signifie directement une demande en justice ou tout autre acte ou ordonnance judiciaire introductif d'une procédure autre que pénale devant un tribunal allemand ou une autorité allemande, le service de liaison doit en être informé par écrit avant ou immédiatement après la signification. L'information écrite contient les indications prévues à l'article 205 du code de Procédure civile (Zivilprozeßordnung); pour les personnes à charge, ces indications ne sont fournies que dans la mesure admise par la loi.»
5. Après le paragraphe 2, le paragraphe 3 suivant est introduit:
- «3. Si un tribunal allemand ou une autorité allemande signifie un jugement ou un document relatif à la formation d'un recours, le service de liaison est informé immédiatement et dans la mesure prévue par la loi, sur demande particulière ou générale de l'Etat d'origine concerné, lorsque le service de liaison ne procède pas lui-même à cette signification et si le destinataire ou un tiers lié à la procédure ne s'y opposent pas. Le tribunal allemand ou l'autorité allemande informe le service de liaison d'une éventuelle opposition.»

Artikel 15

Artikel 33 des Zusatzabkommens wird durch folgenden Artikel ersetzt:

„Artikel 33

Sind Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder Angehörige vorübergehend in nichtstrafrechtlichen Verfahren, an denen sie beteiligt sind, am Erscheinen verhindert und wird dies dem zuständigen deutschen Gericht oder der zuständigen deutschen Behörde ohne schuldhaften Aufschub mitgeteilt, so wird hierauf gebührend Rücksicht genommen, damit ihnen hieraus keine rechtlichen Nachteile entstehen. Eine solche Mitteilung kann auch durch die Verbindungsstelle erfolgen.“

Artikel 16

Artikel 34 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Article 15

Article 33 of the Supplementary Agreement shall be replaced as follows:

“Article 33

If members of a force, of a civilian component, or dependents are temporarily prevented from attending non-criminal proceedings to which they are parties and if the competent German court or authority is so notified without undue delay, due account shall be taken thereof in order that they shall suffer no legal prejudice to their interests. Such notification may also be given by the liaison agency.”

Article 16

Article 34 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Article 15

L'Article 33 de l'Accord Complémentaire est remplacé par l'Article suivant:

«Article 33

Lorsque, dans les procédures non pénales auxquelles ils sont parties, les membres d'une force, d'un élément civil ou les personnes à charge sont temporairement empêchés de comparaître et si le tribunal allemand ou l'autorité allemande compétents en est informé sans retard fautif, il en est dûment tenu compte afin qu'il n'en résulte aucun préjudice juridique. Une telle communication peut également se faire par l'intermédiaire du service de liaison.»

Article 16

L'Article 34 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Absatz (2) wird durch folgenden Absatz ersetzt:
- „(2)
- (a) In einem nichtstrafrechtlichen Verfahren kann eine Haft gegen Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder gegen Angehörige von deutschen Behörden und Gerichten nur angeordnet werden, um eine Mißachtung des Gerichts zu ahnden oder um die Erfüllung einer gerichtlichen oder behördlichen Entscheidung oder Anordnung zu gewährleisten, die der Betreffende schuldhaft nicht befolgt hat oder nicht befolgt. Wegen einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes darf eine Haft nicht angeordnet werden. Eine Bescheinigung der höchsten zuständigen Behörde des Entsendestaates, daß die Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes erfolgte, ist für deutsche Stellen verbindlich. In anderen Fällen berücksichtigen die zuständigen deutschen Stellen das Vorbringen der höchsten zuständigen Behörde des Entsendestaates, daß zwingende Interessen einer Haft entgegenstehen, in gebührender Weise.
- (b) Eine Verhaftung nach diesem Absatz kann nur vorgenommen werden, nachdem die Militärbehörden, für die Ersetzung der betroffenen Person gesorgt haben, sofern sie dies für erforderlich halten. Die Militärbehörden ergreifen unverzüglich alle zu diesem Zweck erforderlichen zumutbaren Maßnahmen und gewähren den für die Durchsetzung einer Anordnung oder Entscheidung im Einklang mit diesem Absatz verantwortlichen deutschen Behörden alle in ihrer Macht liegende Unterstützung.
- (c) Ist eine Verhaftung innerhalb einer der Truppe oder dem zivilen Gefolge zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaft im Einklang mit diesem Absatz vorzunehmen, so kann der Entsendestaat, nachdem er sich mit dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde über die Einzelheiten ins Benehmen gesetzt hat, diese Maßnahme durch seine eigene Polizei durchführen lassen. In diesem Fall wird die Verhaftung unverzüglich und, soweit die deutsche Seite dies wünscht, in Gegenwart von Vertretern des deutschen Gerichts oder der deutschen Behörde vorgenommen.“
2. Absatz (3) wird durch folgenden Absatz ersetzt:
- „(3) Bezüge, die einem Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges von seiner Regierung zustehen, unterliegen der Pfändung, dem Zahlungsverbot oder einer anderen Form der Zwangs-
1. Paragraph 2 shall be replaced as follows:
- “2.
- (a) A member of a force or of a civilian component or a dependent may be deprived of his personal liberty by a German authority or court in non-criminal proceedings only to punish contempt of court or to secure compliance with a judicial or administrative decision or order that he culpably has failed or fails to obey. Deprivation of liberty shall not be authorised in respect of an act or omission done in the performance of official duty. A certificate by the highest appropriate authority of the sending State stating that the act or omission concerned was done in the performance of official duty shall be binding on German agencies. In other cases the German agencies shall give due consideration to representations of the highest appropriate authority of the sending State that compelling interests contravene such deprivation of liberty.
- (b) A deprivation of liberty pursuant to this paragraph may take place only after the military authorities have arranged, if they find it necessary, for the replacement of the individual concerned. The military authorities shall take all necessary and reasonably acceptable measures to this end without delay, and render all assistance within their power to the German authorities responsible for enforcing an order or decision in accordance with this paragraph.
- (c) When a deprivation of liberty in accordance with this paragraph is to take place within accommodation made available for the exclusive use of the force or of the civilian component, the sending State, following consultation with the German court or authority concerning the modalities, may also have the measure carried out by its own police. In this case the deprivation of liberty shall take place without delay, and, to the extent desired by the German side, in the presence of representatives of the German court or authority.”
2. Paragraph 3 shall be replaced as follows:
- “3. A payment due to a member of a force or of a civilian component from his Government shall be subject to attachment, garnishment or other form of execution ordered by a German court or
1. Le paragraphe 2 est remplacé par le paragraphe suivant:
- «2.
- (a) Dans une procédure non pénale, un membre d'une force, d'un élément civil ou une personne à charge ne peut faire l'objet d'une arrestation ordonnée par des autorités allemandes ou par des tribunaux allemands que pour réprimer une offense envers le tribunal ou assurer la conformité à une décision administrative ou de justice à laquelle celui-ci a refusé de manière fautive de se plier. En cas d'acte ou d'omission dans l'exercice de fonctions officielles, l'arrestation ne sera pas ordonnée. L'attestation par les plus hautes autorités compétentes de l'Etat d'origine que l'acte ou omission a été commis dans l'exercice de fonctions officielles lie les services allemands. Dans les autres cas, les services allemands compétents examinent la décision en prenant en considération toute intervention effectuée par la plus haute autorité compétente de l'Etat d'origine indiquant que des intérêts supérieurs s'opposent à l'arrestation.
- (b) Une arrestation conforme au présent paragraphe ne peut avoir lieu qu'après que les autorités militaires ont pourvu au remplacement de l'intéressé dans le service, si elles le jugent nécessaire. A cet effet, les autorités militaires prennent immédiatement toutes les dispositions nécessaires et raisonnablement acceptables pour l'exécution de mesures privatives de liberté et prêtent toute l'assistance en leur pouvoir aux autorités allemandes responsables de l'application d'une décision conforme au présent paragraphe.
- (c) Lorsqu'une arrestation conforme aux dispositions du présent paragraphe doit être exécutée à l'intérieur des installations mises à la disposition exclusive de la force ou de l'élément civil, l'Etat d'origine peut également, après entente avec les autorités allemandes ou les tribunaux allemands sur les modalités de cette arrestation, faire exécuter cet acte par ses propres forces de police. Dans ce cas, l'arrestation est effectuée immédiatement et, si la partie allemande le souhaite, en présence de représentants mandatés par les autorités allemandes ou les tribunaux allemands.»
2. Le paragraphe 3 est remplacé par le paragraphe suivant:
- «3. Les sommes dues à un membre d'une force ou d'un élément civil par son gouvernement peuvent faire l'objet d'une saisie, d'une saisie-arrêt ou de toute autre mesure d'exécution ordonnée par

vollstreckung auf Anordnung eines deutschen Gerichts oder einer deutschen Behörde, soweit das auf dem Gebiet des Entsendestaates anwendbare Recht die Zwangsvollstreckung gestattet. Die Unterstützung nach Absatz (1) schließt auch Hinweise auf Vollstreckungsmöglichkeiten in den bereits zur Auszahlung gelangten Sold ein.“

Artikel 17

Artikel 35 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Buchstabe (b) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

- „(b) (i) Erfolgt die Zahlung nicht durch Vermittlung einer deutschen Behörde, so hinterlegen die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges, sofern das Recht des Entsendestaates dies nicht verbietet, auf Ersuchen eines Vollstreckungsorgans von der Summe, die sie anerkennen, dem Vollstreckungsschuldner zu schulden, den in dem Ersuchen genannten Betrag bei der zuständigen Stelle. Die Hinterlegung befreit die Truppe oder das zivile Gefolge in Höhe des hinterlegten Betrages von ihrer Schuld gegenüber dem Schuldner.
- (ii) Soweit das Recht des betroffenen Entsendestaates die unter Ziffer (i) genannte Zahlung verbietet, treffen die Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges alle geeigneten Maßnahmen, um das Vollstreckungsorgan bei der Durchsetzung des in Frage stehenden Vollstreckungstitels zu unterstützen.“

Artikel 18

Artikel 36 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(1) Zur öffentlichen Zustellung an Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder an Angehörige bedarf es zusätzlich der Veröffentlichung eines Auszugs des zuzustellenden Schriftstückes in der Sprache des Entsendestaates in einem von diesem zu bezeichnenden Blatt oder, wenn der Entsendestaats dies bestimmt, durch Aushang in der zuständigen Verbindungsstelle.“

Artikel 19

Artikel 37 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(1) Bei Ladungen von Mitgliedern einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder von Angehörigen vor deutsche Gerichte und Behörden ergreifen die Militärbehörden, sofern nicht dringende militärische Erfordernisse

authority to the extent permitted by the law applicable in the territory of the sending State. Assistance under paragraph 1 of this Article shall also include providing information on possible execution against pay already disbursed.“

Article 17

Article 35 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Sub-paragraph (b) shall be replaced as follows:

- “(b) (i) Where such a payment is not made through a German authority, the authorities of the force or of the civilian component, unless prohibited by the law of the sending State, shall upon request by an enforcing agency deposit with the competent agency out of the sum admitted to be owing to the debtor the sum specified in the request. Such deposit shall operate as a discharge of the force or of the civilian component from its obligation to the debtor to the extent of the amount deposited.
- (ii) Insofar as the law of the sending State concerned prohibits the payment referred to in item (i) of this sub-paragraph, the authorities of the force or of the civilian component shall take all appropriate measures to assist the enforcing agency in the execution of the judgment, decision, order or settlement in question.“

Article 18

Article 36 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Paragraph 1 shall be replaced as follows:

“1. Service of documents upon members of a force or of a civilian component or on dependents by publication shall, in addition, be effected by publication of an extract from the document to be served in a journal to be named by, and in the language of, the sending State, or if the sending State so decides, by posting in the appropriate liaison office.“

Article 19

Article 37 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Paragraph 1 shall be replaced as follows:

“1. Where a member of a force or of a civilian component or a dependent is summoned to appear before a German court or authority, the military authorities, unless military exigency requires otherwise, shall take

un tribunal allemand ou par une autorité allemande dans la mesure où la législation applicable sur le territoire de l'Etat d'origine le permet. L'assistance, prévue au paragraphe 1 du présent Article englobe également les indications relatives aux possibilités d'exécution forcée sur la solde déjà versée.“

Article 17

L'Article 35 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

L'alinéa (b) est remplacé par l'alinéa suivant: „

- “(b) (i) Lorsque le paiement ne s'effectue pas par l'intermédiaire d'une autorité allemande, les autorités de la force ou de l'élément civil déposent auprès du service compétent, à la requête de l'organisme ayant pouvoir d'exécution forcée et dans la mesure où la loi de l'Etat d'origine ne l'interdit pas, le montant spécifié dans cette requête, représentant tout ou partie de la somme qu'elles reconnaissent devoir au débiteur. Ce dépôt libère la force ou l'élément civil de sa dette envers le débiteur à concurrence du montant déposé.
- (ii) Pour autant que la législation de l'Etat d'origine intéressé interdit les paiements visés au point (i) du présent alinéa, les autorités de la force ou de l'élément civil prennent toutes mesures appropriées pour aider l'organisme ayant pouvoir d'exécution forcée à exécuter la décision en cause.“

Article 18

L'Article 36 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

“1. Une signification publique à un membre d'une force, d'un élément civil ou à une personne à charge doit être accompagnée de la publication, dans la langue de l'Etat d'origine, d'un extrait de l'acte à signifier dans l'un des bulletins devant être désigné par l'Etat d'origine ou affiché au service de liaison approprié, si l'Etat d'origine le décide.“

Article 19

L'Article 37 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

“1. Lorsqu'un membre d'une force, d'un élément civil ou une personne à charge est cité à comparaître devant un tribunal allemand ou une autorité allemande, les autorités militaires prennent toutes les disposi-

dem entgegenstehen, alle im Rahmen ihrer Befugnisse liegenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß der Ladung Folge geleistet wird, soweit nach deutschem Recht das Erscheinen erzwingbar ist. Falls die Ladung nicht über die Verbindungsstelle zugestellt worden ist, wird diese unverzüglich von dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde über die Ladung unter Angabe des Adressaten und seiner Anschrift sowie der Zeit und des Ortes der anstehenden Verhandlung oder Beweisaufnahme unterrichtet; dies gilt bei Angehörigen nicht, wenn die Militärbehörden die Befolgung der Ladung nicht wirksam unterstützen können.“

Artikel 20

Artikel 39 des Zusatzabkommens wird durch folgenden Artikel ersetzt:

„Artikel 39

Die Rechte und Vorrechte der Zeugen, Verletzten und Sachverständigen bestimmen sich nach dem Recht der Gerichte oder der Behörden, vor denen sie erscheinen. Das Gericht oder die Behörde berücksichtigt jedoch die Rechte und Vorrechte angemessen, welche Zeugen, Verletzte und Sachverständige, wenn sie Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder Angehörige sind, vor einem Gericht des Entsendestaates, und, wenn sie nicht zu diesem Personenkreis gehören, vor einem deutschen Gericht haben würden.“

Artikel 21

Artikel 42 des Zusatzabkommens wird gestrichen.

Artikel 22

Artikel 45 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(1) Soweit eine Truppe ihre Ausbildung nicht ohne Beeinträchtigung ihrer Ausbildungsziele auf den ihr zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften durchführen kann, hat sie auf der Grundlage dieses Artikels vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung das Recht, außerhalb dieser Liegenschaften Manöver und andere Übungen in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich ist. Die Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung wird unter angemessener Abwägung aller Gesichtspunkte getroffen, die sich aus mehrseitigen oder zweiseitigen Vereinbarungen ergeben, denen die Bundesrepublik und ein oder mehrere der Entsendestaaten als Vertragspartei angehören; hierzu gehören die durch den Obersten Befehlshaber der Verbündeten Streitkräfte in Europa und andere Behörden der Nordatlantikvertragsorga-

all measures within their authority to secure his attendance provided such attendance is compulsory under German law. If the summons is not served through the liaison agency, the latter shall be informed immediately of the summons by the German court or authority, which shall give the name of the addressee and his address, as well as the time and place of the hearing or taking of evidence; this does not apply in the case of dependents if the military authorities cannot give effective support to German authorities to secure attendance.“

Article 20

Article 39 of the Supplementary Agreement shall be replaced as follows:

“Article 39

Privileges and immunities of witnesses, injured persons and experts shall be those accorded by the law of the court or authority before which they appear. The court or authority shall, however, give appropriate consideration to the privileges and immunities which witnesses, injured persons and experts, if they are a member of a force or of a civilian component or dependents, would have before a court of a sending State or, if they do not belong to these categories of persons, would have before a German court.“

Article 21

Article 42 of the Supplementary Agreement shall be deleted.

Article 22

Article 45 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1 shall be replaced as follows:

“1. Insofar as a force is not able to carry out its training programme on the accommodation made available for its exclusive use without impairing the purposes of such training, it shall on the basis of this Article, subject to the approval of the Federal Minister of Defence, have the right to conduct manoeuvres and other training exercises outside such accommodation in such measure as is necessary to the accomplishment of its defence mission. The decision of the Federal Minister of Defence shall be made after giving due consideration to all aspects arising from multilateral or bilateral agreements to which the Federal Republic and one or more of the sending States are party, including training requirements laid down by the Supreme Allied Commander in Europe, other North Atlantic Treaty Organization authorities, or by competent European authorities. The conduct of or participation in manoeuvres and other training

tions en leur pouvoir, dans la mesure où des nécessités militaires urgentes ne s'y opposent pas, pour qu'il soit donné suite à la demande de comparution de l'intéressé, pour autant que le droit allemand exige cette comparution de façon absolue. Dans le cas où la citation à comparaître n'a pas été signifiée par le service de liaison, celui-ci sera informé immédiatement par le tribunal allemand ou l'autorité allemande de la citation avec indication du destinataire et de son adresse ainsi que des dates et lieux fixés pour l'audience ou l'administration de la preuve; ceci n'est pas valable pour les personnes à charge lorsque les autorités militaires ne peuvent pas assurer un soutien efficace dans le suivi de la comparution.“

Article 20

L'Article 39 de l'Accord Complémentaire est remplacé par l'Article suivant:

«Article 39

Les privilèges et dispenses des témoins, victimes et experts sont ceux accordés par la législation appliquée par le tribunal ou l'autorité devant lequel ils comparaissent. Toutefois, le tribunal ou l'autorité tient dûment compte des privilèges et dispenses dont bénéficieraient, devant le tribunal de l'Etat d'origine intéressé, les témoins, victimes et experts lorsqu'ils sont membres d'une force, d'un élément civil ou personnes à charge, ou dont ils bénéficieraient devant un tribunal allemand s'ils n'appartiennent pas à ces catégories de personnes.“

Article 21

L'Article 42 de l'Accord Complémentaire est supprimé.

Article 22

L'Article 45 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

«1. Dans la mesure où une force ne peut effectuer son instruction militaire sur les biens immobiliers mis à sa disposition pour usage exclusif sans que soient compromis les buts poursuivis par l'instruction, elle a le droit, en vertu du présent Article et sous réserve du consentement du ministre fédéral de la Défense, d'exécuter des manoeuvres et autres exercices militaires en dehors de ces biens immobiliers dans la mesure nécessaire à l'accomplissement de sa mission de défense. La décision du ministre fédéral de la Défense est prise en tenant dûment compte de tous les points de vue qui résultent d'accords multilatéraux ou bilatéraux auxquels la République Fédérale et un ou plusieurs des Etats d'origine sont Parties; cela inclut les exigences en matière d'entraînement fixées par le Commandant Suprême Allié en Europe et par toute autre autorité de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord ou par tout organisme

nisation oder durch zuständige europäische Stellen festgelegten Ausbildungserfordernisse. Die Durchführung von oder Teilnahme an Manövern und anderen Übungen nach diesem Artikel durch Truppenteile, die zu diesem Zwecke in die Bundesrepublik kommen, bedarf der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden. Die Verfahren zur Anmeldung, Koordinierung und Genehmigung von Manövern und anderen Übungen werden durch ein gesondertes Abkommen geregelt.“

2. Absatz (2) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(2) Für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen nach Absatz (1) gelten die maßgebenden Vorschriften des deutschen Rechts, insbesondere das Bundesleistungsgesetz vom 27. September 1961 in der jeweils geltenden Fassung. Über diese Vorschriften erteilen oder vermitteln die deutschen militärischen Behörden auf Ersuchen den Behörden einer Truppe Auskunft. Die zuständigen deutschen Behörden nehmen rechtzeitig mit den Behörden der Entsendestaaten Erörterungen auf über vorgesehene grundlegende Änderungen des deutschen Rechts, die die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen wesentlich beeinträchtigen können.“

3. Die Absätze (3) bis (7) werden gestrichen.

Artikel 23

Artikel 46 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(1) Eine Truppe hat auf der Grundlage dieses Artikels vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden das Recht, Manöver und andere Übungen im Luftraum der Bundesrepublik in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich ist. Die Entscheidung der zuständigen deutschen Behörden wird unter angemessener Abwägung aller Gesichtspunkte getroffen, die sich aus mehrseitigen oder zweiseitigen Vereinbarungen ergeben, denen die Bundesrepublik und ein oder mehrere der Entsendestaaten als Vertragspartei angehören; hierzu gehören die durch den Obersten Befehlshaber der Verbündeten Streitkräfte in Europa und andere Behörden der Nordatlantikvertragsorganisation oder durch zuständige europäische Stellen festgelegten Ausbildungserfordernisse.“

2. Absatz (2) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(2) Für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen nach Absatz (1) gelten die deutschen Vorschriften über den Einflug in den deutschen Luftraum

exercises in accordance with this Article by elements of the force which come to the Federal Republic for this purpose shall require the approval of the competent German authorities. The procedures for notification, co-ordination and authorisation of manoeuvres and other training exercises shall be regulated in a separate agreement.“

2. Paragraph 2 shall be replaced as follows:

“2. The conduct of manoeuvres and other training exercises, in accordance with paragraph 1 of this Article, shall be governed by the relevant provisions of German law, in particular the Federal Requisitioning Law of September 27, 1961, as amended. The German military authorities, upon the request of the authorities of a force, shall provide or arrange to provide information about these provisions. The competent German authorities shall discuss with the authorities of the sending States in good time prospective fundamental amendments to provisions of German law that may substantially impair the conduct of manoeuvres and other training exercises.“

3. Paragraphs 3 to 7 shall be deleted.

Article 23

Article 46 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1 shall be replaced as follows:

“1. A force shall have, on the basis of this Article, subject to the approval of the competent German authorities, the right to conduct manoeuvres and other training exercises in the air space of the Federal Republic in such measure as is necessary to the accomplishment of its defence mission. The decision of the competent German authorities shall be made after giving due consideration to all aspects arising from multilateral or bilateral agreements to which the Federal Republic and one or more of the sending States are party, including training requirements laid down by the Supreme Allied Commander in Europe, or other North Atlantic Treaty Organization authorities or by competent European authorities.“

2. Paragraph 2 shall be replaced as follows:

“2. The conduct of manoeuvres and other training exercises, in accordance with paragraph 1 of this Article, shall be governed by German regulations on the

européen compétent. L'exécution de ou la participation aux manœuvres et autres exercices, prévus par le présent Article, d'unités militaires venant dans ce but en République Fédérale, nécessite le consentement des autorités allemandes compétentes. Un accord particulier règle les procédures de notification, de coordination et d'autorisation des manœuvres et autres exercices.“

2. Le paragraphe 2 est remplacé par le paragraphe suivant:

«2. L'exécution de manœuvres et autres exercices, conformément au paragraphe 1 du présent Article, est régie par les dispositions pertinentes du droit allemand, en particulier la loi fédérale sur les réquisitions du 27 septembre 1961 dans la dernière version en vigueur. A la demande des autorités d'une force, les autorités militaires allemandes fournissent des précisions sur ces dispositions ou font en sorte qu'elles soient fournies. Les autorités allemandes compétentes entament, en temps utile, des discussions avec les autorités des Etats d'origine au sujet de tout projet d'amendement fondamental aux dispositions de la législation allemande qui pourrait porter un préjudice significatif à la conduite de manœuvres ou d'autres exercices.“

3. Les paragraphes 3 à 7 sont supprimés.

Article 23

L'Article 46 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

«1. Une force a le droit, en vertu du présent Article et sous réserve du consentement des autorités allemandes compétentes, d'exécuter des manœuvres et autres exercices dans l'espace aérien de la République Fédérale dans la mesure nécessaire à l'accomplissement de sa mission de défense. La décision des autorités allemandes compétentes est prise en tenant dûment compte de tous les points de vue résultant d'accords multilatéraux ou bilatéraux auxquels la République Fédérale et un ou plusieurs des Etats d'origine sont Parties; cela inclut les exigences en matière d'entraînement fixées par le Commandant Suprême Allié en Europe et par toute autre autorité de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord ou tout organisme européen compétent.“

2. Le paragraphe 2 est remplacé par le paragraphe suivant:

«2. L'exécution de manœuvres et autres exercices conformément au paragraphe 1 du présent Article est régie par les dispositions allemandes relatives à

und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt, die sich im Rahmen der Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation halten, sowie die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind. Die zuständigen deutschen Behörden nehmen rechtzeitig mit den Behörden der Entsendestaaten Erörterungen auf über vorgesehene Änderungen der deutschen Vorschriften oder Verwaltungsbestimmungen betreffend den Einflug in den deutschen Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Anlagen der Luftfahrt. Die Vertragsparteien bedienen sich der in diesem Bereich zuständigen Organisationen, um solche Änderungen zu erörtern."

3. Die Absätze (3) bis (5) werden gestrichen.

Artikel 24

Artikel 46 erhält folgendes Unterzeichnungsprotokoll:

„Zu Artikel 46

(1) Deutsche Vorschriften über den Einflug in den deutschen Luftraum, seine Benutzung und die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt sowie die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind, umfassen das Luftverkehrsgesetz in seiner jeweils geltenden Fassung und die hierzu erlassenen Verordnungen und Verwaltungsregelungen ziviler und militärischer Art sowie die in dem AFCENT LOW FLYING HANDBOOK oder einer entsprechenden Nachfolgepublikation veröffentlichten einschlägigen Verfahren und innerstaatlichen Vorschriften. Neben den Bestimmungen des Artikels 46 gelten Vereinbarungen – nebst etwaigen zukünftigen Änderungen – über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen in deutschem Luftraum, die die Bundesrepublik und ein oder mehrere Entsendestaaten geschlossen haben oder schließen werden, so lange fort, bis sie ersetzt oder gekündigt werden.

(2) Zu den in Artikel 46 Absatz (2) genannten zuständigen Organisationen gehören auch die AFCENT LOW FLYING WORKING GROUP oder eine entsprechende Nachfolgeorganisation."

Artikel 25

Artikel 47 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Absatz (3) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

entry into and use of German air space and the utilization of aviation installations and facilities which fall within the scope of the Standards and Recommended Practices of the International Civil Aviation Organization, as well as applicable notification, approval and co-ordination procedures contained in relevant laws, regulations and publications. The competent German authorities shall discuss with the authorities of the sending States in good time prospective amendments to German regulations or administrative provisions concerning the entry into and use of German air space and the utilization of aviation installations and facilities. The Contracting Parties shall make use of competent organizations in this field to discuss such amendments."

3. Paragraphs 3 to 5 shall be deleted.

Article 24

The Protocol of Signature to the Supplementary Agreement shall be amended by adding the following new Section.

"Re Article 46

1. German regulations on the entry into and use of German air space and the utilization of aviation installations and facilities as well as applicable notification, approval, and co-ordination procedures contained in relevant laws, regulations and publications include the Air Traffic Law (Luftverkehrsgesetz) in its then-current version and regulations, civilian and military administrative rules and procedures issued thereunder, as well as pertinent procedures and national regulations published in the AFCENT LOW FLYING HANDBOOK or any successor publication. Beside the provisions of Article 46, agreements, and any future amendments thereto, governing the conduct of manoeuvres and other training exercises in German air space which the Federal Republic and one or more sending States have concluded, or will conclude, shall apply until replaced or terminated.

2. The competent organizations referred to in paragraph 2 of Article 46 include the AFCENT Low Flying Working Group or any successor organization."

Article 25

Article 47 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Paragraph 3 shall be replaced as follows:

l'entrée dans l'espace aérien allemand et à l'utilisation de celui-ci et des installations et dispositifs aéronautiques, dispositions qui ne dépassent pas le cadre des Normes et Pratiques recommandées émanant de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale ainsi que les procédures de notification, d'autorisation et de coordination en vigueur contenues dans les lois, règlements et publications correspondantes. Les autorités allemandes compétentes entament, en temps utile, des discussions avec les autorités des Etats d'origine au sujet de tout projet envisagé d'amendement à la législation ou aux dispositions administratives allemandes concernant l'entrée dans l'espace aérien allemand et l'utilisation de celui-ci et des installations et dispositifs aéronautiques. Les Parties Contractantes s'adressent aux organisations compétentes en la matière en vue de discuter de ces projets d'amendement."

3. Les paragraphes 3 à 5 sont supprimés.

Article 24

Le Protocole de Signature suivant s'applique à l'Article 46:

«Ad Article 46

1. La réglementation allemande régissant l'entrée dans l'espace aérien allemand et l'utilisation de celui-ci et des installations et dispositifs aéronautiques, ainsi que les procédures de notification, d'autorisation et de coordination en vigueur contenues dans les lois, règlements et publications correspondantes incluent la loi relative à la circulation aérienne (Luftverkehrsgesetz) dans la dernière version en vigueur et les règlements, procédures et dispositions administratives civiles et militaires s'y référant, ainsi que les procédures et prescriptions nationales pertinentes publiées dans le Manuel AFCENT sur le vol à basse altitude (AFCENT LOW FLYING HANDBOOK) ou toute publication faisant suite à ce dernier. En sus des dispositions de l'Article 46, les accords y compris tout amendement futur relatifs à l'exécution de manoeuvres et autres exercices dans l'espace aérien allemand que la République Fédérale et un ou plusieurs des Etats d'origine ont conclu ou concluront, s'appliquent jusqu'à la date de leur remplacement ou de leur dénonciation.

2. Les organisations compétentes visées au paragraphe 2 de l'Article 46 du présent Accord incluent le Groupe de Travail AFCENT sur les vols à basse altitude (AFCENT Low Flying Working Group) ou toute autre organisation qui lui succéderait."

Article 25

L'Article 47 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Le paragraphe 3 est remplacé par le paragraphe suivant:

„(3) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge können die von ihnen benötigten Lieferungen und Leistungen entweder unmittelbar beschaffen oder nach vorheriger Vereinbarung durch die zuständigen deutschen Behörden beschaffen lassen. Die Durchführung von Verkehrsleistungen ist in Artikel 57 geregelt.“

Artikel 26

Artikel 49 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(1) Die Programme für die zur Deckung des Bedarfs einer Truppe und eines zivilen Gefolges erforderlichen Bauvorhaben werden den für Bundesbauaufgaben zuständigen deutschen Behörden von Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges übermittelt.“

2. Absatz (2) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(2) Baumaßnahmen werden nach Maßgabe der geltenden deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und besonderer Verwaltungsabkommen durch die für Bundesbauaufgaben zuständigen deutschen Behörden durchgeführt.“

3. Absatz (3) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(3) Abweichend von Absatz (2) können die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges nach Maßgabe besonderer Verwaltungsabkommen, die bei Inkrafttreten dieses Abkommens bestehen oder nach diesem Zeitpunkt abgeschlossen oder geändert werden, im Benehmen mit den deutschen Behörden

(a) Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten,

(b) Baumaßnahmen, die besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordern,

(c) kleinere Baumaßnahmen

sowie im Einvernehmen mit den deutschen Behörden

(d) kleine Baumaßnahmen,

(e) Baumaßnahmen ausnahmsweise in anderen Fällen

mit eigenen Kräften oder durch unmittelbare Vergabe an Unternehmer durchführen. Bei der Durchführung dieser Baumaßnahmen beachten die Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges die deutschen Bau- und Umweltvorschriften und stellen in Zusammenarbeit mit den in Absatz (2) erwähnten deutschen Behörden sicher, daß die entsprechenden Genehmigungen eingeholt werden. Außerdem berücksichtigen sie die in der Bundesrepublik für öffentliche Bauaufträge anzuwendenden Grundsätze.“

“3. A force or a civilian component may procure goods and services which they need either direct, or, after prior agreement, through the appropriate German authorities. The execution of transport services shall be governed by Article 57 of the present Agreement.”

Article 26

Article 49 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1 shall be replaced as follows:

“1. The programmes of construction projects necessary to cover the requirements of a force or of a civilian component shall be transmitted to the German authorities competent for Federal building by the authorities of the force or of the civilian component.”

2. Paragraph 2 shall be replaced as follows:

“2. Construction works shall be carried out by the German authorities competent for Federal building in accordance with German legal provisions and administrative regulations in force, and in accordance with special administrative agreements.”

3. Paragraph 3 shall be replaced as follows:

“3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2 of this Article, the authorities of a force or of a civilian component may carry out, in accordance with special administrative agreements existing on the entry into force of the present Agreement or which are concluded or amended thereafter, in consultation with the German authorities

(a) repairs and maintenance work,

(b) construction works which require special security measures,

(c) very minor construction works;

and, in agreement with the German authorities

(d) minor construction works,

(e) exceptionally, construction works in other cases

with their own personnel or by placing contracts direct with contractors. In carrying out such works, the authorities of the force or of the civilian component shall respect German building and environmental regulations and shall ensure, in co-operation with the German authorities referred to in paragraph 2 of this Article, that the necessary permissions are obtained. Furthermore they shall take into consideration the principles applying in the Federal Republic regarding public construction.”

«3. Une force ou un élément civil peut se procurer les fournitures et prestations qui leur sont nécessaires, soit directement, soit après accord préalable, par l'entremise des autorités allemandes compétentes. L'exécution des prestations de transports est régie par l'Article 57 du présent Accord.»

Article 26

L'Article 49 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

«1. Les programmes de travaux nécessaires à la satisfaction des besoins d'une force et d'un élément civil sont transmis par les autorités de la force et de l'élément civil aux autorités allemandes compétentes pour les constructions fédérales.»

2. Le paragraphe 2 est remplacé par le paragraphe suivant:

«2. Les travaux sont réalisés par les autorités allemandes compétentes pour les constructions fédérales conformément aux dispositions légales et administratives allemandes en vigueur et à des accords administratifs particuliers.»

3. Le paragraphe 3 est remplacé par le paragraphe suivant:

«3. Par dérogation aux dispositions du paragraphe 2 du présent Article et conformément aux accords administratifs particuliers qui existent à la date d'entrée en vigueur du présent Accord ou qui seront conclus ou amendés après cette date, les autorités d'une force ou d'un élément civil peuvent exécuter, après consultation avec les autorités allemandes:

(a) Les réparations et les travaux d'entretien,

(b) les travaux qui nécessitent des mesures de sécurité particulières,

(c) les travaux de peu d'importance,

ainsi qu'en accord avec les autorités allemandes:

(d) les petits travaux de construction,

(e) de façon exceptionnelle, les travaux dans d'autres cas,

en utilisant leur propre personnel ou par soumission directe à un entrepreneur. Lors de l'exécution de ces travaux, les autorités de la force ou de l'élément civil observent la réglementation allemande en matière de construction et d'environnement, et en coopération avec les autorités allemandes mentionnées au paragraphe 2 du présent Article, veillent à ce que les autorisations correspondantes soient sollicitées. De même, elles observent les principes qui sont appliqués en République Fédérale en matière de marchés de travaux publics.»

- | | | |
|--|--|---|
| <p>4. Absatz (4) wird gestrichen.</p> <p>5. Absatz (5) wird durch folgenden Absatz ersetzt:</p> <p>„(5) Form und Umfang der in Absatz (3) vorgesehenen Konsultation werden zwischen den Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges und den deutschen Behörden vereinbart.“</p> <p>6. Absatz (6) Einleitungssatz und Buchstabe (b) werden wie folgt ersetzt:</p> <p>„(6) Werden Arbeiten im Sinne des Absatzes (2) für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge von den deutschen Behörden durchgeführt, so</p> <p>(b) werden die Art der Vergabe und bei beschränkten Ausschreibungen Anzahl und Namen der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Unternehmer zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges vereinbart;“</p> | <p>4. Paragraph 4 shall be deleted.</p> <p>5. Paragraph 5 shall be replaced as follows:</p> <p>“5. The authorities of the force or of the civilian component and the German authorities shall agree concerning the form and extent of the consultation envisaged in paragraph 3 of this Article.”</p> <p>6. The introduction to paragraph 6 and sub-paragraph (b) thereof shall be replaced as follows:</p> <p>“6. When the work referred to in paragraph 2 of this Article is carried out on behalf of a force or a civilian component by the German authorities,</p> <p>(b) the method of award of the contract and, in the case of limited tender, the number and identity of the contractors to be invited, shall be agreed between the German authorities and the authorities of the force or of the civilian component;“</p> | <p>4. Le paragraphe 4 est supprimé.</p> <p>5. Le paragraphe 5 est remplacé par le paragraphe suivant:</p> <p>«5. Les autorités de la force et de l'élément civil et les autorités allemandes conviennent de la forme et de l'étendue des consultations prévues au paragraphe 3 du présent Article.»</p> <p>6. La phrase introductive du paragraphe 6 et l'alinéa (b) dudit paragraphe sont remplacés par les dispositions suivantes:</p> <p>«6. Lorsque des travaux visés au paragraphe 2 du présent Article sont exécutés par les autorités allemandes pour le compte d'une force ou d'un élément civil:</p> <p>(b) Le mode de passation de marchés publics et, en cas d'adjudication restreinte, le nombre et l'identité des entrepreneurs devant être invités à soumissionner font l'objet d'un accord entre les autorités allemandes et les autorités de la force ou de l'élément civil;»</p> |
|--|--|---|

Artikel 27

Article 27

Article 27

Artikel 53 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Article 53 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

L'Article 53 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

- | | | |
|--|--|---|
| <p>1. Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:</p> <p>„(1) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge können innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften die zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen. Für die Benutzung solcher Liegenschaften gilt das deutsche Recht, soweit in diesem Abkommen und in anderen internationalen Übereinkünften nicht etwas anderes vorgesehen ist und sofern nicht die Organisation, die interne Funktionsweise und die Führung der Truppe und ihres zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehöriger sowie andere interne Angelegenheiten, die keine vorhersehbaren Auswirkungen auf die Rechte Dritter oder auf umliegende Gemeinden und die Öffentlichkeit im allgemeinen haben, betroffen sind. Die zuständigen deutschen Behörden und die Behörden einer Truppe konsultieren einander und arbeiten zusammen, um auftretende Meinungsverschiedenheiten beizulegen.“</p> <p>2. Nach Absatz (2) wird folgender Absatz (2^{ba}) eingefügt:</p> <p>„(2^{ba}) Die Benutzung von Truppenübungsplätzen, Standortübungsplätzen und Standortschießanlagen durch Truppenteile, die zu Übungs- und Ausbildungszwecken in die Bundesrepublik gebracht werden, ist den zuständigen deutschen Behörden vorher zur Zustimmung anzuzeigen. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die deutschen Behörden nicht innerhalb von 45 Tagen nach Eingang der Anzeige widersprechen.“</p> | <p>1. Paragraph 1 shall be replaced as follows:</p> <p>“1. Within accommodation made available for its exclusive use, a force or a civilian component may take all the measures necessary for the satisfactory fulfilment of its defence responsibilities. German law shall apply to the use of such accommodation except as provided in the present Agreement and other international agreements, and as regards the organization, internal functioning and management of the force and its civilian component, the members thereof and their dependents, and other internal matters which have no foreseeable effect on the rights of third parties or on adjoining communities or the general public. The competent German authorities and the authorities of a force shall consult and co-operate to reconcile any differences that may arise.”</p> <p>2. Following paragraph 2, the following new paragraph 2^{ba} shall be added:</p> <p>“2^{ba}. The use of major training areas, local training areas and local firing ranges by units brought to the Federal Republic for exercise and training purposes shall be subject to prior notification to the competent German authorities for approval. Such use shall be deemed approved unless the German authorities object within 45 days of receiving notification. However, notification alone shall suffice for units of the</p> | <p>1. Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:</p> <p>«1. Une force et un élément civil peuvent prendre, à l'intérieur des biens immobiliers mis à leur disposition pour leur usage exclusif, les mesures nécessaires pour leur permettre de s'acquitter de manière satisfaisante de leurs responsabilités en matière de défense. Le droit allemand s'applique à l'utilisation de ces biens immobiliers, sauf dispositions contraires stipulées dans le présent Accord ou dans d'autres accords internationaux et pour autant qu'il ne s'agit pas de l'organisation, du fonctionnement interne et de l'administration de la force et de son élément civil, de ses membres et des personnes à charge ou d'autres affaires internes qui n'ont aucun effet prévisible sur les droits des tiers ou sur les communes voisines ou le public en général. Les autorités compétentes allemandes et les autorités d'une force se consulteront et coopéreront afin de résoudre les différends qui pourraient survenir.»</p> <p>2. Après le paragraphe 2, le paragraphe 2^{ba} suivant est introduit:</p> <p>«2^{ba}. L'utilisation de camps de manœuvres, de terrains d'exercices de garnison et de stands de tir de garnison par des unités transférées en République Fédérale à des fins d'exercices ou d'entraînement doit être préalablement notifiée aux autorités allemandes compétentes pour obtenir leur consentement. Un tel consentement est considéré comme acquis lorsqu'aucune objection n'est soulevée par les autorités allemandes à</p> |
|--|--|---|

Für Truppenteile des anzeigenden Staates bis zur Stärke von 200 Mann, die organisch zu einem in der Bundesrepublik stationierten Truppenteil gehören oder zur Verstärkung der in der Bundesrepublik stationierten Truppenteile vorgesehen sind, ist die Anzeige ausreichend. Für die Zwecke dieses Artikels ist die Anzeige gegenüber deutschen Behörden während Planungskonferenzen ausreichend. Zusätzliche Vereinbarungen sind möglich.“

3. Vor Absatz (3) wird folgender Absatz (2^{ter}) eingefügt:

„(2^{ter}) Einzelheiten der Benutzung von Truppenübungsplätzen, Luft-/Bodenschießplätzen, Standortübungsplätzen und Standortschießanlagen sowie des nach Absatz (2^{bis}) vorgesehenen Anzeige- und Zustimmungsverfahrens werden durch Verwaltungsabkommen geregelt, die auf Bundesebene abgeschlossen werden.“

Artikel 28

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 53 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Nach Absatz (1) wird folgender Absatz (1^{bis}) eingefügt:

„(1^{bis}) Maßnahmen, die zur Erfüllung nationaler Ausbildungsnormen einer Truppe erforderlich sind, gehören zu den in Artikel 53 Absatz (1) Satz 1 genannten Maßnahmen.“

2. Nach Absatz (4) wird folgender Absatz (4^{bis}) eingefügt:

„(4^{bis})

(a) Die Behörden einer Truppe gewähren den zuständigen deutschen Behörden auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene jede angemessene Unterstützung, die zur Wahrnehmung der deutschen Belange erforderlich ist, einschließlich des Zutritts zu den Liegenschaften nach vorheriger Anmeldung, damit sie ihre Amtspflichten erfüllen können. Die für die Liegenschaften zuständigen deutschen Bundesbehörden sind den Behörden der Truppe auf deren Ersuchen behilflich. In Eilfällen und bei Gefahr im Verzuge ermöglichen die Behörden der Truppe den sofortigen Zutritt ohne vorherige Anmeldung. Die Behörden der Truppe entscheiden in jedem Fall, ob sie die deutschen Behörden begleiten.

(b) In allen Fällen des Zutritts werden die Erfordernisse der militärischen Sicherheit berücksichtigt, insbesondere die Unverletzlichkeit von Räumen, Einrichtungsgegenständen und Schriftstücken, die der Geheimhaltung unterliegen.

forces of a notifying State of up to 200 personnel which belong organically to a unit stationed in the Federal Republic, or which are intended for reinforcement of units stationed in the Federal Republic. For purposes of this Article, notice given to German authorities during scheduling conferences shall suffice. Additional agreements may be concluded.“

3. Following paragraph 2nd, the following new paragraph 2^{ter} shall be added:

“2^{ter}. Details of the use of major training areas, air-to-ground weapons ranges, local training areas and local firing ranges, as well as the notification and approval set out in paragraph 2^{bis}, shall be covered by administrative agreements to be reached at the national level.“

Article 28

The Protocol of Signature re Article 53 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Following paragraph 1, the following new paragraph 1^{bis} shall be added:

“1^{bis}. Measures necessary to meet national training standards of a force shall be among the measures referred to in the first sentence of paragraph 1 of Article 53.“

2. Following paragraph 4, the following new paragraph 4^{bis} shall be added:

“4^{bis}.”

(a) The authorities of a force shall give the competent German authorities at federal, Land and local level all reasonable assistance necessary to safeguard German interests, including access to accommodation after prior notification, so that they can fulfill their official duties. The German Federal authorities responsible for the accommodation shall assist the authorities of the force on request. In emergencies and where there is danger in delay, the authorities of the force shall make immediate access possible without prior notification. The authorities of the force shall decide in each case whether they will accompany the German authorities.

(b) In all cases access shall be subject to considerations of military security, in particular of the inviolability of classified areas, equipment and documents.

l'expiration d'un délai de 45 jours suivant la réception de la notification. Cependant, une simple notification suffit pour des unités de l'Etat notifiant organiquement liées à une unité stationnée en République Fédérale ou prévues pour renforcer les unités stationnées en République Fédérale, lorsque leur effectif ne dépasse pas 200 hommes. Aux fins du présent Article, les indications données aux autorités allemandes lors des conférences de programmation suffisent. Des accords supplémentaires peuvent être conclus.“

3. Précédant le paragraphe 3, le paragraphe 2^{ter} suivant est introduit:

»2^{ter}. Les détails relatifs à l'utilisation de camps de manœuvres, de champs de tir air-sol, de terrains d'exercice de garnison et de champs de tir de garnison ainsi que la procédure de notification et d'autorisation prévue au paragraphe 2^{bis} feront l'objet d'accords administratifs conclus au niveau fédéral.«

Article 28

Le Protocole de Signature relatif à l'Article 53 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Après le paragraphe 1, le paragraphe 1^{bis} suivant est introduit:

«1^{bis} Les mesures nécessaires à l'application des normes nationales d'entraînement d'une force font partie des mesures citées dans la première phrase du paragraphe 1 de l'Article 53.»

2. Après le paragraphe 4, le paragraphe 4^{bis} suivant est introduit:

«4^{bis}»

(a) Les autorités d'une force prêtent aux autorités allemandes compétentes au niveau de la Fédération, des Länder et des collectivités locales, toute assistance raisonnable nécessaire à la sauvegarde des intérêts allemands, y compris l'accès aux biens immobiliers après notification préalable afin qu'elles puissent remplir leurs obligations. Les autorités allemandes fédérales compétentes pour les biens immobiliers prêtent assistance aux autorités de la force sur leur demande. Dans des cas d'urgence ou de danger imminent, les autorités de la force permettent l'accès immédiat sans notification préalable. Les autorités de la force décident dans chaque cas si elles accompagnent les autorités allemandes.

(b) Dans tous les cas d'accès, les impératifs de sécurité militaire sont pris en considération, en particulier l'inviolabilité des locaux, installations et documents soumis aux restrictions en matière de secret.

- (c) Die Behörden der Truppe und die deutschen Behörden gestalten den Zutritt so, daß weder die Wahrnehmung deutscher Belange noch im Gang befindliche oder bereits ange-setzte militärische Übungen in unangemessener Weise beeinträchtigt werden.
- (c) The authorities of the force and the German authorities shall arrange access in such a way that neither the safeguarding of German interests nor military exercises which are in progress or about to start are unreasonably prejudiced.
- (c) Les autorités de la force et les autorités allemandes organisent l'accès de telle manière que ni les intérêts allemands ni les exercices militaires en cours ou déjà fixés ne subissent un préjudice excessif.
- (d) Sollte in den Fällen der Buchstaben (a) bis (c) keine Einigung erzielt werden, so werden auf beiden Seiten die zuständigen höheren Behörden befaßt."
- (d) Should there be no agreement in the cases of sub-paragraphs (a) to (c) of this paragraph, the competent higher authorities on both sides shall be seized of the matter."
- (d) Si, dans les cas prévus aux alinéas (a) à (c) du présent paragraphe, aucun accord n'a été trouvé, les autorités supérieures compétentes sont saisies par chacune des Parties."
3. Absatz (5) Einleitungssatz und Buchstaben (c) und (g) werden durch folgenden Satz und folgende Buchstaben ersetzt:
3. The introduction to paragraph 5 and sub-paragraphs (c) and (g) thereof shall be replaced as follows:
3. La première phrase du paragraphe 5 et les alinéas (c) et (g) sont remplacés par la phrase introductive et les alinéas suivants:
- „(5) Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden einer Truppe und den deutschen Behörden nach Artikel 53, gegebenenfalls in Verbindung mit Artikel 53A, erstreckt sich insbesondere auf folgende Gebiete:“
- “5. Co-operation, between the authorities of a force and the German authorities in accordance with Article 53, and, if appropriate, in conjunction with Article 53A, shall extend in particular to the following fields:
- “5. Les autorités de la force et les autorités allemandes, conformément à l'Article 53, en liaison le cas échéant avec l'Article 53A, coopèrent notamment dans les domaines suivants:
- „(c) öffentliche Sicherheit und Ordnung, einschließlich des Feuerschutzes (Brandschutz und Hilfeleistung), des Katastrophenschutzes, des Arbeitsschutzes, der Unfallverhütung sowie der Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel bei Schießständen, Munitionslagern, Treibstofflagern und gefährlichen Anlagen;“
- (c) public safety and order, including fire precautions (fire protection and assistance), disaster control, industrial safety (Arbeitsschutz), prevention of accidents and safety measures, such as those pertaining to rifle ranges, ammunition depots, fuel depots and dangerous plant;
- (c) sécurité et ordre publics, y compris la protection contre le feu (protection contre l'incendie et assistance à personne en danger), la protection contre les catastrophes, l'hygiène, la santé et la sécurité du travail (Arbeitsschutz), la prévention des accidents et les mesures de sécurité concernant, par exemple, les stands de tir, les dépôts de munitions et de carburants et les installations dangereuses;
- „(g) Eigentumsbeschränkung, Nachbarrecht, Landesplanung, Denkmal- und Naturschutz, Umweltschutz, einschließlich Erfassung und Bewertung von Flächen, von denen wegen Kontamination des Bodens ein Risiko ausgeht;“
- (g) property restrictions, protection of neighbouring property, town and country planning, protection of monuments and sanctuaries, and environmental protection, including any identification and evaluation of sites rendered hazardous by soil contamination.”
- (g) servitudes immobilières, protection des propriétés voisines, planification rurale et urbaine, protection des monuments et sites naturels, protection de l'environnement y compris le recensement et l'évaluation des sites qui présentent un danger en raison d'une contamination du sol.”
4. Absatz (6) wird durch folgenden Absatz ersetzt:
4. Paragraph 6 shall be replaced as follows:
4. Le paragraphe 6 est remplacé par le paragraphe suivant:
- „(6) Bei der Zusammenarbeit zwischen den Behörden einer Truppe und den für die Liegenschaftsverwaltung zuständigen Bundesbehörden wird wie folgt verfahren:
- “6. Co-operation between the authorities of a force and the Federal authorities responsible for the administration of accommodation shall be carried out in accordance with the following procedures:
- “6. Lorsque les autorités d'une force et les autorités fédérales allemandes responsables de la gestion des biens immobiliers coopèrent, les modalités suivantes sont appliquées:
- (a) Die Behörden der Truppe und die deutschen Behörden benennen jeweils für einzelne Liegenschaften oder für Gruppen von Liegenschaften Vertreter. Diese Vertreter arbeiten bei der Verwaltung der Liegenschaften zusammen, um eine befriedigende Berücksichtigung der Belange der Truppe und der deutschen Belange zu gewährleisten. Die Befugnisse deutscher Fachbehörden insbesondere nach Absatz (4^{tes}) bleiben davon unberührt.
- (a) The authorities of the force and the German authorities shall each designate representatives for a unit or units of accommodation. These representatives shall co-operate concerning the administration of accommodation to ensure that due consideration is given to the interests of the force and to German interests. The competencies of German technical authorities, particularly under paragraph 4th of this Section, shall remain unaffected.
- (a) Les autorités de la force et les autorités allemandes désignent leurs représentants respectifs pour tout bien immobilier particulier ou pour tout ensemble de biens immobiliers. Ces représentants coopèrent à l'administration des biens immobiliers, en vue d'assurer qu'il est dûment tenu compte des intérêts de la force et des intérêts allemands. Les compétences des autorités spécialisées allemandes, en particulier celles visées au paragraphe 4^{ème} de la présente Section, n'en sont pas affectées.
- (b) Der für die Liegenschaft verantwortliche Kommandant oder die sonst zuständige Behörde der Truppe ge-
- (b) The military commander responsible for the accommodation or other appropriate authority of the force shall
- (b) Le commandant responsable du bien immobilier ou toute autre autorité compétente de la force prête aux

währt in Übereinstimmung mit Absatz (4^{ter}) den deutschen Vertretern jede angemessene Unterstützung.

(c) Ungeachtet der Buchstaben (a) und (b) gilt folgende Regelung:

(i) Die in Absatz (5) Buchstabe (b) vorgesehene Erfassung und Inventarisierung von Vermögensgegenständen erfolgt in der Regel bei Beginn und am Ende der Überlassung einer Liegenschaft an die Truppe zu deren Benutzung.

(ii) Zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitsmaßnahmen bei Schießständen, Munitions- und Treibstofflagern können gemeinsame Ausschüsse eingerichtet werden. Die Einzelheiten werden in Verwaltungsabkommen geregelt.“

Artikel 29

Nach Artikel 53 des Zusatzabkommens wird folgender Artikel 53A eingefügt:

„Artikel 53A

(1) Soweit deutsches Recht im Zusammenhang mit der Benutzung von Liegenschaften im Sinne des Artikels 53 Anwendung findet und vorschreibt, daß eine besondere Erlaubnis, Zulassung oder sonstige öffentlich-rechtliche Genehmigung einzuholen ist, stellen die deutschen Behörden in Zusammenarbeit und im Benehmen mit den Behörden einer Truppe die erforderlichen Anträge und betreiben die diesbezüglichen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren für die Truppe.

(2) Absatz (1) findet auch Anwendung, wenn die Entscheidung von Dritten angegriffen wird, wenn Maßnahmen oder Einrichtungen anzeigepflichtig sind, sowie bei Verfahren, die von Amts wegen, insbesondere zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, oder auf Betreiben Dritter eingeleitet werden. In diesen Fällen wahren die für die Truppe handelnden deutschen Bundesbehörden die Interessen der Truppe. Wird eine nach Absatz (1) beantragte Genehmigung in Übereinstimmung mit deutschem Recht verweigert, nachträglich geändert oder ungültig, so konsultieren die Behörden der Truppe und die deutschen Behörden einander, um den Bedürfnissen der Truppe in anderer Weise zu genügen, die mit den Erfordernissen des deutschen Rechts vereinbar ist.

(3) Die Behörden der Truppe befolgen genau die Bedingungen und Anforderungen einer rechtlich wirksamen Entscheidung, die nach den Absätzen (1) und (2) ergeht. Sie arbeiten eng mit deutschen Behörden zusammen, um sicherzustellen, daß dieser

give, in accordance with paragraph 4th of this Section, the German representatives all reasonable assistance.

(c) Notwithstanding the provisions of sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph, the following procedures shall apply:

(i) The property lists and inventories of property referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 5 of this Section shall normally be set up or checked at the beginning and the end of the period for which a unit of accommodation is made available to the force for its use.

(ii) For co-operation in the field of safety measures in respect of rifle ranges, ammunition depots, and fuel depots, joint commissions may be established. Details shall be laid down in administrative agreements.”

Article 29

Following Article 53 of the Supplementary Agreement, the following new Article 53A shall be added:

“Article 53A

1. Where German law applies in connection with the use of accommodation covered by Article 53 of the present Agreement, and requires that a special permit, licence or other form of official permission be obtained, the German authorities shall, in co-operation with the authorities of a force and following consultation with them, submit the necessary applications and undertake the relevant administrative and legal procedures for the force.

2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall also apply when the decision is contested by a third party, when measures or facilities are notifiable, and in cases where the proceedings are instituted ex officio, in particular to safeguard public safety and order, or at the instigation of a third party. In these instances German Federal authorities acting for the force shall defend the interests of the force. If a permission applied for under paragraph 1 of this Article is denied or is subsequently modified or rendered invalid in conformity with German law, the authorities of the force and the German authorities shall consult to develop alternative means of meeting the needs of the force consistent with the requirements of German law.

3. The authorities of the force shall act in strict conformity with the terms and requirements of a legally effective decision taken in accordance with paragraphs 1 and 2 of this Article. They shall co-operate closely with German authorities to ensure that this obli-

représentants allemands, conformément au paragraphe 4^{ème} de la présente Section, toute assistance raisonnable.

(c) Nonobstant les dispositions des alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, la procédure suivante est appliquée:

(i) Les listes de biens et les inventaires visés à l'alinéa (b) du paragraphe 5 de la présente Section sont normalement dressés ou vérifiés au début et à la fin de la période pendant laquelle un bien immobilier est mis à la disposition de la force.

(ii) Des commissions mixtes peuvent être formées pour la coopération en matière de mesures de sécurité concernant les stands de tirs et les dépôts de munitions et de carburants. Les détails de cette procédure seront précisés par des arrangements administratifs.»

Article 29

Après l'Article 53 de l'Accord Complémentaire, l'Article 53A suivant est introduit:

«Article 53A

1. Dans la mesure où le droit allemand s'applique en matière d'utilisation des biens immobiliers visés à l'Article 53 du présent Accord et où il exige l'obtention d'une permission spéciale, d'un permis ou de toute autre forme d'autorisation officielle, les autorités allemandes présentent, en coopération avec les autorités d'une force et après consultation avec celles-ci, les demandes nécessaires et entament les procédures administratives et judiciaires correspondantes pour la force.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article s'appliquent également lorsque la décision est attaquée par un tiers, lorsque les mesures ou les installations sont soumises à déclaration et lorsqu'il s'agit de procédures engagées d'office ou à l'instigation de tiers, en particulier pour assurer la sécurité et l'ordre publics. Dans ces cas, les autorités fédérales allemandes, agissant pour la force, défendent les intérêts de la force. Si une autorisation ayant fait l'objet d'une demande conformément au paragraphe 1 du présent Article est refusée ou subséquemment modifiée ou rendue caduque en vertu du droit allemand, les autorités de la force et les autorités allemandes entament des consultations afin d'employer d'autres moyens répondant aux besoins de la force et conformes aux exigences du droit allemand.

3. Les autorités de la force respectent scrupuleusement les termes et exigences de toute décision valide rendue conformément aux paragraphes 1 et 2 du présent Article. Elles coopèrent étroitement avec les autorités allemandes afin d'assurer l'accom-

Verpflichtung Genüge geschieht. Eine Vollstreckung aus einer solchen Entscheidung findet nicht statt.“

Artikel 30

Artikel 54 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(1) Soweit in diesem Absatz nichts anderes vorgesehen ist, gelten für eine Truppe und ein ziviles Gefolge die deutschen Vorschriften und Verfahren zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Verhütung der Verbreitung und zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen. Eine Truppe kann auf dem in Satz 1 genannten Gebiet innerhalb der ihr zur Benutzung überlassenen Liegenschaften sowie auf ihre Mitglieder, Mitglieder ihres zivilen Gefolges und Angehörige ihre eigenen Vorschriften und Verfahren unter der Voraussetzung anwenden, daß sie hierdurch nicht die öffentliche Gesundheit oder den Pflanzenbau gefährdet.“

Artikel 31

Nach Artikel 54 des Zusatzabkommens wird folgender Artikel 54A eingefügt:

„Artikel 54A

(1) Die Entsendestaaten erkennen und anerkennen die Bedeutung des Umweltschutzes bei allen Tätigkeiten ihrer Truppen in der Bundesrepublik.

(2) Unbeschadet der Achtung und Anwendung des deutschen Rechts nach Maßgabe dieses Abkommens prüfen die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges die Umweltverträglichkeit so frühzeitig wie möglich bei allen Vorhaben. In diesem Zusammenhang ermitteln, analysieren und bewerten sie die möglichen Auswirkungen eines für die Umwelt bedeutsamen Vorhabens auf Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen, sowie auf Kultur- und sonstige Sachgüter. Ziel der Prüfung ist es, Umweltbelastungen zu vermeiden und unvermeidbare Umweltbeeinträchtigungen durch angemessene Maßnahmen auszugleichen. In diesem Zusammenhang können die Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges deutsche zivile und militärische Behörden um Unterstützung bitten.“

Artikel 32

Vor Artikel 55 des Zusatzabkommens wird folgender Artikel 54B eingefügt:

„Artikel 54B

Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges stellen sicher daß für den

gation is fulfilled. Such a decision shall not be subject to enforcement.“

Article 30

Article 54 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Paragraph 1 shall be replaced as follows:

“1. Except as otherwise provided in this paragraph, the German regulations and procedures for the prevention and control of infectious diseases of humans, animals and plants as well as for the prevention and control of plant pests shall apply to a force and a civilian component. A force may apply its own regulations and procedures in the fields referred to in the preceding sentence within accommodation made available for its use as well as to its members, members of its civilian component and dependents provided that neither public health (Öffentliche Gesundheit) nor the cultivation of plants is endangered thereby.”

Article 31

Following Article 54 of the Supplementary Agreement, the following new Article 54A shall be added:

“Article 54A

1. The sending States recognize and acknowledge the importance of environmental protection in the context of all the activities of their forces within the Federal Republic.

2. Without prejudice to the respect for and application of German law pursuant to the present Agreement, the authorities of a force and of a civilian component shall examine as early as possible the environmental compatibility of all projects. In this context they shall identify, analyse and evaluate potential effects of environmentally significant projects on persons, animals, plants, soil, water, air, climate and landscape, including interactions among them, as well as on cultural and other property. The objective of the examination shall be to avoid environmental burdens and, where detrimental effects are unavoidable, to offset them by taking appropriate restorative or balancing measures. In this connection, the authorities of a force and of a civilian component may call upon the assistance of German civil and military authorities.”

Article 32

Before Article 55 of the Supplementary Agreement the following new Article 54B shall be added:

“Article 54B

The authorities of a force and of a civilian component shall ensure that only fuels, lu-

plissement de cette obligation. Une telle décision ne donne pas lieu à exécution forcée.“

Article 30

L'Article 54 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

«1. Sauf dispositions contraires prévues au présent paragraphe, les règlements et procédures allemands relatifs à la prévention des maladies contagieuses de l'homme, des animaux et des plantes, à la lutte contre ces maladies ainsi qu'à la prévention de la propagation des insectes nuisibles aux plantes et à la lutte contre ceux-ci sont applicables à une force et à un élément civil. Dans les domaines susmentionnés, une force peut appliquer ses propres règlements et procédures à l'intérieur des biens immobiliers mis à sa disposition pour son usage ainsi qu'à ses membres, aux membres de son élément civil et aux personnes à charge, sous réserve qu'elle ne mette pas en danger la santé publique (öffentliche Gesundheit) ou les plantations.»

Article 31

Après l'Article 54 de l'Accord Complémentaire, l'Article 54A suivant est introduit:

«Article 54A

1. Les Etats d'origine reconnaissent et admettent l'importance de la protection de l'environnement dans le contexte de toutes les activités de leurs forces en République Fédérale.

2. Sans porter préjudice au respect et à l'application du droit allemand conformément au présent Accord, les autorités d'une force et d'un élément civil examinent aussitôt que possible la compatibilité de tous les projets avec la protection de l'environnement. A cet égard, elles identifient, analysent et évaluent les effets potentiels de tout projet important en matière d'environnement sur les personnes, les animaux, les plantes, les sols, les eaux, l'air, le climat et les sites, y compris leurs interactions ainsi que celles sur les biens de culture et tout autre bien. Le but de cet examen doit permettre d'éviter les nuisances en matière d'environnement et, lorsque des effets nuisibles sont inévitables, de les corriger en prenant des mesures de réparation ou de compensation appropriées. A ce propos, les autorités d'une force et d'un élément civil peuvent demander l'assistance des autorités militaires et civiles allemandes.»

Article 32

L'Article 54B suivant est introduit avant l'Article 55 de l'Accord Complémentaire:

«Article 54B

Les autorités d'une force et d'un élément civil s'assurent que seuls des carburants,

Betrieb von Luft-, Wasser- und Landfahrzeugen nur Treibstoffe, Schmierstoffe und Zusatzstoffe, die schadstoffarm gemäß den deutschen Umweltvorschriften sind, eingesetzt werden, soweit dies mit den technischen Erfordernissen der Fahrzeuge vereinbar ist. Sie stellen weiterhin sicher, daß bei Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen, insbesondere bei neuen Fahrzeugen, die deutschen Vorschriften über die Begrenzung von Lärm- und Abgasemissionen eingehalten werden, soweit dies nicht unverhältnismäßig ist. Bei der Anwendung und Überwachung dieser Bestimmungen konsultieren die zuständigen deutschen Behörden und die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges einander und arbeiten eng zusammen.“

Artikel 33

Artikel 56 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (1) Buchstabe (a) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

„(1)

(a) Die für die zivilen Bediensteten bei der Bundeswehr maßgebenden arbeitsrechtlichen – einschließlich arbeitschutzrechtlichen – Vorschriften, mit Ausnahme der Dienstordnungen, der Dienstvereinbarungen und der tariflichen Bestimmungen, gelten auch für die Beschäftigungsverhältnisse der zivilen Arbeitskräfte bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge, soweit nicht in diesem Artikel und in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls etwas anderes bestimmt ist.“

2. Absatz (1) Buchstabe (c) wird gestrichen.
3. Absatz (1) Buchstabe (e) wird gestrichen.
4. Absatz (2) Buchstabe (a) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

„(2)

(a) § 9 Absatz (1) Satz 2 des Kündigungsschutzgesetzes gilt mit der Maßgabe, daß der Antrag des Arbeitgebers auch darauf gestützt werden kann, daß der Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses besonders schutzwürdige militärische Interessen entgegenstehen. Die oberste Dienstbehörde kann die besonders schutzwürdigen militärischen Interessen glaubhaft machen; in diesem Falle ist die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht nicht öffentlich. Sofern die Offenlegung der Gründe die Gefahr eines schweren Schadens für die Sicherheit des Entsendestaates oder seiner Truppe

bricants and additives that are low-pollutant in accordance with German environmental regulations are used in the operation of aircraft, vessels and motor vehicles, insofar as such use is compatible with the technical requirements of such aircraft, vessels and motor vehicles. They shall further ensure that, with respect to passenger and utility motor vehicles, especially in the case of new vehicles, the German rules and regulations for the limitation of noise and exhaust gas emissions shall be observed to the extent this is not excessively burdensome. The competent German authorities and the authorities of the force and of the civilian component shall consult and co-operate closely in the application and supervision of these provisions.”

Article 33

Article 56 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1, sub-paragraph (a) shall be replaced as follows:

“1.

(a) German labour law, including industrial safety law (Arbeitsschutzrecht), as applicable to civilian employees working with the German Armed Forces, with the exception of decrees regulating working conditions (Dienstordnungen), shop agreements (Dienstvereinbarungen) and tariff regulations, shall apply to employment of civilian labour with a force or a civilian component except as otherwise provided in this Article and the Section of the Protocol of Signature referring to this Article.”

2. Paragraph 1, sub-paragraph (c) shall be deleted.
3. Paragraph 1, sub-paragraph (e) shall be deleted.
4. Paragraph 2, sub-paragraph (a) shall be replaced as follows:

“2.

(a) The second sentence of paragraph 1 of Section 9 of the Dismissal Protection Law (Kündigungsschutzgesetz) shall apply provided that the employer's application may also be based on the ground that the continuation of employment is precluded by military interests particularly worthy of special protection. The highest service authority may establish credibility (Glaubhaftmachung) for military interests which are particularly worthy of protection; in this case the proceedings before the court shall be held in camera. Where the disclosure of reasons might cause a danger of serious de-

des lubrifiants et produits additifs peu polluants conformément à la réglementation allemande sur la protection de l'environnement sont employés pour l'utilisation d'aéronefs, navires et véhicules automobiles, dans la mesure où un tel emploi est compatible avec les impératifs techniques de ces aéronefs, navires et véhicules automobiles. Elles doivent de plus s'assurer que, concernant les véhicules de tourisme et utilitaires, tout particulièrement lorsqu'ils sont neufs, les prescriptions allemandes en matière de pollution sonore et d'émission de gaz sont respectées dans la mesure où cela ne se révèle pas excessivement contraignant. Les autorités allemandes compétentes et les autorités des forces et de l'élément civil se consultent et coopèrent étroitement pour l'application et le suivi de ces dispositions.»

Article 33

L'Article 56 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. L'alinéa (a) du paragraphe 1 est remplacé par l'alinéa suivant:

«1.

(a) La législation allemande du travail, y compris les dispositions législatives en matière d'hygiène, de santé et de sécurité du travail (Arbeitsschutzrecht), applicable aux employés civils des forces armées allemandes, à l'exception des ordres de service (Dienstordnungen) et accords de service (Dienstvereinbarungen) et des règlements concernant les dispositions tarifaires, s'applique également aux conditions de travail de la main-d'œuvre civile auprès d'une force et d'un élément civil, dans la mesure où le présent Article et la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article n'en disposent pas autrement.»

2. L'alinéa (c) du paragraphe 1 est supprimé.
3. L'alinéa (e) du paragraphe 1 est supprimé.
4. L'alinéa (a) du paragraphe 2 est remplacé par l'alinéa suivant:

«2.

(a) La deuxième phrase du paragraphe 1 de l'Article 9 de la loi sur la protection contre les licenciements (Kündigungsschutzgesetz) s'applique, étant entendu que la requête de l'employeur peut se fonder sur le fait que des intérêts militaires nécessitant une protection particulière s'opposent au maintien de l'emploi. La plus haute autorité de service peut faire valoir les raisons (Glaubhaftmachung) pour lesquelles les intérêts militaires justifient une protection spéciale; dans ce cas, la procédure devant le tribunal chargé de statuer se déroule à huis clos. Si la divulgation de ces raisons est susceptible

verursachen könnte, kann die oberste Dienstbehörde der Truppe im Einvernehmen mit dem Chef des Bundeskanzleramts die Glaubhaftmachung durch eine förmliche Erklärung bewirken.“

5. Absatz (6) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(6) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges haben gegenüber den Arbeitskräften, einschließlich der Mitglieder der zivilen Dienstgruppen, die Befugnis zur Einstellung, Zuweisung des Arbeitsplatzes, Ausbildung, Versetzung, Kündigung und Entgegennahme von Kündigungen.“

6. Absatz (7) Buchstabe (a) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

„(7)

(a) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges bestimmen die Zahl und Art der benötigten Arbeitsplätze gemäß der Einreihung der Tätigkeitsarten im Sinne des Absatzes (5) Buchstabe (a). Der einzelne Arbeitnehmer wird durch die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges in die entsprechende Lohn- oder Gehaltsgruppe eingestuft.“

7. Absatz (7) Buchstabe (b) wird gestrichen.

8. Absatz (10) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(10) Soweit die deutschen Behörden Verwaltungsarbeiten ausführen, die mit der Beschäftigung von Arbeitskräften bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge und mit deren Entlohnung zusammenhängen, vergütet die Truppe die tatsächlichen Kosten dieser Verwaltungsarbeit. Das Verfahren hierfür wird durch Einzelvereinbarung zwischen den deutschen Behörden und den Behörden jeder Truppe geregelt. Bei der Durchführung der Verwaltungsarbeiten werden im Benehmen mit den zuständigen Behörden der Truppe die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit beachtet.“

Artikel 34

Artikel 56 Absatz (1) des Zusatzabkommens erhält folgendes Unterzeichnungsprotokoll:

„Zu Artikel 56 Absatz (1)

(1) Bei der Anwendung der arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften durch die Truppe und das zivile Gefolge gelten

(a) Artikel 53 Absätze (3) und (4) sowie der auf Artikel 53 Bezug nehmende Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absätze (5) und (6), insbesondere für Fragen der Zusammenarbeit;

triment to the security of the sending State or of its force, the highest Service authority of the force, in concert with the Chief of the Federal Chancellery (Chef des Bundeskanzleramts), may establish credibility by means of a formal declaration.

5. Paragraph 6 shall be replaced as follows.

“6. The authorities of a force or of a civilian component shall, in respect of the employment of labour, including members of civilian service organizations, have the right of engagement, placement, training, transfer, dismissal and acceptance of resignations.”

6. Paragraph 7, sub-paragraph (a) shall be replaced as follows:

“7.

(a) The authorities of a force or of a civilian component shall determine the number of jobs required and classify such jobs in accordance with the job groupings established under sub-paragraph (a) of paragraph 5 of this Article. The individuals to fill such jobs shall be classified by the authorities of the force or of the civilian component into the appropriate wage or salary groups.”

7. Paragraph 7, sub-paragraph (b) shall be deleted.

8. Paragraph 10 shall be replaced as follows:

“10. Where the German authorities carry out administrative work in respect of the employment of labour by a force or a civilian component and of its remuneration, the actual costs of such administrative work shall be reimbursed by the force. The procedures therefor shall be regulated by separate agreements between the German authorities and the authorities of each force. In consultation with the appropriate authorities of the force, the German authorities shall adhere to the principles of economic efficiency in carrying out the administrative work.”

Article 34

The Protocol of Signature to the Supplementary Agreement shall be amended by adding the following new Section:

“Re Article 56, paragraph 1

1. The application of industrial safety provisions by the force and the civilian component shall be governed by:

(a) paragraphs 3 and 4 of Article 53 as well as paragraphs 5 and 6 of the Section of the Protocol of Signature referring to Article 53, in particular in matters of co-operation;

d'engendrer le risque d'un préjudice grave porté à la sécurité de l'Etat d'origine ou de sa force, la plus haute autorité de service de la force, en accord avec le Chef de la chancellerie fédérale (Chef des Bundeskanzleramts) peut établir sa crédibilité au moyen d'une déclaration formelle.”

5. Le paragraphe 6 est remplacé par le paragraphe suivant:

“6. Les autorités d'une force ou d'un élément civil peuvent procéder, en ce qui concerne la main-d'œuvre, y compris les membres des organisations de services civils, à l'embauche ainsi qu'à l'affectation, à la formation professionnelle, aux mutations, aux licenciements, et accepter les démissions.”

6. L'alinéa (a) du paragraphe 7 est remplacé par l'alinéa suivant:

“7.

(a) Les autorités d'une force et d'un élément civil fixent le nombre et la nature des emplois nécessairement conformément aux échelles de classement des catégories professionnelles prévues à l'alinéa (a) du paragraphe 5 du présent Article. Les autorités de la force et de l'élément civil classent chaque salarié dans la grille de salaire ou de traitement appropriée.”

7. L'alinéa (b) du paragraphe 7 est supprimé.

8. Le paragraphe 10 est remplacé par le paragraphe suivant:

“10. Lorsque les autorités allemandes exécutent des tâches administratives relatives à l'emploi et à la rémunération de la main-d'œuvre employée par une force ou un élément civil, les dépenses réelles qui en découlent sont remboursées par la force. La procédure correspondante fait l'objet d'accords séparés entre les autorités allemandes et les autorités de chaque force. Lors de l'exécution des tâches administratives, il sera tenu compte des principes de rentabilité, en concertation avec les autorités compétentes de la force.”

Article 34

Le Protocole de Signature suivant s'applique au paragraphe 1 de l'Article 56 de l'Accord Complémentaire:

“Ad Article 56, paragraphe 1

1. Lors de la mise en œuvre par la force ou par l'élément civil des dispositions en matière d'hygiène, de santé et de sécurité du travail sont appliqués:

(a) les paragraphes 3 et 4 de l'Article 53, ainsi que les paragraphes 5 et 6 de la Section du Protocole de Signature se référant à l'Article 53, en particulier pour les questions de coopération;

(b) der auf Artikel 53 Bezug nehmende Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (4^{ter}), insbesondere für Fragen der Unterstützung einschließlich des Zutritts zu den Liegenschaften und

(c) Artikel 53A insbesondere für behördliche Entscheidungen.

(2) Soweit vom Bundesminister der Verteidigung bestimmte Stellen die Aufgabe der Gewerbeaufsichtsämter im Bereich der Bundeswehr wahrnehmen, sind diese Stellen in Zusammenarbeit mit den Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges nach diesem Abschnitt, Absatz (1) auch für die zivilen Arbeitskräfte bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge zuständig.

(3) Für Anlagen der Bundeswehr vorgesehene Ausnahmemöglichkeiten gelten auch für Anlagen einer Truppe und eines zivilen Gefolges.

(4) Für Anlagen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens vom 18. März 1993 zur Änderung dieses Abkommens errichtet worden sind, bleiben hinsichtlich der an sie zu stellenden Beschaffenheitsanforderungen die für sie bisher geltenden Vorschriften maßgeblich. Dies gilt nicht, wenn die Anlagen wesentlich geändert werden oder ihre Nutzung wesentlich geändert wird oder nach der Art des Betriebs vermeidbare Gefahren für Leben oder Gesundheit Dritter, insbesondere der zivilen Arbeitskräfte, zu befürchten sind.“

Artikel 35

Artikel 56 Absatz (3) des Zusatzabkommens erhält folgendes Unterzeichnungsprotokoll:

„Zu Artikel 56 Absatz (3)

Unfallverhütungsvorschriften des deutschen Rechts sind nur zu berücksichtigen, solange eine Truppe und ein ziviles Gefolge keine entsprechenden Unfallverhütungsanweisungen erteilt hat. Beim Erlass von Unfallverhütungsanweisungen und bei sonstigen Fragen der Unfallverhütung läßt sich die Truppe und das zivile Gefolge durch die zuständigen deutschen Stellen beraten. Stellen diese Behörden fest, daß Unfallverhütungsanweisungen als nicht ausreichend erscheinen, so finden Konsultationen entsprechend Artikel 53 Absatz (1) Satz 3 statt.“

Artikel 36

Artikel 56 Absatz (5) des Zusatzabkommens erhält folgendes Unterzeichnungsprotokoll:

„Zu Artikel 56 Absatz (5)

Die Zuständigkeit der deutschen Behörden für die Regelung des Entlohnungsverfahrens steht dem Abschluß von Vereinba-

(b) paragraph 4th of the Section of the Protocol of Signature referring to Article 53, in particular in matters of support, including access to accommodation; and

(c) Article 53A, in particular in respect of administrative decisions.

2. To the extent that agencies designated by the Federal Minister of Defence perform the functions of industrial inspection agencies (Gewerbeaufsichtsämter) with regard to the German Armed Forces, those agencies, in co-operation with the authorities of the force and of the civilian component in accordance with paragraph 1 of this Section, shall also be competent for civilian labour with a force or a civilian component.

3. Exemptions applicable for facilities of the German Armed Forces shall also be applicable for facilities of a force or of a civilian component.

4. Facilities built or installed prior to the entry into force of the Agreement of 18 March 1993 to amend the present Agreement shall remain subject to the provisions applicable hitherto as regards technical requirements. This shall not apply where facilities undergo substantial modification, or where their use is changed significantly, or where, because of the nature of their operation, avoidable risks to the life or health of third parties, especially civilian labour, are to be anticipated.”

Article 35

The Protocol of Signature to the Supplementary Agreement shall be amended by adding the following new Section:

“Re Article 56, paragraph 3

Accident prevention regulations under German law shall be taken into account only to the extent that a force or civilian component has not issued corresponding accident prevention directives. When promulgating accident prevention directives, and with respect to other questions regarding accident prevention, the force or civilian component shall seek the advice of the competent German authorities. Where these authorities find that accident prevention directives appear to be inadequate, consultations in accordance with the third sentence of paragraph 1 of Article 53 shall take place.”

Article 36

The Protocol of Signature to the Supplementary Agreement shall be amended by adding the following new Section:

“Re Article 56, paragraph 5

The competence of German authorities to regulate payment procedures shall not preclude the conclusion of agreements be-

(b) le paragraphe 4^{ème} de la Section du Protocole de Signature se référant à l'Article 53 en particulier pour les questions d'assistance, y compris concernant l'accès aux biens immobiliers; ainsi que

(c) l'Article 53A, en particulier pour les décisions administratives.

2. Dans la mesure où des services désignés par le ministre fédéral de la Défense prennent en charge les tâches des services d'inspection du travail et de la main-d'œuvre (Gewerbeaufsichtsämter) pour les forces armées allemandes, ces services, en coopération avec les autorités de la force et de l'élément civil, conformément au paragraphe 1 ci-dessus, sont également compétents pour la main-d'œuvre civile d'une force ou d'un élément civil.

3. Les éventuelles exceptions prévues pour les installations des forces armées allemandes sont également applicables aux installations d'une force ou d'un élément civil.

4. Les installations mises en place avant la date d'entrée en vigueur de l'Accord du 18 mars 1993 modifiant le présent Accord continuent d'être soumises aux prescriptions qui leur étaient applicables jusqu'à cette date en ce qui concerne les contraintes techniques. Ceci ne s'applique pas lorsque les installations ou leur utilisation subissent des modifications fondamentales, ou lorsqu'en fonction de la nature de l'exploitation, des dangers évitables pour la vie ou la santé de tiers, en particulier pour la main-d'œuvre civile, sont à craindre.”

Article 35

Le Protocole de Signature suivant s'applique au paragraphe 3 de l'Article 56 de l'Accord Complémentaire:

«Ad Article 56, paragraphe 3

3. Les dispositions du droit allemand relatives à la prévention des accidents ne doivent être prises en compte que dans la mesure où une force ou un élément civil n'a pas donné d'instructions correspondantes en la matière. La force et l'élément civil demandent conseil auprès des autorités allemandes compétentes pour l'adoption d'instructions en matière de prévention des accidents ainsi que pour toute autre question y afférent. Si ces autorités estiment que des instructions en matière de prévention des accidents se révèlent insuffisantes, des consultations auront lieu conformément à la troisième phrase du paragraphe 1 de l'Article 53.»

Article 36

Le Protocole de Signature suivant s'applique au paragraphe 5 de l'Article 56 de l'Accord Complémentaire:

«Ad Article 56, paragraphe 5

5. La compétence des autorités allemandes pour la détermination des modalités de paiement des salaires et traitements ne

rungen zwischen diesen und den Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges nicht entgegen, wonach die Berechnung und Zahlung der Vergütung der zivilen Arbeitskräfte durch andere Stellen als deutsche Behörden erfolgt.“

Artikel 37

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 56 Absatz (9) des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. An Absatz (1) wird folgender Satz angefügt:

„Werden Entscheidungen oberhalb der Ebene der obersten Dienstbehörde getroffen, so sorgt die Truppe dafür, daß die Betriebsvertretung ohne Verzögerung unterrichtet wird.“

2. Absatz (5) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(5) Der Dienststellenleiter ist nicht verpflichtet, Mitgliedern der Betriebsvertretung, dem Ausschuß nach § 93 des Gesetzes und der Einigungsstelle Unterlagen vorzulegen, soweit diese aus Gründen der Sicherheit Verschlusssachen darstellen; das gleiche gilt für Auskünfte daraus. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben kann die Betriebsvertretung, soweit erforderlich, Zugang zu Sicherheitsbereichen haben. Soweit die Vorschriften der obersten Dienstbehörde der Truppe über die militärische Sicherheit einem solchen Zugang entgegenstehen oder ihn einschränken, erfolgt der Zugang unter den gleichen Bedingungen, unter denen auch zivilen Arbeitskräften der Zugang erlaubt ist.“

3. Absatz (6) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(6)

- (a) (i) Das im Gesetz vorgesehene Mitbestimmungsrecht kann, soweit im Einzelfall besonders schutzwürdige militärische Interessen entgegenstehen, in seinem Umfang beschränkt werden. Die oberste Dienstbehörde hat die Gründe für die Beschränkung des Mitbestimmungsrechts schriftlich darzulegen und den Umfang der Beschränkung zu bezeichnen. Sofern die Offenlegung der Gründe die Gefahr eines schweren Schadens für die Sicherheit des Entsendestaates oder seiner Truppe verursachen könnte, kann die oberste Dienstbehörde den Nachweis durch eine förmliche Erklärung bewirken, die durch den Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts zu bestätigen ist.
- (ii) In Fällen, in denen die Liegenenschaften an die Bundesregie-

tween these authorities and the authorities of a force or of a civilian component, whereby the calculation and payment of the remuneration of civilian labour is performed by agencies other than German authorities.”

Article 37

The Protocol of Signature re Article 56, paragraph 9 to the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. The following new sentence shall be added to the end of paragraph 1:

“Where decisions are taken at levels above the highest service authority, the force shall ensure that timely information is provided to the works council.”

2. Paragraph 5 shall be replaced as follows:

“5. The head of the agency shall not be required to submit to the members of the works council, to the committee referred to in Section 93 of the Law and to the conciliatory committee any material which is classified for security reasons; the same shall apply to information therefrom. In order to perform its duties the works council may be granted access to secure areas to the extent necessary. Insofar as the regulations of the highest service authority of the force relating to military security preclude or restrict such access, access shall be granted under the same conditions under which the civilian labour is allowed access.”

3. Paragraph 6 shall be replaced as follows:

“6.

- (a) (i) Insofar as in individual cases the right of co-determination provided for in the Law is incompatible with military interests particularly worthy of protection, the extent of the right of co-determination may be restricted. The highest service authority shall communicate in writing the reasons for the restriction on the right of co-determination and shall specify the extent of such restriction. Where the disclosure of reasons would cause a danger of serious detriment to the security of the sending State or its force, the highest service authority may establish this by means of a formal declaration to be confirmed by the President of the Federal Labour Court.
- (ii) In cases where accommodation is returned to the Federal Gov-

s'oppose pas à la conclusion d'arrangements entre celles-ci et les autorités d'une force ou d'un élément civil prévoyant le calcul et le paiement des rémunérations de la main-d'œuvre civile effectués par des services autres que les autorités allemandes.“

Article 37

Le Protocole de Signature à l'Accord Complémentaire se référant au paragraphe 9 de l'Article 56 est modifié comme suit:

1. Au paragraphe 1, la phrase suivante est ajoutée:

«Si des décisions sont prises à un niveau supérieur à celui de l'autorité de service la plus haute, la force s'assure que le conseil d'entreprise en est informé dès que possible.»

2. Le paragraphe 5 est remplacé par le paragraphe suivant:

«5. Le chef de service n'est pas tenu de communiquer aux membres du conseil d'entreprise, au comité visé à la section 93 de la loi fédérale sur la Représentation du Personnel (Bundespersonalvertretungsgesetz) et à l'organisme de conciliation, des documents qui, pour des raisons de sécurité, revêtent un caractère confidentiel; il en va de même pour les informations qui en sont issues. Pour l'exécution de sa mission, le comité d'entreprise, pour autant que ceci est nécessaire, peut avoir accès aux zones de sécurité. Dans la mesure où les directives de l'autorité de service la plus haute de la force en matière de sécurité militaire empêchent ou limitent un tel accès, celui-ci est accordé dans les mêmes conditions que celles dans lesquelles il est accordé à la main-d'œuvre civile.»

3. Le paragraphe 6 est remplacé par le paragraphe suivant:

«6.

- (a) (i) Dans la mesure où, dans des cas particuliers, le droit de codécision prévu par la loi se heurte à des intérêts militaires nécessitant une protection particulière, la portée de ce droit peut subir des restrictions. L'autorité de service la plus haute doit justifier par écrit les restrictions imposées au droit de codécision et en préciser l'ampleur. Si la divulgation des justifications peut présenter un danger de préjudice grave pour la sécurité de l'Etat d'origine ou de sa force, l'autorité de service la plus haute peut le justifier par une déclaration formelle qui doit être confirmée par le Président de la Cour fédérale du travail.»
- (ii) Dans les cas où les installations sont restituées au Gouverne-

zung zurückgegeben werden, verhindert die Anwendung des Mitbestimmungsrechts nicht die Rückgabe dieser Liegenschaften zu dem vorgesehenen Zeitpunkt, der den zuständigen deutschen Behörden von der Truppe mitgeteilt wurde. In diesen Fällen schließen die zuständigen deutschen Behörden besondere Vereinbarungen, um die Liegenschaften zu übernehmen, selbst wenn sie nicht völlig geräumt worden sind.

- (iii) (aa) Das im Gesetz vorgesehene Mitbestimmungsrecht in bezug auf die Errichtung, Verwaltung und Auflösung von Sozialeinrichtungen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform findet nur auf Sozialeinrichtungen Anwendung, die ausschließlich für die zivilen Arbeitskräfte unterhalten werden.
- (bb) Das im Gesetz vorgesehene Mitbestimmungsrecht in bezug auf die Gestaltung der Arbeitsplätze findet keine Anwendung, wenn sowohl Mitglieder der Truppe oder des zivilen Gefolges als auch zivile Arbeitskräfte in dieselbe Einrichtung oder dasselbe Programm einbezogen sind und die Zahl der betroffenen zivilen Arbeitskräfte nicht überwiegt.
- (iv) Soweit der Inhalt von Personalfragebogen für Angestellte und Arbeiter Fragen der militärischen Sicherheit betrifft, findet anstelle der im Gesetz vorgesehenen Mitbestimmung das Mitwirkungsverfahren Anwendung.
- (v) Das im Gesetz vorgesehene Mitbestimmungsrecht bei Zuweisung entsprechend § 123a des Beamtenrechtsrahmengesetzes findet keine Anwendung.
- (vi) Angelegenheiten, soweit sie durch Gesetz oder Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise gemäß Artikel 56 Absatz (5) Buchstabe (a) geregelt werden, unterliegen nicht der Mitbestimmung.
- (vii) Die Mitbestimmung findet keine Anwendung in bezug auf § 75 Absatz (1) Nummern 1 und 2, § 75 Absatz (3) Nummer 13 sowie § 76 Absatz (2) Nummern 5 und 7 des Gesetzes. Dieser Ausschluß wird

ement, the application of the right of co-determination shall not prevent the return of such accommodation on the projected date notified by the force to the appropriate German authorities. In such cases, the appropriate German authorities shall conclude special arrangements to take over accommodation, even if it has not been completely vacated.

- (iii) (aa) The right of co-determination provided for in the Law with respect to the establishment, management and dissolution of social facilities, regardless of their legal form, shall apply only to social facilities maintained exclusively for civilian labour.
- (bb) The right of co-determination provided for in the Law with respect to the layout of the workplace shall not apply where members of both the force or the civilian component and civilian labour are employed in the same facility or involved in the same programme, and the number of civilian labour involved does not predominate.
- (iv) Insofar as the contents of personnel questionnaires for salaried employees and workers concern questions of military security, the co-operation procedures shall apply instead of co-determination provided for in the Law.
- (v) The right of co-determination provided for in the Law with respect to assignments in accordance with Section 123a of the Civil Service Framework Law (Beamtenrechtsrahmengesetz) shall not apply.
- (vi) To the extent that matters are regulated by law or tariff agreement, or are usually regulated by agreement in accordance with sub-paragraph (a) of paragraph 5 of Article 56, they are not subject to co-determination.
- (vii) Co-determination shall not apply in respect to items 1 and 2 of paragraph 1 as well as item 13 of paragraph 3 of Section 75, and items 5 and 7 of paragraph 2 of Section 76 of the

ment fédéral, l'application du droit de codécision n'empêche pas la restitution de telles installations à la date prévue et communiquée par la force aux autorités allemandes compétentes. Dans ces cas, les autorités allemandes compétentes concluent des accords particuliers pour prendre en charge les installations, même si elles n'ont pas été totalement libérées.

- (iii) (aa) Le droit de codécision prévu par la loi, relatif à la mise en place, à la gestion et à la dissolution d'institutions sociales, sans prise en compte de leur forme juridique, n'est applicable qu'à des institutions sociales fonctionnant exclusivement au profit de la main-d'œuvre civile.
- (bb) Le droit de codécision prévu par la loi relatif à la configuration des postes de travail ne s'applique pas si des membres de la force ou de l'élément civil, ainsi que des employés civils, sont intégrés dans le même organisme ou dans le même programme et si l'effectif de la main-d'œuvre civile concerné n'est pas prépondérant.
- (iv) Dans la mesure où le contenu des questionnaires de personnel pour les employés et les ouvriers concerne des questions de sécurité militaire, la codécision prévue par la loi est remplacée par la procédure de coopération.
- (v) Le droit de codécision prévu par la loi au sujet des affectations conformément à l'Article 123a de la loi cadre sur le statut juridique de la fonction publique (Beamtenrechtsrahmengesetz) n'est pas applicable.
- (vi) Dans la mesure où des questions sont régies par une loi ou des conventions collectives ou bien sont habituellement réglées par des accords conformément à l'alinéa (a) du paragraphe 5 de l'Article 56, elles ne sont pas soumises au principe de la codécision.
- (vii) La codécision ne s'applique pas en référence aux alinéas (1) et (2) du paragraphe 1 de l'Article 75, à l'alinéa (13) du paragraphe 3 de l'Article 75 et aux alinéas (5) et (7) du para-

unmittelbar nach dem 31. Dezember 1994 überprüft werden.

- (b) In Fällen, in denen die Mitbestimmungsrechte aufgrund des Buchstaben (a) keine Anwendung finden, gilt das Mitwirkungsverfahren.
- (c) Die im Mitbestimmungsverfahren vorgesehene Einigungsstelle besteht je aus einem von der obersten Dienstbehörde und von der bei ihr bestehenden zuständigen Betriebsvertretung bestellten Beisitzer sowie aus einem unparteiischen Vorsitzenden, auf dessen Person sich beide Teile einigen. Kommt eine Einigung über die Person des Vorsitzenden nicht zustande, so bestellt ihn, soweit nicht einvernehmlich der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts oder der Generalsekretär der Westeuropäischen Union um die Bestellung ersucht wird, der Generalsekretär der Nordatlantikvertragsorganisation. Die oberste Dienstbehörde kann verlangen, daß die Mitglieder der Einigungsstelle zum Umgang mit Verschlusssachen ermächtigt sind. Auf Ersuchen der betreffenden Truppe oder Betriebsvertretung können ständige oder Ad-hoc-Einigungsstellen eingesetzt werden, wenn die Umstände dies rechtfertigen.
- (d) Die Einigungsstelle entscheidet durch Beschluß. Sie kann den Anträgen der Beteiligten auch teilweise entsprechen. Der Beschluß wird mit Stimmenmehrheit gefaßt. Beschlüsse der Einigungsstelle erfolgen im Rahmen der Rechtsvorschriften einschließlich der Haushaltsgesetze und -vorschriften des Entsendestaates, die für die oberste Dienstbehörde der Truppe bindend sind."

4. Absatz (7) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(7) Der Dienststellenleiter legt der Betriebsvertretung Verwaltungsanordnungen vor deren Erlaß zur Mitwirkung gemäß § 78 des Gesetzes vor, außer in den Fällen, in denen § 72 Absatz (6) in Verbindung mit § 69 Satz 5 des Gesetzes Anwendung findet.“

5. Absatz (8) wird gestrichen.

Artikel 38

Artikel 57 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (1) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

Law. This exclusion shall be reviewed immediately after 31 December 1994.

- (b) In those cases where the rights of co-determination are not applicable by virtue of sub-paragraph (a) above, the co-operation procedure shall apply.
- (c) The conciliatory committee envisaged in the co-determination procedure shall consist of two members, one to be appointed by the highest service authority and one by the appropriate works council of that authority, as well as an impartial chairman to be agreed upon by both sides. If no agreement can be reached on the chairman, the appointment shall be made by the Secretary-General of the North Atlantic Treaty Organization, unless the parties jointly request the President of the Federal Administrative Court or the Secretary-General of the Western European Union to make the appointment. The highest service authority may insist upon the members of the conciliatory committee being cleared to handle classified material. At the request of the force or works council concerned, in appropriate circumstances, standing or ad hoc conciliatory committees may be established.
- (d) The conciliatory committee shall decide by resolution (Beschluß). It may meet the requests of the parties concerned only in part. Resolutions shall be passed by majority vote. Conciliatory committee decisions shall be within the framework of legal provisions, including the budgetary laws and regulations of the sending State, binding upon the highest service authority of the force."

4. Paragraph 7 shall be replaced as follows:

"7. The head of the agency shall submit administrative instructions to the works council for its co-operation in accordance with Section 78 of the Law prior to their being issued, except in circumstances in which paragraph 6 of Section 72 applies in conjunction with the fifth sentence of Section 69 of the Law."

5. Paragraph 8 shall be deleted.

Article 38

Article 57 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1 shall be replaced as follows:

graphie 2 de l'Article 76. Cette dérogation fera l'objet d'un nouvel examen immédiatement après le 31 décembre 1994.

- (b) Dans les cas où les droits de codécision ne sont pas appliqués en vertu de l'alinéa (a) ci-dessus, la procédure de coopération s'applique.
- (c) La commission de conciliation prévue par la procédure de codécision se compose d'un membre désigné par la plus haute autorité de service et d'un membre désigné du conseil d'entreprise compétent ainsi que d'un président impartial nommé d'un commun accord entre les deux Parties. Si aucun accord ne peut être trouvé sur le choix du président, la nomination sera effectuée par le Secrétaire général de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, dans la mesure où sa désignation n'est pas demandée d'un commun accord au Président de la Cour administrative fédérale ou au secrétaire général de l'Union de l'Europe Occidentale. La plus haute autorité de service peut exiger que les membres de cette commission de conciliation soient autorisés à avoir accès à des documents à caractère confidentiel. A la demande de la force concernée ou du comité d'entreprise, des commissions de conciliation permanentes ou ad hoc peuvent être instituées si les circonstances le justifient.
- (d) La commission de conciliation prend des décisions sous forme de résolutions. Elle peut également ne répondre que partiellement aux demandes exprimées par les Parties concernées. La résolution est prise à la majorité des voix. Les résolutions de la commission de conciliation sont prises dans le cadre des dispositions législatives de l'Etat d'origine y compris les lois de finances, et les règlements budgétaires de l'Etat d'origine qui s'imposent à la plus haute autorité de la force.»

4. Le paragraphe 7 est remplacé par le paragraphe suivant:

«7. Le chef de service soumet au conseil d'entreprise en vue de sa coopération conformément à l'Article 78 de la loi, les directives administratives avant leur promulgation, sauf dans les cas pour lesquels le paragraphe 6 de l'Article 72 en liaison avec le paragraphe 5 de l'Article 69 de la loi est applicable.»

5. Le paragraphe 8 est supprimé.

Article 38

L'Article 57 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

„(1)

(a) Eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen sind vorbehaltlich der Genehmigung der Bundesregierung berechtigt, mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen in die Bundesrepublik einzureisen oder sich in und über dem Bundesgebiet zu bewegen; Transporte und andere Bewegungen im Rahmen deutscher Rechtsvorschriften, einschließlich dieses Abkommens und anderer internationaler Übereinkünfte, denen die Bundesrepublik und einer oder mehrere der Entsendestaaten als Vertragspartei angehören, sowie damit im Zusammenhang stehender technischer Vereinbarungen und Verfahren, gelten als genehmigt. Soweit Sondererlaubnisse und Ausnahmeerlaubnisse sowie Befreiungen von den Rechtsvorschriften für den Transport gefährlicher Güter für militärische Bewegungen und Transporte erforderlich sind, werden sie durch die zuständigen Stellen der Bundeswehr eingeholt.

(b) Die zuständigen Stellen der Bundeswehr koordinieren die Wahrnehmung militärischer Interessen der Truppen in Verkehrsangelegenheiten gegenüber den zivilen Behörden. Sie koordinieren ferner die Durchführung militärischer Verkehrsbewegungen der Entsendestaaten untereinander und mit dem Zivilverkehr. Art und Umfang dieser Koordinierung werden zwischen den Behörden der Truppen und der Bundeswehr vereinbart. Werden solche Vereinbarungen nicht geschlossen, so teilen die Truppen den zuständigen Stellen der Bundeswehr militärische Bewegungen auf der Straße und auf der Schiene mit. In bezug auf den militärischen Luftverkehr gelten die üblichen Verfahren.“

2. Absatz (3) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(3) Eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen befolgen die deutschen Verkehrsvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter, soweit nicht in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist. Die Einhaltung dieser Vorschriften überwachen die zuständigen Behörden. Um die Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen zu erleichtern, kann diese Überwachung gemeinsam durchgeführt werden. Die Durchführung dieser Überwachung kann durch örtliche Absprachen geregelt werden. Bestehende Absprachen bleiben bestehen, es sei denn sie werden überarbeitet.“

“1.

(a) A force, a civilian component, their members and dependents shall, subject to the approval of the Federal Government, have the right to enter the Federal Republic or to move within and over the Federal territory in vehicles, vessels and aircraft; transports and other movements within the scope of German legal provisions, including the present Agreement and other international agreements to which the Federal Republic and one or more of the sending States are party, as well as related technical arrangements and procedures, shall be deemed to be approved. Insofar as special permits and exceptional permits as well as exemptions from legal provisions governing the transport of hazardous material are required for military movements and transports, they shall be obtained by the competent agencies of the German Armed Forces.

(b) The competent agencies of the German Armed Forces shall co-ordinate the representation of the military interests of the forces in traffic matters vis-à-vis civilian authorities. They shall also co-ordinate the execution of military traffic movements of the sending States with each other and with civilian traffic. The manner and extent of such co-ordination shall be arranged between the authorities of the forces and the German Armed Forces. Where such arrangements have not been concluded, the forces shall notify military movements by road and by rail to the competent agencies of the German Armed Forces. In respect of military air traffic, normal procedures shall apply.”

2. Paragraph 3 shall be replaced as follows:

“3. A force, a civilian component, their members and dependents shall, unless otherwise provided in the present Agreement, observe German traffic regulations, including regulations concerning behaviour at the scene of an accident, as well as regulations on the transport of hazardous material. Observance of such regulations shall be supervised by the competent authorities. In order to facilitate the control of the observance of these regulations, this supervision may be conducted jointly. The conduct of such supervision may be regulated by local arrangements. Existing arrangements shall continue to apply unless revised.”

«1.

(a) Une force, un élément civil, leurs membres et les personnes à charge ont le droit, sous réserve du consentement du Gouvernement fédéral, d'entrer en République Fédérale ou de se déplacer à l'intérieur et au-dessus du territoire fédéral dans des véhicules, navires et aéronefs; ce consentement est considéré comme acquis pour les transports et autres mouvements autorisés dans le cadre de la législation allemande, y compris du présent Accord et des autres accords internationaux auxquels la République Fédérale et un ou plusieurs des Etats d'origine sont parties, ainsi que des arrangements et procédures techniques y afférents. Dans la mesure où des autorisations spéciales et exceptionnelles ainsi que des dérogations à la législation sur le transport de matières dangereuses sont nécessaires pour les mouvements et transports militaires, celles-ci sont obtenues par l'entremise des services compétents des forces armées allemandes.

(b) Les services compétents des forces armées allemandes coordonnent, vis-à-vis des autorités civiles, la représentation des intérêts militaires des forces dans les questions de circulation. Ils coordonnent également l'exécution des mouvements de transport militaires des Etats d'origine entre eux et avec la circulation civile. La nature et l'ampleur de cette coordination font l'objet d'arrangements entre les autorités des forces et les forces armées allemandes. Si de tels arrangements n'ont pas été conclus, les forces communiquent les mouvements militaires par route ou par voie ferrée aux autorités compétentes des forces armées allemandes. En matière de navigation aérienne militaire, les procédures habituelles s'appliquent.»

2. Le paragraphe 3 est remplacé par le paragraphe suivant:

«3. Une force, un élément civil, leurs membres et personnes à charge observent les prescriptions allemandes relatives à la circulation, y compris les prescriptions relatives au comportement sur les lieux de l'accident et les prescriptions concernant le transport de matières dangereuses, dans la mesure où il n'en est pas disposé autrement dans le présent Accord. Les autorités compétentes contrôlent le respect de ces prescriptions. Afin de faciliter le contrôle du respect des dites prescriptions, celui-ci peut être effectué en commun. Le déroulement de ce contrôle peut être réglé dans le cadre d'arrangements au niveau local. Les arrangements existants sont maintenus sauf s'ils font l'objet d'une révision.»

3. Absatz (4) wird durch folgenden Absatz ersetzt:
- „(4)
- (a) Abweichungen von den deutschen Vorschriften über das Verhalten im Straßenverkehr sind einer Truppe nach Maßgabe des deutschen Rechts gestattet. Im Falle künftiger Änderungen deutscher Gesetze oder Vorschriften, die den Straßenverkehr betreffen, finden durch dringende militärische Erfordernisse bedingte Abweichungen im Einklang mit Verfahren statt, die zwischen den Behörden einer Truppe und den zuständigen deutschen Behörden vereinbart werden.
- (b) Über die Bestimmung und Benutzung eines Straßennetzes für den militärischen Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem deutschen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, sind Vereinbarungen zwischen den Behörden einer Truppe und den deutschen Behörden zu schließen. Der Verkehr mit derartigen Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern auf Straßen außerhalb des vereinbarten Straßennetzes wird nur mit Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden durchgeführt. Bei Unglücksfällen, Katastrophen, im Falle des Staatsnotstandes oder nach vorheriger Vereinbarung zwischen den betroffenen Behörden ist die Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden nicht erforderlich.“
4. Absatz (5) wird durch folgenden Absatz ersetzt:
- „(5) Die Behörden des Entsendestaates beachten grundlegende deutsche Verkehrssicherheitsvorschriften. Innerhalb dieses Rahmens können sie ihre eigenen Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge anwenden. Die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe arbeiten bei der Durchführung dieser Bestimmung eng zusammen.“
5. Absatz (7) wird gestrichen.
3. Paragraph 4 shall be replaced as follows:
- “4.
- (a) Deviations from German regulations governing conduct in road traffic shall be permitted to a force in accordance with German law. In the event of future changes in German laws or regulations concerning road traffic, deviations required by military exigency shall take place in accordance with procedures agreed between the authorities of a force and the competent German authorities.
- (b) Agreements shall be concluded between the authorities of a force and the German authorities regarding the designation and use of a road network for military traffic by vehicles and trailers, the dimensions, axle loads, total weight or number of which exceed limitations under German traffic regulations. The operation of such vehicles and trailers on roads not within the agreed network shall be carried out only with the permission of the competent German authorities. In case of accidents, catastrophes, state of emergency or by prior agreement between the authorities concerned, permission of the competent German authorities is not necessary.”
4. Paragraph 5 shall be replaced as follows:
- “5. The authorities of the sending State shall observe basic German transportation safety regulations. Within that framework, they may apply their own standards to the design, construction and equipment of vehicles, trailers, inland water vessels or aircraft. The German authorities and the authorities of the force shall consult closely on the implementation of this provision.”
5. Paragraph 7 shall be deleted.
3. Le paragraphe 4 est remplacé par le paragraphe suivant:
- «4.
- (a) Une force peut être autorisée à déroger aux prescriptions allemandes relatives à la circulation routière dans les conditions fixées par le droit allemand. Dans le cas de modifications futures des lois et règlements allemands relatifs à la circulation routière, les dérogations requises par des exigences militaires urgentes sont mises en œuvre conformément aux procédures convenues entre les autorités d'une force et les autorités allemandes compétentes.
- (b) Des accords sont conclus entre les autorités d'une force et les autorités allemandes concernant la désignation et l'utilisation d'un réseau routier réservé au trafic militaire de véhicules et de remorques dont les dimensions, la charge par essieu, le poids total ou le nombre excèdent les limites prescrites par la réglementation allemande de la circulation. La circulation de tels véhicules et remorques sur des routes autres que celles du réseau ainsi désigné ne s'effectue qu'avec l'autorisation des autorités allemandes compétentes. En cas d'accidents, de catastrophes, d'état d'urgence ou bien après accord entre les autorités concernées, l'autorisation des autorités allemandes compétentes n'est pas nécessaire.»
4. Le paragraphe 5 est remplacé par le paragraphe suivant:
- «5. Les autorités de l'Etat d'origine observent les dispositions allemandes fondamentales en matière de sécurité des transports. Dans le cadre de celles-ci, elles peuvent appliquer leurs propres normes relatives aux caractéristiques, à la construction, et à l'équipement des véhicules, remorques, bâtiments fluviaux ou aéronefs. Les autorités allemandes et les autorités de la force coopèrent étroitement à l'application de la présente disposition.»
5. Le paragraphe 7 est supprimé.

Artikel 39

Artikel 60 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Die Einleitung zu Absatz (2) und Buchstaben (a) und (e) werden durch folgende Einleitung und folgende Buchstaben ersetzt:
- „(2) Eine Truppe kann, soweit dies für militärische Zwecke erforderlich ist,

Article 39

Article 60 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. The introduction to paragraph 2 and sub-paragraphs (a) and (e) thereof shall be replaced as follows:
- “2. To the extent required for military purposes a force may set up, operate, and maintain:

Article 39

L'Article 60 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. La phrase introductive du paragraphe 2 et les alinéas (a) et (e) sont remplacés par la phrase introductive et les alinéas suivants:
- «2. Une force peut, dans la mesure requise pour atteindre les buts militaires, établir, exploiter et entretenir:

(a) Fernmeldeanlagen (außer Funkanlagen) innerhalb der von ihr benutzten Liegenschaften,“

(a) telecommunication facilities (except radio installations) within accommodation used by it;

(a) des installations de télécommunications (hormis les installations radioélectriques) à l'intérieur des biens immobiliers qu'elle utilise;»

„(e) zeitweilig Fernmeldeanlagen jeder Art für den Einsatz bei Übungen, Manövern und in den Fällen eines Notstandes entsprechend den mit deutschen Behörden abgestimmten Verfahren errichten, betreiben und unterhalten.“

(e) temporary telecommunication facilities of any kind for training exercises, manoeuvres, and in cases of emergency, in accordance with procedures agreed upon with the German authorities.”

«(e) des installations de télécommunications de toute nature utilisées à titre temporaire pour des exercices militaires, des manoeuvres ou en cas de nécessité urgente, conformément aux procédures concertées avec les autorités allemandes.»

2. Absatz (4) Buchstabe (b) wird gestrichen.

2. Paragraph 4, sub-paragraph (b) shall be deleted.

2. L'alinéa (b) du paragraphe 4 est supprimé.

3. Absatz (5) Buchstabe (b) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

3. Paragraph 5, sub-paragraph (b) shall be replaced as follows:

3. L'alinéa (b) du paragraphe 5 est remplacé par l'alinéa suivant:

„(b) Eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen können Ton- und Fernsehempfängeranlagen gebührenfrei und ohne Einzelgenehmigung errichten und betreiben, sofern sie keine elektromagnetischen Störungen von Funkdiensten verursachen.“

“(b) A force, a civilian component, their members and dependents, may set up and operate sound and television broadcast receiving apparatus free of charge and without individual licences, provided no electromagnetic interference is caused to radio communication services.”

«(b) Une force, un élément civil, leurs membres et les personnes à leur charge peuvent établir et exploiter des appareils récepteurs de radio-diffusion et de télévision sans être soumis à aucune taxe ou autorisation individuelle, pour autant qu'ils ne causent pas de brouillages électromagnétiques aux services de radiocommunications.»

4. Absatz (7) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

4. Paragraph 7 shall be replaced as follows:

4. Le paragraphe 7 est remplacé par le paragraphe suivant:

„(7)

“7.

«7.

(a) Die von einer Truppe errichteten Fernmeldeanlagen können an die öffentlichen Fernmelde netze der Bundesrepublik angeschlossen werden.

(a) Telecommunication facilities established by a force may be interconnected with the public telecommunication networks of the Federal Republic.

(a) Les installations de télécommunications établies par une force peuvent être reliées aux réseaux publics de télécommunications de la République Fédérale.

(b) Fernmeldeeinrichtungen der Truppe, die an die öffentlichen Fernmelde netze der Bundesrepublik angeschlossen werden sollen, sowie Funkanlagen müssen die in deutschen Vorschriften festgelegten grundlegenden Anforderungen einhalten. Noch bestehende Besonderheiten sind übergangsweise mitzuberücksichtigen. Die Übergangsfrist wird nicht ohne allseitiges Einverständnis zwischen den Truppen und den deutschen Behörden beendet.

(b) Telecommunication facilities of the force for interconnection with the public telecommunication networks of the Federal Republic, as well as radio installations, shall meet the basic requirements laid down in German legal regulations. Existing special features shall be taken into consideration for a transitional period. The transitional period shall not be terminated without mutual agreement between the forces and the German authorities.

(b) Les installations de télécommunications de la force destinées à être raccordées aux réseaux publics de télécommunications de la République Fédérale, ainsi que les installations de radiocommunications doivent être conformes aux exigences essentielles de la réglementation allemande. Les particularités encore existantes sont à prendre en considération à titre transitoire. La période de transition n'expirera pas sans accord mutuel entre les forces et les autorités allemandes.

(c) Ausnahmen von dem unter Buchstabe (b) genannten Grundsatz sind nur zulässig

(c) Exceptions to the principle referred to in sub-paragraph (b) of this paragraph shall only be permissible

(c) Des exceptions au principe mentionné à l'alinéa (b) ci-dessus ne peuvent être accordées:

(i) für die Fernmeldeeinrichtungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens vom 18. März 1993 zur Änderung dieses Abkommens bereits bei der Truppe vorhanden sind oder deren Beschaffung eingeleitet ist, oder

(i) for telecommunication facilities already in the possession of the force or being procured upon entry into force of the Agreement of 18 March 1993 to amend the present Agreement, or

(i) que pour les installations de télécommunications dont la force dispose déjà à l'entrée en vigueur de l'Accord du 18 mars 1993 modifiant le présent Accord ou pour lesquelles la procédure de fourniture est déjà en cours, ou

(ii) auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen der Truppe und dem Bundesminister für Post und Telekommunikation.

(ii) on the basis of special agreements between the force and the Federal Minister of Posts and Telecommunications.

(ii) qu'en vertu d'accords particuliers convenus entre la force et le Ministre fédéral des Postes et Télécommunications.

Daraus resultierende Haftungsfragen sind in Übereinstimmung mit den Bestimmungen bestehender Übereinkünfte zu regeln.“

Any questions of liability arising as a result thereof shall be settled in conformity with the provisions of existing agreements.”

Les questions de responsabilité résultant de ces exceptions doivent être réglées conformément aux termes des accords existants.»

5. Absatz (8) Buchstabe (a) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:
- „(8)
(a) Eine Truppe berücksichtigt bei der Errichtung und beim Betrieb von Fernmeldeanlagen die Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrages von Nairobi vom 6. November 1982 oder einer an seine Stelle tretenden Übereinkunft und die sonstigen die Bundesrepublik auf dem Gebiet des Fernmeldewesens bindenden internationalen Übereinkünfte.“
6. Absatz (10) wird durch folgenden Absatz ersetzt:
- „(10) Bei der Auslegung und Anwendung dieses Artikels werden die Interessen der Truppe auf deren Wunsch durch den Bundesminister für Post und Telekommunikation im Rahmen seiner Zuständigkeiten wahrgenommen.“
5. Paragraph 8, sub-paragraph (a) shall be replaced as follows:
- “(a) In establishing and operating telecommunication facilities, a force shall observe the provisions of the International Telecommunication Convention, done at Nairobi on 6 November 1982, or of such other instrument as may replace it and any other international instruments in the field of telecommunications binding on the Federal Republic.”
6. Paragraph 10 shall be replaced as follows:
- “10. At the request of a force, the Federal Minister of Posts and Telecommunications shall, within his sphere of responsibility, advocate the interests of the force in the interpretation and application of this Article.”
5. L'alinéa (a) du paragraphe 8 est remplacé par l'alinéa suivant:
- «8.
(a) Une force tient compte, pour l'établissement et l'exploitation des installations de télécommunications, des dispositions de la Convention Internationale des Télécommunications de Nairobi, conclue le 6 novembre 1982, ou de tout instrument qui pourrait la remplacer, ainsi que des autres instruments internationaux qui lient la République Fédérale dans le domaine des télécommunications.»
6. Le paragraphe 10 est remplacé par le paragraphe suivant:
- «10. Lors de l'interprétation et de l'application du présent Article, les intérêts de la force sont défendus, à sa demande, par le Ministre fédéral des Postes et Télécommunications dans le cadre de ses compétences.»

Artikel 40

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 60 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (1) wird gestrichen.
2. Absatz (3) wird gestrichen.
3. Absatz (5) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(5)

- (a) Eine Truppe benutzt nur Frequenzen, die ihr von den deutschen Behörden zugeteilt sind. Die Behörden der Truppe teilen den deutschen Behörden die Frequenzen mit, die sie nicht mehr benötigen. Halten die deutschen Behörden es auf Grund internationaler Verpflichtungen, internationaler Beziehungen oder wesentlicher deutscher Belange für erforderlich, eine Frequenzzuteilung zu ändern oder zurückzuziehen, so setzen sie sich vorher mit den Behörden der Truppe ins Benehmen.
- (b) Das Verfahren für die Frequenzzuteilung, für die Änderung oder Zurückziehung von Frequenzzuteilungen sowie für die beschleunigte Zuteilung von Frequenzen zum Zwecke einer vorübergehenden Benutzung bei Manövern wird zwischen den deutschen Bundesbehörden und den Behörden einer Truppe, die in der Beratenden Arbeitsgruppe für Funkfrequenzen (Consultative Working Group on Radio Frequencies, CWG) oder deren Nachfolgeorganisation vertreten sind, besonders vereinbart. Diese Vereinbarung wird in Übereinstimmung mit den einschlägigen Verfahren, Weisungen und Empfehlungen der Nordatlantikvertragsorganisation geschlossen.
- (c) Maßnahmen zum Schutze der Frequenzen durch die zuständige Be-

Article 40

The Protocol of Signature re Article 60 to the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 1 shall be deleted.
2. Paragraph 3 shall be deleted.
3. Paragraph 5 shall be replaced as follows:

“5.

- (a) A force shall use only the frequencies assigned to it by the German authorities. The authorities of the force shall notify the German authorities of frequencies no longer required. If, by reason of international obligations, international relations, or essential German interests, the German authorities deem it necessary to change or withdraw a frequency assignment, they shall, before doing so, consult the authorities of the force.
- (b) The procedure for the assignment of frequencies, for changes or withdrawals of frequencies already assigned and for an accelerated assignment of frequencies for temporary use in manoeuvres shall be laid down by special agreement between the German Federal authorities and the authorities of a force represented in the Consultative Working Group on Radio Frequencies (CWG) or its successor. Such agreement shall be in accordance with relevant North Atlantic Treaty Organization procedures, directives and recommendations.
- (c) Measures for the protection of frequencies through the competent

Article 40

Le Protocole de Signature à l'Accord Complémentaire relatif à l'Article 60 est modifié comme suit:

1. Le paragraphe 1 est supprimé.
2. Le paragraphe 3 est supprimé.
3. Le paragraphe 5 est remplacé par le paragraphe suivant:

«5.

- (a) Une force n'utilise que les fréquences qui lui sont assignées par les autorités allemandes. Les autorités de la force font connaître aux autorités allemandes les fréquences dont elles n'ont plus besoin. Lorsqu'en raison d'obligations ou de relations internationales, ou d'intérêts allemands majeurs, les autorités allemandes estiment nécessaire de changer ou de retirer une fréquence déjà assignée, elles consultent au préalable les autorités de la force.
- (b) La procédure d'assignation, de changement ou de retrait de fréquences et la procédure accélérée d'assignation de fréquences à utiliser temporairement en période de manoeuvres sont fixées par accord particulier entre les autorités fédérales allemandes et les autorités de la force représentées au sein du Groupe de Travail Consultatif pour les Fréquences radioélectriques ou de l'organe subséquent de celui-ci. Cet accord est conclu conformément aux procédures, directives et recommandations applicables de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord.
- (c) En concertation avec le ministre fédéral de la Défense, la force intéres-

hörde der Nordatlantikvertragsorganisation werden von der beteiligten Truppe in Abstimmung mit dem Bundesminister der Verteidigung veranlaßt. Maßnahmen zum Schutze der Frequenzen durch andere internationale Organisationen, insbesondere durch die Internationale Fernmeldeunion (ITU), werden von den deutschen Behörden nur auf Antrag der Behörden der beteiligten Truppe veranlaßt.

- (d) Angaben über Frequenzen, die von einer Truppe benutzt werden, übermitteln die deutschen Behörden anderen Stellen und Organisationen nur mit Zustimmung der Behörden der Truppe.
- (e) Verursachen Funkstellen einer Truppe schädliche Störungen bei Funkstellen außerhalb des Bundesgebiets oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die deutschen Behörden nach den Bestimmungen des jeweils gültigen Internationalen Fernmeldevertrages und seiner Vollzugsordnung für den Funkdienst.“

4. Absatz (6) wird gestrichen.

Artikel 41

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 63 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

- 1. Absatz (8) Buchstabe (a) Ziffern (ii) und (iv) werden durch folgende Ziffern ersetzt:
 - „(ii) die Abwasserbeseitigung und die Abfallentsorgung,“
 - „(iv) die Schornsteinreinigung und Messungen aus Gründen des Immissionschutzes in Verbindung mit dem Betrieb von Feuerungsanlagen durch die Truppe,“
- 2. Nach Absatz (8) wird folgender neuer Absatz (8^{bis}) eingefügt:
 - „(8^{bis})
 - (a) Zu den sonstigen Kosten im Sinne des Artikels 63 Absatz (4) Buchstabe (d) gehören die laufenden Kosten für die innerhalb der Liegenschaften zur Verhinderung materieller Umweltschäden erforderlichen Maßnahmen.
 - (b) Eine Truppe oder ein ziviles Gefolge trägt im Einklang mit diesem Absatz die Kosten, die im Zusammenhang mit der Feststellung, Bewertung und Behebung der von ihr verursachten Kontamination durch risikobehaftete Stoffe entstehen, soweit die zum Zeitpunkt dieser Maßnahmen anwendbaren rechtlichen Standards überschritten werden. Diese Kosten

North Atlantic Treaty Organization authority shall be initiated by the force concerned in agreement with the Federal Minister of Defence. Measures for the protection of frequencies through other international organizations, especially through the International Telecommunication Union (ITU), shall be initiated by the German authorities only at the request of the authorities of the force concerned.

- (d) Information on frequencies used by a force shall be transmitted by the German authorities to other agencies and organizations only with the consent of the authorities of the force.
- (e) Where radio stations of a force cause harmful interference to radio stations located outside the Federal territory, or suffer harmful interference from such stations, the German authorities shall proceed in accordance with the International Telecommunication Convention in force at the time and its pertinent Radio Regulations.”

4. Paragraph 6 shall be deleted.

Article 41

The Protocol of Signature re Article 63 to the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

- 1. Paragraph 8, sub-paragraph (a), items (ii) and (iv) shall be replaced as follows:
 - “(ii) disposal of sewage and waste;“
 - “(iv) chimney sweeping and measurements for reasons of emissions protection in conjunction with the operation of furnaces by the force,“
- 2. Following paragraph 8, the following new paragraph 8^{bis} shall be added:
 - “8^{bis}.
 - (a) Other operating costs within the meaning of sub-paragraph (d) of paragraph 4 of Article 63 include running costs of necessary measures within accommodation to prevent physical environmental damage.
 - (b) A force or a civilian component shall in accordance with this paragraph bear costs arising in connection with the assessment, evaluation and remedying of hazardous substance contamination caused by it and that exceeds then-applicable legal standards. These costs shall be determined pursuant to German law as applied in accordance with para-

sée fait en sorte que les mesures nécessaires soient prises pour permettre à l'autorité compétente de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord d'assurer la protection des fréquences. Les mesures de protection des fréquences par d'autres organisations internationales, en particulier par l'Union Internationale des Télécommunications (UIT), sont prises par les autorités allemandes uniquement à la demande des autorités de la force concernée.

- (d) Les autorités allemandes ne fournissent à d'autres services ou organisations des renseignements relatifs aux fréquences utilisées par une force qu'avec l'assentiment des autorités de celle-ci.
- (e) Lorsque les services de radiocommunications d'une force provoquent des brouillages préjudiciables pour des services de radiocommunications situés en dehors du territoire fédéral, ou lorsqu'ils sont eux-mêmes perturbés par des brouillages dus à ces derniers, les autorités allemandes agissent conformément aux dispositions de la Convention Internationale des Télécommunications en vigueur et au Règlement des Radiocommunications y relatif.»

4. Le paragraphe 6 est supprimé.

Article 41

Le Protocole de Signature relatif à l'Article 63 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

- 1. Les points (ii) et (iv) de l'alinéa (a) du paragraphe 8 sont remplacés par les points suivants:
 - «(ii) l'évacuation des eaux usées et l'enlèvement des déchets;“
 - “(iv) le ramonage des cheminées ainsi que les mesures liées à la protection contre les nuisances en relation avec l'utilisation par la force des installations de combustion.„
- 2. Après le paragraphe 8, le paragraphe 8^{bis} suivant est introduit:
 - „8^{bis}.
 - (a) Les autres frais d'exploitation au sens de l'alinéa (d) du paragraphe 4 de l'Article 63 comprennent les charges courantes se rapportant aux mesures de prévention de toute atteinte matérielle à l'environnement prises à l'intérieur des biens immobiliers.
 - (b) La force ou l'élément civil supporte, conformément au présent paragraphe, les frais résultant d'opérations visant à constater, évaluer et porter remède aux pollutions par substances dangereuses qu'il a causées et qui dépassent les normes légales en vigueur au moment de ces opérations. Ces coûts sont à déterminer en application du droit allemand

werden nach deutschem Recht bestimmt, wie es nach Maßgabe des Artikels 53 Absatz (1) oder, wenn die Voraussetzungen vorliegen, der Artikel 41 oder 52 angewendet wird. Die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges zahlen diese Kosten so zügig, wie es die Verfügbarkeit von Mitteln und die Haushaltsverfahren der Regierung des Entsendestaates erlauben.

- (c) Im Fall von Meinungsverschiedenheiten über die Anwendbarkeit dieses Absatzes auf bestimmte Kosten setzen sich die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges mit den deutschen Behörden ins Benehmen; erforderlichenfalls können sie gesonderte Vereinbarungen nach diesem Abschnitt, Absatz (1), schließen.“

Artikel 42

Artikel 67 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

1. Absatz (3) Buchstabe (a) Ziffern (i) und (ii) werden durch folgende Ziffern ersetzt:

„(3)

- (a) (i) Für Lieferungen und sonstige Leistungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge, die von einer amtlichen Beschaffungsstelle der Truppe oder des zivilen Gefolges in Auftrag gegeben werden und für den Gebrauch oder den Verbrauch durch die Truppe, das zivile Gefolge, ihre Mitglieder oder deren Angehörige bestimmt sind, werden die unter den Ziffern (ii) und (iv) genannten Abgabenvergünstigungen gewährt. Die Abgabenvergünstigungen sind bei der Berechnung des Preises zu berücksichtigen.

- (ii) Lieferungen und sonstige Leistungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge sind von der Umsatzsteuer befreit. Diese Steuerbefreiung gilt nicht für die Lieferung von unbebauten und bebauten Grundstücken sowie für die Herstellung von Gebäuden, wenn diese Umsätze für den privaten Bedarf der Mitglieder der Truppe, oder des zivilen Gefolges oder von Angehörigen bestimmt sind.“

2. Absatz (3) Buchstabe (a) Ziffer (iii) wird gestrichen.

3. Absatz (3) Buchstabe (a) Ziffer (iv) wird durch folgende Ziffer ersetzt:

„(3)

- (a) (iv) Für Waren, die aus dem zollrechtlich freien Verkehr an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge geliefert werden, werden die Abgabenvergünstigungen ge-

graph 1 of Article 53 or, where applicable, in accordance with Articles 41 or 52. The authorities of the force or of the civilian component shall pay these costs as expeditiously as feasible consistent with the availability of funds and the fiscal procedures of the Government of the sending State.

- (c) In the event of differences over the applicability of this paragraph to particular costs, the authorities of the force or of the civilian component shall consult with the German authorities; if necessary, they may conclude separate agreements pursuant to paragraph 1 of this Section.“

Article 42

Article 67 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

1. Paragraph 3, sub-paragraph (a), items (i) and (ii) shall be replaced as follows:

“3.

- (a) (i) The tax relief provided under items (ii) and (iv) of this sub-paragraph shall be granted when goods or services are procured by an official procurement agency of a force or a civilian component for the use of, or consumption by, the force, the civilian component, their members, or dependents. The tax relief shall be taken into account in calculating prices.

- (ii) Deliveries and services to a force or a civilian component shall be exempt from turnover tax. This tax exemption shall not apply to the sale of undeveloped and developed land as well as to the construction of buildings if such transactions are for the private requirements of members of the force, or the civilian component or of dependents.“

2. Paragraph 3, sub-paragraph (a), item (iii) shall be deleted.

3. Paragraph 3, sub-paragraph (a), item (iv) shall be replaced as follows:

“3.

- (a) (iv) Goods delivered to a force or a civilian component from the free inland trade (zollrechtlich freier Verkehr) shall be granted tax relief provided by customs and ex-

aux termes du paragraphe 1 de l'Article 53 ou, lorsque les conditions sont remplies, conformément aux Articles 41 ou 52. Les autorités de la force ou de son élément civil supporteront ces coûts aussi rapidement que la disponibilité des fonds et les procédures de comptabilité publique de l'Etat d'origine le permettent.

- (c) En cas de désaccord concernant l'application du présent paragraphe à certains coûts, les autorités de la force ou de l'élément civil entameront des consultations avec les autorités allemandes; en cas de besoin, elles peuvent conclure des accords séparés relatifs au paragraphe 1 de la présente Section.“

Article 42

L'Article 67 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

1. Les points (i) et (ii) de l'alinéa (a) du paragraphe 3 sont remplacés par les points (i) et (ii) suivants:

«3.

- (a) (i) Les fournitures et autres prestations effectuées pour le compte d'une force ou d'un élément civil, qui sont commandées par un service d'achat officiel de la force ou de l'élément civil et qui sont destinées à être utilisées ou consommées par la force, l'élément civil, leurs membres ou les personnes à charge, bénéficient des privilèges fiscaux énumérés dans les points (ii) et (iv) du présent alinéa. Il doit être tenu compte des privilèges fiscaux dans le calcul du prix.

- (ii) Les fournitures et autres prestations effectuées pour le compte d'une force ou d'un élément civil sont exonérées de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Cette exonération ne s'applique pas à la livraison de biens immobiliers non bâtis et bâtis ainsi qu'à l'édification de bâtiments lorsque ces transactions sont destinées aux besoins privés des membres de la force, de l'élément civil ou des personnes à charge.“

2. Le point (iii) de l'alinéa (a) du paragraphe 3 est supprimé.

3. Le point (iv) de l'alinéa (a) du paragraphe 3 est remplacé par le point (iv) suivant:

«3.

- (a) (iv) Les marchandises en libre pratique fournies à une force ou à un élément civil bénéficient des privilèges fiscaux prévus en cas d'exportation, par la législation

währt, die in den Zoll- und Verbrauchsteuergesetzen für den Fall der Ausfuhr vorgesehen sind.“

cise legislation in the event of export.”

sur les douanes et les impôts de consommation.»

Artikel 43

Artikel 71 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Absatz (3) wird durch folgenden Absatz ersetzt:

„(3) Im Hinblick auf ihre Tätigkeit als nicht-wirtschaftliche Organisationen sind die in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absätze (2) und (3), aufgeführten Organisationen von den deutschen Vorschriften über Handel und Gewerbe, soweit sie sonst anwendbar wären, befreit. Die arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften sind jedoch vorbehaltlich des auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitts des Unterzeichnungsprotokolls anzuwenden.“

Article 43

Article 71 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Paragraph 3 shall be replaced as follows:

“3. In respect of their activities as non-commercial organizations, the organizations listed in paragraphs 2 and 3 of the Section of the Protocol of Signature referring to this Article shall be exempt from the German regulations, if otherwise applicable, governing the conduct of trade and business activities (Handel und Gewerbe). The provisions of industrial safety law (Arbeitsschutzrecht) shall nevertheless apply subject to the Section of the Protocol of Signature referring to this Article.”

Article 43

L'Article 71 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Le paragraphe 3 est remplacé par le paragraphe suivant:

«3. Eu égard aux activités qu'elles exercent en tant qu'organisations à but non lucratif, les organisations visées aux paragraphes 2 et 3 de la section du Protocole de Signature se référant au présent Article ne sont pas assujetties aux prescriptions allemandes relatives aux activités commerciales et professionnelles (Handel und Gewerbe), dans la mesure où ces prescriptions leur seraient applicables par ailleurs. Les dispositions législatives en matière d'hygiène, de santé et de sécurité du travail (Arbeitsschutzrecht) sont cependant applicables sous réserve de la section du Protocole de Signature se référant au présent Article.»

Artikel 44

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 71 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Nach Absatz (5) wird folgender Absatz (6) angefügt:

„(6) Bei der Anwendung der arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften gelten

- (a) Artikel 53 Absätze (3) und (4) sowie der auf Artikel 53 Bezug nehmende Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absätze (5) und (6), insbesondere für Fragen der Zusammenarbeit;
- (b) der auf Artikel 53 Bezug nehmende Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (4^{ter}), insbesondere für Fragen der Unterstützung einschließlich des Zutritts zu den Liegenschaften und
- (c) Artikel 53A insbesondere für behördliche Entscheidungen.“

Article 44

The Protocol of Signature re Article 71 to the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Following paragraph 5, the following new paragraph 6 shall be added:

“6. The application of industrial safety provisions shall be governed by:

- (a) paragraphs 3 and 4 of Article 53 as well as paragraphs 5 and 6 of the Section of the Protocol of Signature referring to Article 53, in particular in matters of co-operation;
- (b) paragraph 4th of the Section of the Protocol of Signature referring to Article 53, in particular in matters of support, including access to accommodation; and
- (c) Article 53A, in particular in respect of administrative decisions.”

Article 44

Le Protocole de Signature à l'Accord Complémentaire relatif à l'Article 71 est modifié comme suit:

A la suite du paragraphe 5 est introduit le paragraphe 6 suivant:

«6. Lors de l'application des dispositions législatives en matière d'hygiène, de santé et de sécurité du travail, sont appliqués:

- (a) les paragraphes 3 et 4 de l'Article 53 ainsi que les paragraphes 5 et 6 de la section du Protocole de Signature se référant à l'Article 53, en particulier pour les questions de coopération;
- (b) le paragraphe 4^{ème} de la section du Protocole de Signature se référant à l'Article 53, en particulier pour les questions d'assistance y compris celles relatives à l'accès aux biens immobiliers; et
- (c) l'Article 53A, en particulier pour les décisions administratives.»

Artikel 45

Artikel 72 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Absatz (1) Buchstabe (b) wird durch folgenden Buchstaben ersetzt:

„(b) Befreiung von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe, außer den Vorschriften des Arbeitsschutzrechts;“

Article 45

Article 72 of the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Paragraph 1, sub-paragraph (b) shall be replaced as follows:

“(b) exemptions from German regulations governing the conduct of trade and business activities (Handel und Gewerbe), except industrial safety (Arbeitsschutz) regulations;“

Article 45

L'Article 72 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

L'alinéa (b) du paragraphe 1 est remplacé par le paragraphe suivant:

«(b) ne sont pas assujetties aux prescriptions allemandes relatives aux activités commerciales et professionnelles en dehors des prescriptions sur l'hygiène, la santé et la sécurité du travail (Arbeitsschutz).»

Artikel 46

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 72 des Zusatzabkommens wird wie folgt geändert:

Article 46

The Protocol of Signature re Article 72 to the Supplementary Agreement shall be amended as follows:

Article 46

Le Protocole de Signature relatif à l'Article 72 de l'Accord Complémentaire est modifié comme suit:

Nach Absatz (2) wird folgender Absatz (3) angefügt:

„(3) Die zuständigen deutschen Behörden werden in den Grenzen ihres pflichtgemäßen Ermessens Ausnahmen nach den arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften (insbesondere nach § 3 der Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“) für diese Unternehmen, die sich innerhalb der der Truppe zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften befinden, gewähren.“

Artikel 47

Artikel 76 des Zusatzabkommens wird gestrichen.

Artikel 48

Artikel 77 des Zusatzabkommens wird gestrichen.

Artikel 49

Artikel 79 des Zusatzabkommens wird gestrichen.

Artikel 50

Nach Artikel 80 des Zusatzabkommens wird folgender Artikel 80A eingefügt:

„Artikel 80A

(1) Entsteht eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens und ist ein besonderes Verfahren nicht vorgesehen, so bemühen sich die unmittelbar betroffenen Vertragsparteien, die Meinungsverschiedenheit durch Konsultationen auf der niedrigsten geeigneten Ebene beizulegen. Eine auf dieser Ebene nicht zu lösende Meinungsverschiedenheit kann höheren zuständigen Militär- oder Zivilbehörden zur Beilegung vorgelegt werden.

(2)

(a) Wird die Meinungsverschiedenheit nicht nach Absatz (1) innerhalb von fünfzehn Tagen beigelegt, so kann danach jede unmittelbar betroffene Vertragspartei verlangen, daß eine beratende Kommission gebildet wird, die den unmittelbar betroffenen Vertragsparteien Lösungsmöglichkeiten vorschlägt. Die beratende Kommission wird spätestens zehn Tage nach dem Ersuchen gebildet und hält dann ihre erste Sitzung ab. Die beratende Kommission gibt ihre endgültigen Empfehlungen innerhalb von sechzig Tagen nach ihrer ersten Sitzung ab.

(b) Die beratende Kommission besteht aus einer angemessenen Anzahl von Mitgliedern, welche die unmittelbar betroffenen Vertragsparteien vertreten. Ist die Bundesrepublik Partei einer Meinungsverschiedenheit, so hat sie das Recht, die gleiche Anzahl von Mitgliedern zu bestellen wie alle anderen Parteien der

Following paragraph 2, the following new paragraph 3 shall be added:

“3. Within the limits of their discretion (pflichtgemäßes Ermessen), the competent German authorities shall grant exceptions under the industrial safety provisions (in particular, under Section 3 of the Accident Prevention Regulation “General Regulations”) to such enterprises located within accommodation made available for the exclusive use of the force.”

Article 47

Article 76 of the Supplementary Agreement shall be deleted.

Article 48

Article 77 of the Supplementary Agreement shall be deleted.

Article 49

Article 79 of the Supplementary Agreement shall be deleted.

Article 50

Following Article 80 of the Supplementary Agreement, the following new Article 80A shall be added:

“Article 80A

1. Should a difference arise relating to the interpretation or application of the present Agreement, and unless a separate procedure is provided, the Parties directly concerned shall endeavour to settle the difference by consultations at the lowest appropriate level. A difference that cannot be resolved at that level may be referred to higher competent military or civil authorities for resolution.

2.

(a) If the difference is not resolved in accordance with paragraph 1 within fifteen days, any Party directly concerned thereafter may request that a consultative Commission be established to recommend possible solutions to the Parties directly concerned. The consultative Commission shall be established and hold its first meeting not later than ten days following the request. The consultative Commission shall issue its final recommendations within sixty days following its first meeting.

(b) The consultative Commission shall consist of an appropriate number of members representing the Parties directly concerned. Where the Federal Republic is a party to the difference, it shall have the right to appoint as many members as are appointed by all other parties to the difference together. The consultative

A la suite du paragraphe 2, le paragraphe 3 est introduit:

«3. Dans les limites imposées par leurs obligations et en usant de leur pouvoir discrétionnaire, les autorités allemandes compétentes accordent aux Organisations qui se trouvent à l'intérieur des installations mises à la disposition de la force pour son usage exclusif des exceptions conformément aux dispositions législatives sur l'hygiène, la santé et la sécurité du travail (en particulier au paragraphe 3 des dispositions sur la prévention des accidents «Allgemeine Vorschriften».)»

Article 47

L'Article 76 de l'Accord Complémentaire est supprimé.

Article 48

L'Article 77 de l'Accord Complémentaire est supprimé.

Article 49

L'Article 79 de l'Accord Complémentaire est supprimé.

Article 50

A la suite de l'Article 80 de l'Accord Complémentaire, est introduit l'Article 80A suivant:

«Article 80A

1. Si un différend apparaît au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Accord, et si aucune procédure particulière n'est prévue, les Parties Contractantes directement concernées s'efforcent de résoudre le différend par le biais de consultations au niveau adéquat le plus bas. Un différend qui ne peut être résolu à ce niveau peut être soumis à des autorités militaires ou civiles supérieures compétentes aux fins de règlement.

2.

(a) Si le différend n'est pas résolu conformément au paragraphe 1 du présent Article dans un délai de quinze jours, toute Partie directement concernée peut demander qu'une Commission consultative soit constituée afin de proposer des solutions acceptables aux Parties directement concernées. La Commission consultative est constituée et se réunit une première fois dans un délai n'excédant pas dix jours après la demande. La Commission consultative émet ses recommandations finales au plus tard soixante jours après sa première réunion.

(b) La Commission consultative est composée d'un nombre adéquat de membres représentant les Parties directement concernées. Lorsqu'elle est partie à un différend, la République Fédérale a le droit de nommer autant de membres que l'ensemble des membres désignés par les autres Parties au différend. La

Meinungsverschiedenheit zusammen. Die beratende Kommission kann externe Schlichter bitten, die Kommission zu beraten. Auf Ersuchen eines ihrer Mitglieder holt die beratende Kommission fachliche Gutachten geeigneter Personen oder Organisationen wie der Nordatlantikvertragsorganisation, der Westeuropäischen Union oder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein, die vertraulich abgeben und behandelt werden.

(3) Als erste Amtshandlung wird die beratende Kommission, falls tunlich, den Vertragsparteien empfehlen, bis zur Beilegung der Meinungsverschiedenheit einstweilige Maßnahmen zu ergreifen. Diese einstweiligen Maßnahmen lassen die jeweiligen Standpunkte der Vertragsparteien oder die abschließende Beilegung der Meinungsverschiedenheit unberührt. Kann sich die beratende Kommission nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit über einstweilige Maßnahmen einigen, so wird die Frage der einstweiligen Maßnahmen an geeignete Kanäle zur Lösung übermittelt, erforderlichenfalls auch auf Ministerebene.

(4) Die von der beratenden Kommission empfohlene endgültige Lösung wird von den unmittelbar betroffenen Vertragsparteien verwirklicht, sofern nicht eine oder mehrere von ihnen innerhalb von fünfzehn Tagen Einspruch erheben. Wird Einspruch erhoben oder kann sich die beratende Kommission nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit über endgültige Empfehlungen einigen, so wird die Angelegenheit zur umgehenden Beilegung an diplomatische Kanäle verwiesen.

(5) Bis zur endgültigen Beilegung der Meinungsverschiedenheit unterlassen die Vertragsparteien Maßnahmen, welche die wesentlichen Interessen einer anderen unmittelbar betroffenen Vertragspartei beeinträchtigen würden, insbesondere diejenigen Interessen, die das Gastland vorbringt.“

Artikel 51

Artikel 81 des Zusatzabkommens wird durch folgenden Artikel ersetzt:

„Artikel 81

Jede stationierende Vertragspartei kann im Benehmen mit den anderen Vertragsparteien durch schriftliche Anzeige unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren von diesem Abkommen zurücktreten. Die Bundesrepublik kann dieses Abkommen im Benehmen mit den anderen Vertragsparteien in bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien durch schriftliche Anzeige unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren beenden.“

Artikel 52

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation oder Genehmigung. Die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden werden von den Unterzeichnerstaaten bei der Regierung der Vereinigten Staaten von

Commission may invite outside conciliators to advise the Commission. At the request of any of its members, the consultative Commission shall also seek the expert opinion of appropriate persons or organizations, such as the North Atlantic Treaty Organization, the Western European Union, or the Organization for Economic Co-operation and Development, whose opinion shall be provided and kept in confidence.

3. As its first order of business, the consultative Commission shall, if appropriate, recommend the adoption of interim measures to be taken by the Parties pending resolution of the difference. These interim measures shall be without prejudice to the respective positions of the Parties or to the ultimate resolution of the difference. If interim measures cannot be agreed by the consultative Commission within the prescribed time, the question of interim measures shall be referred to appropriate channels for resolution, at the ministerial level if necessary.

4. The final resolution recommended by the consultative Commission shall be implemented by the Parties directly concerned unless one or more of them object within fifteen days. In case of objection, or if the consultative Commission is unable to agree upon final recommendations within the prescribed time, the matter shall be referred to diplomatic channels for prompt resolution.

5. Pending final resolution of the difference, no Party shall take actions that would prejudice the essential interests of any other Party directly concerned, particularly those interests which may be put forward by the host country.”

Article 51

Article 81 of the Supplementary Agreement shall be replaced as follows:

“Article 81

Any stationing Party may, after consultation with the other Contracting Parties, withdraw from the present Agreement upon two years' written notice. The Federal Republic may, after consultation with the other Contracting Parties, terminate the present Agreement in respect of one or more Contracting Parties upon two years' written notice.”

Article 52

1. The present Agreement shall be subject to ratification or approval. Instruments of ratification or approval shall be deposited by the signatory States with the Government of the United States of America, which

Commission consultative peut inviter des conciliateurs extérieurs pour conseiller la Commission. La Commission consultative requiert, à la demande de l'un de ses membres, l'opinion avisée de toute personnalité ou organisation appropriée, telles que l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, l'Union de l'Europe Occidentale ou l'Organisation de Coopération et de Développement Economique, dont les recommandations sont transmises et maintenues confidentielles.

3. Comme première mesure dans le cadre de ses travaux, la Commission consultative recommande aux Parties concernées, le cas échéant, l'adoption de dispositions provisoires dans l'attente d'un règlement du différend. Ces mesures provisoires n'affectent cependant pas les positions respectives des Parties ou le règlement définitif du différend. Si les membres de la Commission consultative ne peuvent s'entendre sur de telles mesures provisoires dans le délai imparti, la question des mesures provisoires est soumise pour règlement aux instances compétentes, au niveau ministériel si nécessaire.

4. La solution finale recommandée par la Commission consultative est mise en œuvre par les Parties directement concernées, sauf objection émise dans un délai de quinze jours par l'une ou plusieurs d'entre elles. En cas d'objection, ou si les membres de la Commission consultative sont incapables de s'entendre sur des recommandations finales dans le délai imparti, l'affaire est soumise aux instances diplomatiques en vue d'un règlement rapide du différend.

5. En attendant le règlement final du différend, aucune des Parties n'agit de manière à nuire aux intérêts essentiels de toute autre Partie directement concernée, notamment aux intérêts qui peuvent être mis en avant par l'Etat de séjour.»

Article 51

L'Article 81 de l'Accord Complémentaire est remplacé par l'Article suivant:

«Article 81

Toute Partie ayant des forces stationnées pourra, après consultation des autres Parties Contractantes, se retirer du présent Accord sur préavis formulé par écrit de deux ans. La République Fédérale peut, après consultation avec les autres Parties Contractantes, mettre fin au présent Accord en ce qui concerne une ou plusieurs parties sur préavis formulé par écrit de deux ans.»

Article 52

1. Le présent Accord sera ratifié ou approuvé. Les instruments de ratification ou d'approbation seront déposés par les Etats signataires auprès du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique qui notifiera la date

Amerika hinterlegt; diese notifiziert jedem Unterzeichnerstaat den Tag der Hinterlegung der Urkunden.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jedem Unterzeichnerstaat je eine beglaubigte Abschrift.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten unterzeichneten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 18. März 1993, in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

shall notify each signatory State of the date on which the instruments are deposited.

2. The present Agreement shall enter into force thirty days following the deposit of the last instrument of ratification or approval.

3. The present Agreement shall be deposited in the Archives of the Government of the United States of America, which shall transmit a certified copy thereof to each signatory State.

In witness whereof the undersigned representatives duly authorized thereto have signed the present Agreement.

Done at Bonn, this eighteenth day of March 1993, in a single original in the German, English and French languages, all texts being equally authentic.

de ces dépôts à chacun des Etats signataires.

2. Le présent Accord entrera en vigueur trente jours après la date de dépôt du dernier instrument de ratification ou d'approbation.

3. Le présent Accord sera déposé dans les archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique qui remettra des copies certifiées conformes à chacun des Etats signataires.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

Fait à Bonn, le 18 mars 1993, en un seul exemplaire original, en langues allemande, anglaise et française, les trois versions faisant également foi.

Abkommen
zur Durchführung des Artikels 45 Absatz 1
des Zusatzabkommens vom 3. August 1959
in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971,
die Vereinbarung vom 18. Mai 1981
und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages
über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der
in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen

Agreement
to implement Paragraph 1 of Article 45
of the Agreement of 3 August 1959,
as amended by the Agreements of 21 October 1971,
18 May 1981 and 18 March 1993,
to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty
regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces
stationed in the Federal Republic of Germany

Accord
portant Application du Paragraphe 1 de l'Article 45
de l'Accord du 3 août 1959
modifié par les Accords du 21 octobre 1971,
du 18 mai 1981 et du 18 mars 1993
complétant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord
sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères
stationnées en République fédérale d'Allemagne

Zur Durchführung des Artikels 45 Absatz 1 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (im folgenden als „Zusatzabkommen“ bezeichnet) zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen sind

For the purpose of implementing paragraph 1 of Article 45 of the Agreement of 3 August 1959, as amended by the Agreements of 21 October 1971, 18 May 1981 and 18 March 1993, to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as the “Supplementary Agreement”),

En application des dispositions de l'Accord du 3 août 1959 modifié par les Accords du 21 octobre 1971, du 18 mai 1981 et du 18 mars 1993 (dénommé ci-après «Accord Complémentaire») complétant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République fédérale d'Allemagne,

das Königreich Belgien,
die Bundesrepublik Deutschland,
die Französische Republik,
Kanada,
das Königreich der Niederlande,
das Vereinigte Königreich Großbritannien
und Nordirland

the Kingdom of Belgium,
Canada,
the French Republic,
the Federal Republic of Germany,
the Kingdom of the Netherlands,
the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland,

la République fédérale d'Allemagne,
le Royaume de Belgique,
le Canada,
les Etats-Unis d'Amérique,
la République française,
le Royaume des Pays-Bas

und

and

et

die Vereinigten Staaten von Amerika

the United States of America

le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et
d'Irlande du Nord

wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

sont, en vertu du paragraphe 1 de l'Article 45 dudit Accord, convenus de ce qui suit:

Teil I

Verfahren
zur Vorlage
der Jahresprogramme
für Manöver
und andere Übungen

Artikel 1

(1) Die Behörden einer Truppe legen dem Bundesminister der Verteidigung und zur örtlichen und zeitlichen Koordinierung in Abdruck den jeweils betroffenen Wehrbereichskommandos bis zum 1. April eines jeden Jahres ihre Jahresprogramme für Manöver und andere Übungen im folgenden Kalenderjahr vor, an denen Truppenteile in Stärke von mindestens einer Brigade bei Volltruppenübungen oder von mehr als 1 500 Soldaten bei Rahmenübungen teilnehmen. Es ist anzustreben, Manöver und andere Übungen von Truppenteilen in Stärke von mindestens einem Bataillon/Regiment bei Volltruppenübungen oder bis zu 1 500 Soldaten bei Rahmenübungen in die Jahresprogramme aufzunehmen. Bei der Vorlage sind zu übermitteln:

- Übungsart,
- ungefähre Anzahl der teilnehmenden Soldaten,
- ungefähre Anzahl der teilnehmenden Rad-, Ketten- und Luffahrzeuge, dabei gesondert die Anzahl der Kampfpanzer,
- gewünschter Übungsraum,
- gewünschter Übungszeitraum,

(2) Das in Absatz 1 genannte Datum (1. April eines jeden Jahres) wird nach Vorliegen ausreichender Erfahrungen überprüft.

Artikel 2

Die Behörden einer Truppe teilen dem Bundesminister der Verteidigung bei der Vorlage der Jahresprogramme für Manöver und andere Übungen diejenigen Truppenteile in Stärke von mindestens einem Bataillon/Regiment bei Volltruppenübungen oder mindestens 600 Soldaten bei Rahmenübungen mit, die für Manöver und andere Übungen in die Bundesrepublik verlegt werden sollen. Der Bundesminister der Verteidigung teilt den Behörden einer Truppe die Entscheidung der zuständigen deutschen Behörden zusammen mit der Entscheidung über die Jahresprogramme für Manöver und andere Übungen mit. Im Fall einer Ablehnung werden die Gründe den Behörden einer Truppe mitgeteilt.

Part I

Procedure
for Submission
of Annual Programmes
of Manœuvres
and other Training Exercises

Article 1

1. The authorities of a force shall submit to the Federal Minister of Defence, with copies to the respective Military District Commands for coordination in respect of place and time, by 1 April of every year, their annual programmes of manoeuvres and other training exercises for the following calendar year in which units of at least brigade strength in the case of field training/full strength exercises, or more than 1 500 soldiers in the case of command post exercises, will participate. Endeavours should be made to include in the annual programmes manoeuvres and other training exercises of units of at least battalion/regiment strength in the case of field training/full strength exercises, or of up to 1 500 soldiers in the case of command post exercises. The information to be provided shall include:

- the type of exercise,
- the approximate number of participating military personnel,
- the approximate number of participating wheeled vehicles, tracked vehicles and aircraft, with the number of battle tanks stated separately,
- the desired exercise area,
- the desired exercise period.

2. The date stated in paragraph 1 of this Article (1 April of every year) shall be reviewed after sufficient experience has been gained.

Article 2

When submitting the annual programmes of manoeuvres and other training exercises, the authorities of a force shall notify the Federal Minister of Defence of those units of at least battalion/regiment strength in the case of field training/full strength exercises or at least 600 soldiers in the case of command post exercises which are to be deployed to the Federal Republic for manoeuvres and other training exercises. The Federal Minister of Defence shall notify the authorities of a force of the decision of the competent German authorities, together with the decision on the annual programmes of manoeuvres and other training exercises. In case of rejection, the reasons shall be communicated to the authorities of a force.

Partie I

Procédure
de présentation
des programmes annuels
de manœuvres
et autres exercices

Article 1

1. Les autorités d'une force soumettent, avant le 1^{er} avril de chaque année, au Ministre fédéral de la Défense, leurs programmes annuels des manœuvres et autres exercices pour l'année civile suivante, auxquels participent des unités dont l'effectif est au minimum celui d'une brigade pour les exercices en grandeur nature ou supérieur à 1 500 hommes pour les exercices cadres; une copie est remise par lesdites autorités aux Commandements des régions militaires concernées afin que ceux-ci coordonnent les manœuvres et autres exercices dans le temps et dans l'espace. Dans la mesure du possible, les manœuvres et autres exercices d'unités dont l'effectif est au minimum celui d'un bataillon/régiment pour les exercices en grandeur nature ou inférieur ou égal à 1 500 hommes pour les exercices cadres sont inclus dans les programmes annuels. La présentation desdits programmes comporte les renseignements suivants:

- la nature de l'exercice,
- le nombre approximatif d'hommes participants,
- le nombre approximatif de véhicules à roues ou à chenilles ainsi que celui des aéronefs, avec indication séparée du nombre de chars de bataille,
- la zone d'exercice souhaitée,
- la période d'exercice souhaitée.

2. La date visée au paragraphe 1 du présent Article (au 1^{er} avril de chaque année) sera réexaminée sur présentation d'un nombre suffisant d'expériences.

Article 2

Lors de la présentation des programmes annuels des manœuvres et autres exercices, les autorités d'une force notifient au Ministre fédéral de la Défense, les unités devant être transférées en République Fédérale dans le cadre des programmes annuels, dont l'effectif est au minimum un bataillon/régiment pour les exercices en grandeur nature ou au minimum de 600 hommes pour les exercices cadres. Le Ministre fédéral de la Défense notifie simultanément aux autorités d'une force la décision prise par les autorités allemandes compétentes et la décision portant sur le programme annuel des manœuvres et autres exercices. Tout refus sera motivé et les motifs communiqués aux autorités d'une force.

Artikel 3

(1) Der Bundesminister der Verteidigung entscheidet spätestens bis zum 15. Juli eines jeden Jahres über die Jahresprogramme für Manöver und andere Übungen im folgenden Kalenderjahr und berücksichtigt dabei die Stellungnahmen der deutschen Behörden. Im Fall einer Ablehnung werden die Gründe den Behörden einer Truppe mitgeteilt.

(2) Das in Absatz 1 genannte Datum (15. Juli eines jeden Jahres) wird nach Vorliegen ausreichender Erfahrungen überprüft.

Article 3

1. The Federal Minister of Defence shall decide by 15 July of every year on the annual programmes of manoeuvres and other training exercises in the following calendar year, giving consideration to the comments provided by the German authorities. In case of rejection, the reasons shall be communicated to the authorities of a force.

2. The date stated in paragraph 1 of this Article (15 July of every year) shall be reviewed after sufficient experience has been gained.

Article 3

1. La décision relative aux programmes annuels des manœuvres et autres exercices de l'année civile suivante est prise chaque année au plus tard le 15 juillet par le Ministre fédéral de la Défense qui tient compte des avis des autorités allemandes. Tout refus sera motivé et les motifs communiqués aux autorités d'une force.

2. La date visée au paragraphe 1 du présent Article (au 15 juillet de chaque année) sera réexaminée sur présentation d'un nombre suffisant d'expériences.

Teil II

Verfahren
zur Anmeldung und Koordinierung
von Manövern
und anderen Übungen

Artikel 4

(1) Die Behörden einer Truppe übermitteln so früh wie möglich die Pläne für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen einschließlich derjenigen, die in den Jahresprogrammen enthalten sind, gleichzeitig den betroffenen Wehrbereichskommandos, den betroffenen Wehrbereichsverwaltungen und den Behörden der betroffenen Länder der Bundesrepublik

a) bis zur Stärke einer Kompanie bei Volltruppenübungen oder bis zu 250 Soldaten bei Rahmenübungen

nicht später als vier Wochen vor Beginn des Manövers bzw. der Übung,

b) bis zur Stärke eines Bataillons/Regiments bei Volltruppenübungen oder von mehr als 250 bis zu 600 Soldaten bei Rahmenübungen

nicht später als sechs Wochen vor Beginn des Manövers bzw. der Übung,

c) bis zur Stärke einer Brigade bei Volltruppenübungen oder von mehr als 600 bis 1 500 Soldaten bei Rahmenübungen

nicht später als acht Wochen vor Beginn des Manövers bzw. der Übung,

d) in Stärke von mehr als einer Brigade bei Volltruppenübungen oder von mehr als 1 500 Soldaten bei Rahmenübungen

nicht später als sechzehn Wochen vor Beginn des Manövers bzw. der Übung,

Part II

Procedure
for Notification and Coordination
of Manœuvres
and other Training Exercises

Article 4

1. The authorities of a force shall communicate as early as possible the plans for the conduct of manoeuvres and other training exercises, including those contained in the annual programmes, simultaneously to the affected Military District Commands, the affected Military District Offices of Defence Administration and the authorities of the affected Länder of the Federal Republic:

a) for a strength of up to one company in the case of field training/full strength exercises or up to 250 soldiers in the case of command post exercises

not later than four weeks prior to commencement of the manoeuvre and/or exercise,

b) for a strength of up to one battalion/regiment in the case of field training/full strength exercises or more than 250 but not more than 600 soldiers in the case of command post exercises

not later than six weeks prior to commencement of the manoeuvre and/or exercise,

c) for a strength of up to one brigade in the case of field training/full strength exercises or more than 600 but not more than 1 500 soldiers in the case of command post exercises

not later than eight weeks prior to commencement of the manoeuvre and/or exercise,

d) for a strength of more than one brigade in the case of field training/full strength exercises or more than 1 500 soldiers in the case of command post exercises

not later than sixteen weeks prior to commencement of the manoeuvre and/or exercise.

Partie II

Procédures
de notification et de coordination
des manœuvres
et autres exercices

Article 4

1. Les autorités d'une force soumettent le plus tôt possible et simultanément aux Commandements des régions militaires, aux Directions régionales d'administration de la Défense et aux autorités des Länder concernés de la République Fédérale, les plans d'exécution des manœuvres et autres exercices, y compris ceux contenus dans les programmes annuels:

(a) pour des effectifs inférieurs ou égaux à ceux d'une compagnie pour des exercices en grandeur nature, ou pour des effectifs inférieurs ou égaux à 250 hommes pour des exercices cadres:

au plus tard 4 semaines avant le début des manœuvres ou autres exercices

(b) pour des effectifs inférieurs ou égaux à ceux d'un bataillon/régiment pour des exercices en grandeur nature, ou pour des effectifs supérieurs à 250 hommes et inférieurs ou égaux à 600 hommes pour des exercices cadres:

au plus tard 6 semaines avant le début des manœuvres ou autres exercices

(c) pour des effectifs inférieurs ou égaux à ceux d'une brigade pour des exercices en grandeur nature, ou pour des effectifs supérieurs à 600 hommes et inférieurs ou égaux à 1 500 hommes pour des exercices cadres:

au plus tard 8 semaines avant le début des manœuvres ou autres exercices

(d) pour des effectifs supérieurs à ceux d'une brigade pour des exercices en grandeur nature, ou pour des effectifs supérieurs à 1 500 hommes pour des exercices cadres:

au plus tard 16 semaines avant le début des manœuvres ou autres exercices.

(2) Die Pläne für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen müssen die im Anhang, der Bestandteil dieses Abkommens ist, aufgeführten Angaben enthalten.

(3) Die Behörden einer Truppe benennen in den Plänen für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen diejenigen Truppenteile in Stärke von weniger als einem Bataillon/ Regiment bei Volltruppenübungen oder von weniger als 600 Soldaten bei Rahmenübungen, die zur Teilnahme an Manövern und anderen Übungen in die Bundesrepublik verlegt werden sollen. Soweit diese Verlegungen nicht bereits nach Artikel 2 genehmigt worden sind, werden den Behörden einer Truppe Einwendungen der zuständigen deutschen Behörden nach den Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 1 mitgeteilt. Zusätzliche Vereinbarungen können abgeschlossen werden.

(4) Auf Antrag von Behörden einer Truppe können die zuständigen deutschen Militärbehörden mit den jeweiligen Behörden der Länder der Bundesrepublik Vereinbarungen über vereinfachte Anmeldeverfahren von Übungen abschließen. Örtliche Übungsabsprachen innerhalb eines Standorts können zwischen den Behörden einer Truppe und den zuständigen örtlichen Behörden getroffen werden. Das zuständige Verteidigungsbezirkskommando ist in Kenntnis zu setzen.

Artikel 5

(1) Bei Manövern und anderen Übungen, die eine Truppe mit anderen Truppen oder der Bundeswehr gemeinsam durchführt, übermitteln die Behörden der Truppe, die die Leitung des Manövers oder der anderen Übung hat, die Pläne für die Durchführung des Manövers oder der anderen Übung den in Artikel 4 genannten Behörden.

(2) Für Manöver und andere Übungen unter der Leitung von Behörden der Nordatlantikvertragsorganisation oder von Behörden multinationaler Truppen werden gesonderte Vereinbarungen getroffen.

Artikel 6

(1) Die Behörden einer Truppe teilen Alarmübungen innerhalb von 12 Stunden nach Auslösung des Alarms dem zuständigen Verteidigungsbezirkskommando mit. Dabei sind zu übermitteln:

- Truppenteil, der die Alarmübung durchführt,
- Übungsraum,
- Übungszeitraum.

(2) An eine Alarmübung darf sich ein Manöver oder eine andere Übung nur dann anschließen, falls eine Anmeldung nach Artikel 4 oder Artikel 5 erfolgt ist.

(3) Als Alarmübungen gelten Übungen, die der vorher nicht angekündigten Über-

2. The plans for the conduct of manoeuvres and other training exercises shall contain the information specified in the Annex, which forms part of this Agreement.

3. In the plans for the conduct of manoeuvres and other training exercises the authorities of a force shall designate those units of less than battalion/regiment strength in the case of field training/full strength exercises or less than 600 soldiers in the case of command post exercises that are to be deployed to the Federal Republic to participate in manoeuvres or other training exercises. To the extent that such deployments have not already been approved pursuant to Article 2, the authorities of a force shall be notified of any objections of the competent German authorities in accordance with the provisions of paragraph 1 of Article 8. Additional agreements may be concluded.

4. At the request of the authorities of a force, the competent German military authorities may conclude agreements with the respective authorities of the Länder of the Federal Republic on simplified procedures for notification of exercises. Local training arrangements within a garrison between the authorities of a force and the competent local authorities may be concluded. The competent Military Region Command shall be notified.

Article 5

1. In cases of manoeuvres and other training exercises jointly conducted by a force with other forces or with the Federal Armed Forces, the authorities of the force directing the manoeuvre or other training exercise shall communicate the plans for the conduct of the manoeuvre or other training exercise to the authorities mentioned in Article 4.

2. For manoeuvres and other training exercises conducted under the direction of authorities of the North Atlantic Treaty Organization or authorities of multinational forces, separate agreements shall be concluded.

Article 6

1. The authorities of a force shall notify alert exercises to the competent Military Region Command within 12 hours after the declaration of alert. The information to be provided shall include:

- the unit conducting the alert exercise,
- the exercise area,
- the exercise period.

2. An alert exercise may only be followed by a manoeuvre or other training exercise if notification has been given in accordance with Article 4 or Article 5.

3. Alert exercises are exercises intended for the inspection without prior notification of

2. Les plans d'exécution des manoeuvres et autres exercices incluent les informations énumérées à l'annexe faisant partie du présent Accord.

3. Les autorités d'une force désignent, dans les plans d'exécution des manoeuvres et autres exercices, les unités devant être transférées en République Fédérale pour des manoeuvres et autres exercices, dont l'effectif est inférieur à un bataillon/régiment pour des exercices en grandeur nature ou inférieur à 600 hommes pour des exercices cadres. Dans la mesure où ces transferts n'ont pas encore été autorisés en vertu de l'Article 2 du présent Accord, les autorités d'une force sont informées, en application du paragraphe 1 de l'Article 8 du présent Accord, des objections faites par les autorités allemandes compétentes. Des arrangements supplémentaires peuvent être conclus en la matière.

4. A la demande des autorités d'une force, les autorités militaires allemandes compétentes peuvent conclure, avec les autorités respectives des Länder de la République Fédérale, des arrangements relatifs à la notification simplifiée des exercices. Des concertations locales au niveau des garnisons entre les autorités d'une force et les autorités communales compétentes peuvent avoir lieu. Le Commandement de district de Défense compétent en sera informé.

Article 5

1. Lors des manoeuvres et autres exercices qu'une force effectue en commun avec d'autres Forces ou avec les Forces armées allemandes, les autorités de la force chargée de la conduite de la manoeuvre ou autre exercice transmettent les plans d'exécution aux autorités allemandes compétentes visées à l'Article 4 du présent Accord.

2. Les manoeuvres et autres exercices exécutés sous la direction des autorités de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord ou des autorités des Forces multinationales feront l'objet d'accords séparés.

Article 6

1. Les autorités d'une force informent le Commandement de district de Défense compétent des exercices d'alerte dans un délai de 12 heures après le déclenchement de l'alerte. Les informations suivantes sont transmises:

- l'unité exécutant l'exercice d'alerte,
- la zone d'exercice,
- la période d'exercice.

2. Un exercice d'alerte ne peut être suivi d'une manoeuvre ou d'un autre exercice que s'il y a eu notification, conformément aux Articles 4 ou 5 du présent Accord.

3. Sont considérés comme exercices d'alerte, les exercices servant à procéder à la

prüfung der Maßnahmen zur Erhöhung, Herstellung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft von Truppenteilen dienen. Sie werden im allgemeinen im Friedensstandort des betreffenden Truppenteils durchgeführt und enden dort oder nach Beziehen von standortnahen Auflockerungsräumen.

Artikel 7

Die Wehrbereichskommandos prüfen die Pläne für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen auf zeitliche und örtliche Überschneidungen. Können Überschneidungen nicht beseitigt werden, so entscheiden bei Manövern und anderen Übungen im Rahmen der genehmigten Jahresprogramme der Bundesminister der Verteidigung, in den übrigen Fällen die Wehrbereichskommandos. In diesem Zusammenhang sind alle sachdienlichen Umstände gebührend zu berücksichtigen.

Artikel 8

(1) Die deutschen Behörden, denen nach Artikel 4 Absatz 1 die Pläne für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen übermittelt werden, unterrichten die Behörden einer Truppe so früh wie möglich, aber nicht später als die Hälfte der Zeit zwischen dem Termin der Vorlage und dem Termin des Manöver- oder Übungsbeginns über etwaige Einwendungen zu diesen Plänen.

(2) Soweit die Behörden einer Truppe derartigen Einwendungen nicht folgen können, wird umgehend in gemeinsamen Erörterungen mit den betroffenen Behörden angestrebt, ein Einvernehmen zu erzielen. Wird innerhalb einer angemessenen Frist kein Einvernehmen über einen Plan erzielt, so entscheiden unter angemessener Abwägung aller Gesichtspunkte bei Manövern und anderen Übungen im Rahmen der genehmigten Jahresprogramme der Bundesminister der Verteidigung, in den übrigen Fällen die Wehrbereichskommandos.

Teil III

Streitbeilegung

Artikel 9

Erheben die Behörden einer Truppe Einwendungen gegen Entscheidungen über Manöver und andere Übungen, so wird umgehend in gemeinsamer Erörterung mit dem Bundesminister der Verteidigung angestrebt, ein Einvernehmen zu erzielen. Wird zwischen den Behörden einer Truppe und dem Bundesminister der Verteidigung innerhalb einer angemessenen Frist kein Ein-

measures to upgrade, build up and maintain the readiness of units. In general, they will be conducted at the peacetime location of the unit concerned and end there or after moving into dispersal areas near to the location.

Article 7

The Military District Commands shall review the plans for the conduct of manoeuvres and other training exercises in order to identify overlaps with respect to time and place. If overlaps cannot be resolved, the matter shall be decided by the Federal Minister of Defence in the case of manoeuvres and other training exercises within the scope of the approved annual programmes, in all other cases by the Military District Commands. In this context due consideration shall be given to all relevant circumstances.

Article 8

1. The German authorities to which the plans for the conduct of manoeuvres and other training exercises are communicated pursuant to paragraph 1 of Article 4 shall inform the authorities of a force as early as possible but not later than halfway between the date of submission and the date of commencement of the manoeuvre or other training exercise, of any objections to these plans.

2. To the extent that the authorities of a force cannot concur with such objections, endeavours shall promptly be made to reach agreement in joint discussions with the authorities concerned. If no agreement on a plan is reached within an appropriate period of time, the matter shall be decided, after giving due consideration to all aspects, by the Federal Minister of Defence in the case of manoeuvres and other training exercises within the scope of the approved annual programmes, in all other cases by the Military District Commands.

Part III

Dispute Resolution

Article 9

Should the authorities of a force raise objections to decisions concerning manoeuvres or other training exercises, agreement shall be sought immediately by joint consultation with the Federal Minister of Defence. Should the authorities of a force and the Federal Minister of Defence fail to reach agreement within an appropriate period of time, the further procedure shall be as

vérification, sans avis préalable, des mesures d'accroissement, de réalisation et de maintien de la disponibilité opérationnelle des unités. Ils sont effectués, en règle générale, dans la zone de stationnement du temps de paix de l'unité concernée et prennent fin ou bien dans cette même zone, ou bien dans des zones de desserrement proches de la zone de stationnement, après installation de l'unité.

Article 7

Les Commandements des régions militaires procèdent à un examen des plans d'exécution des manoeuvres et autres exercices pour éviter tout chevauchement pouvant survenir dans le temps et dans l'espace. Au cas où de tels problèmes de chevauchement ne peuvent être évités, il appartient au Ministre fédéral de la Défense de prendre une décision en ce qui concerne les manoeuvres et autres exercices prévus dans le programme annuel autorisé; dans les autres cas, cette décision appartient aux Commandements des régions militaires. En l'espèce, toutes les circonstances pertinentes sont dûment prises en considération.

Article 8

1. Les autorités allemandes destinataires des plans d'exécution des manoeuvres et autres exercices, conformément au paragraphe 1 de l'Article 4 du présent Accord, informent les autorités d'une force des éventuelles objections relatives à ces plans le plus tôt possible et au plus tard à mi-délai entre la date de présentation de ces plans et celle du début de la manoeuvre ou autre exercice.

2. Si les autorités d'une force ne peuvent pas tenir compte de ces objections, des discussions entre les autorités concernées sont immédiatement entamées en vue de parvenir à un accord. Si un plan d'exécution ne fait pas l'objet d'un accord dans un délai raisonnable, il incombe au Ministre fédéral de la Défense, après un examen raisonnable de tous les aspects, de prendre une décision en ce qui concerne les manoeuvres et autres exercices prévus dans le programme annuel autorisé; dans les autres cas, cette décision est du ressort des Commandements des régions militaires.

Partie III

Règlement des conflits

Article 9

Lorsque les autorités d'une force formulent des objections à l'encontre des décisions relatives à des manoeuvres et autres exercices, des efforts sont immédiatement entrepris pour parvenir à un accord dans le cadre de discussions menées avec le Ministre fédéral de la Défense. Si les autorités d'une force et le Ministre fédéral de la Défense ne parviennent pas à un accord dans

vernehmen erzielt, so richtet sich das weitere Verfahren nach Artikel 80A des Zusatzabkommens.

provided under Article 80A of the Supplementary Agreement.

un délai raisonnable, la procédure prévue à l'Article 80A de l'Accord Complémentaire est appliquée.

Teil IV
Schlußbestimmungen

Part IV
Final Provisions

Partie IV
Dispositions finales

Artikel 10

Article 10

Article 10

(1) Dieses Abkommen kann im Benehmen mit den anderen Vertragsparteien durch Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung jeder anderen Vertragspartei geändert oder ergänzt werden. Eine solche Änderung oder Ergänzung läßt die Bestimmungen dieses Abkommens im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den anderen Vertragsparteien unberührt.

1. The present Agreement may, after consultation with the other Contracting Parties, be amended or supplemented by agreement between the Government of the Federal Republic and the Government of any other Contracting Party. Such amendment or supplement shall not affect the provisions of the present Agreement as regards relations between the Federal Republic and the other Contracting Parties.

1. Le présent Accord pourra être amendé ou complété, après consultation avec les autres Parties Contractantes, par voie d'arrangement entre le Gouvernement de la République Fédérale et le Gouvernement de toute autre Partie Contractante. Un tel amendement ou complément n'affectera pas les dispositions du présent Accord en ce qui concerne les relations entre la République Fédérale et les autres Parties.

(2) Jede stationierende Vertragspartei kann im Benehmen mit den anderen Vertragsparteien durch schriftliche Anzeige unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres von diesem Abkommen zurücktreten. Die Bundesrepublik kann dieses Abkommen im Benehmen mit den anderen Vertragsparteien in bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien durch schriftliche Anzeige unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres beenden.

2. Any stationing Contracting Party may, after consultation with the other Contracting Parties, withdraw from the present Agreement at the end of a calendar year upon six months' written notice. The Federal Republic may, after consultation with the other Contracting Parties, terminate the present Agreement in respect of one or more Contracting Parties at the end of a calendar year upon six months' written notice.

2. Toute Partie Contractante ayant des forces stationnées pourra, après consultation avec les autres Parties Contractantes, se retirer du présent Accord pour la fin d'une année civile sous réserve d'un préavis formulé par écrit dans un délai de 6 mois. La République Fédérale pourra, après consultation avec les autres Parties Contractantes, mettre fin au présent Accord en ce qui concerne une ou plusieurs Parties, pour la fin d'une année sous réserve d'un préavis formulé par écrit dans un délai de 6 mois.

(3) Dieses Abkommen wird fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten überprüft.

3. The present Agreement shall be reviewed five years after its entry into force.

3. Le présent Accord fera l'objet d'un réexamen cinq ans après son entrée en vigueur.

Artikel 11

Article 11

Article 11

(1) Die Unterzeichnerstaaten benachrichtigen die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, sobald ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika notifiziert jedem Unterzeichnerstaat den Tag des Eingangs der letzten Benachrichtigung im Sinne von Satz 1 dieses Absatzes.

1. The signatory States shall notify the Government of the United States of America of the fulfilment of their respective internal requirements for the entry into force of the present Agreement. The Government of the United States of America shall notify each signatory State of the date of receipt of the last notification as defined in the first sentence of this paragraph.

1. Les Etats signataires notifieront aussitôt au Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique la réunion des conditions nationales respectives requises pour l'entrée en vigueur du présent Accord. Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique notifiera à chacun des Etats signataires la date de réception de la dernière notification, dans le sens de la première phrase du présent paragraphe.

(2) Dieses Abkommen tritt gleichzeitig mit dem Abkommen vom 18. März 1993 zur Änderung des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971 und die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen oder dreißig Tage nach Eingang der letzten Benachrichtigung im Sinne von Absatz 1 in Kraft, je nachdem, welches Ereignis später eintritt. Mit seinem Inkrafttreten löst dieses Abkommen das Abkommen vom 3. August 1959 zu Artikel 45 Absatz 5 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen ab.

2. The present Agreement shall enter into force on the date on which the Agreement of 18 March 1993 to amend the Agreement of 3 August 1959, as amended by the Agreements of 21 October 1971 and 18 May 1981, to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany enters into force or thirty days after receipt of the last notification referred to in paragraph 1 of this Article, whichever occurs later. Upon its entry into force, the present Agreement shall supersede the Agreement of 3 August 1959 to implement paragraph 5 of Article 45 of the Agreement to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany.

2. Le présent Accord entrera en vigueur à la date la plus tardive, soit en même temps que l'Accord du 18 mars 1993 amendant l'Accord du 3 août 1959 tel que modifié par les Accords du 21 octobre 1971 et du 18 mai 1981, soit trente jours après réception de la dernière notification, dans le sens du paragraphe 1 du présent Article. Le présent Accord remplace, le jour de son entrée en vigueur, l'Accord du 3 août 1959 portant application du paragraphe 5 de l'Article 45 de l'Accord complétant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République fédérale d'Allemagne.

(3) Dieses Abkommen wird im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jedem Unterzeichnerstaat je eine beglaubigte Abschrift.

3. The present Agreement shall be deposited in the Archives of the Government of the United States of America, which shall transmit a certified copy thereof to each signatory State.

3. Le présent Accord sera déposé dans les archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique qui en remettra une copie certifiée conforme à chacun des Etats signataires.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

In witness whereof the undersigned Representatives duly authorized thereto have signed the present Agreement.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

Geschehen zu Bonn am 18. März 1993, in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Bonn, this eighteenth day of March 1993, in a single original in the German, English and French languages, all texts being equally authentic.

Fait à Bonn, le 18 mars 1993, en un seul exemplaire original, en langues allemande, anglaise et française, chaque version faisant également foi.

Anhang zu Artikel 4 Absatz 2	Annex to paragraph 2 of Article 4	Annexe au paragraphe 2 de l'Article 4 du présent Accord
1. Bezeichnung (Deckname) und Art des Manövers oder der anderen Übung,	1. Designation (code name, nickname) and type of manoeuvre or other training exercise,	1. Désignation (nom conventionnel) et nature de la manoeuvre ou de l'autre exercice.
2. Zeitpunkt des Beginns und der Beendigung des Manövers oder der anderen Übung sowie des An- und Abmarsches und der vorbereitenden Maßnahmen,	2. time and date of the beginning and end of the manoeuvre or other training exercise, of assembly and departure, and of the preparatory measures,	2. Date et heure du début et de la fin de la manoeuvre ou de l'autre exercice ainsi que des déplacements aller et retour et des mesures préparatoires.
3. Bezeichnung des Gebietes, in dem das Manöver oder die andere Übung durchgeführt werden soll (dabei Beifügung von Karten oder Skizzen in geeignetem Maßstab),	3. designation of the area in which the manoeuvre or other training exercise is to be conducted (to be accompanied by maps or sketches on a suitable scale),	3. Désignation de la zone dans laquelle doit se dérouler la manoeuvre ou l'autre exercice (cartes ou croquis à une échelle appropriée joints).
4. a) Gesamtstärke der übenden Truppenteile (dabei gesonderte Angabe von Truppenteilen anderer Nationalität),	4. a) the total strength of the units engaging in the exercise (with units of a different nationality to be identified separately),	4. (a) effectif total des unités engagées (avec indication séparée des unités des autres nations),
b) Gesamtzahl der eingesetzten Rad- und Kettenfahrzeuge,	b) the total number of wheeled and tracked vehicles to be employed,	(b) nombre total des véhicules à roues ou à chenilles engagés,
c) Anzahl der Rad- und Kettenfahrzeuge in Klasse 24 gemäß STANAG 2021 und höher (dabei Klasse des schwersten Fahrzeugs),	c) the number of wheeled and tracked vehicles classified in or above Class 24 pursuant to STANAG 2021 (including identification of the class of the heaviest vehicle),	(c) nombre des véhicules à roues ou à chenilles classés dans la catégorie 24 ou une catégorie supérieure selon l'accord de standardisation 2021 – STANAG 2021 – (avec indication de la catégorie du véhicule le plus lourd),
d) Gebiete und Straßen, in bzw. auf denen Fahrzeuge mit Schwerpunkt eingesetzt werden sollen,	d) the areas and roads where vehicles are principally to be employed,	(d) zones et routes où des véhicules doivent principalement être utilisés.
5. Anzahl, Art, Einsatzraum und Flughöhe eingesetzter Luftfahrzeuge,	5. number, type, employment area and flight altitude of aircraft to be employed,	5. Nombre, nature, zone d'engagement et altitude de vol des aéronefs engagés.
6. Außenlandungen, Fallschirmabsprünge oder Abwerfen von Lasten aus Luftfahrzeugen sowie den voraussichtlichen Ort dieser Übungen,	6. off-base landings, parachute jumps, or cargo drops from aircraft, and where such exercises are probably to take place,	6. Atterrissages hors-base, sauts en parachute ou aérolargages de matériel, ainsi que le lieu envisagé pour ces exercices.
7. vorgesehene Erdarbeiten nach Art und Umfang,	7. envisaged earthworks by type and extent,	7. Nature et importance des travaux de terrassement prévus.
8. Benötigung von Tarnmaterial,	8. requirement of camouflage material,	8. Matériel de camouflage nécessaire.
9. Einsatz von Manöver-Darstellungs- und/oder Nebelmunition,	9. employment of blank, simulator and/or smoke ammunition,	9. Emploi de munitions à blanc, de figuraction et/ou de fumigènes.
10. Umschlag von Kraft- und Schmierstoffen,	10. transshipment of fuels and lubricants,	10. Transbordement de carburants et de lubrifiants.
11. Einsatz von Brückengerät,	11. employment of bridge equipment,	11. Emploi de matériel de pontage.
12. gewünschte besondere Vereinbarungen (z. B. Sperrung von Verkehrswegen und Gewässern).	12. any special arrangements desired (e.g. closing of public ways or bodies of water).	12. Arrangements particuliers souhaités (par exemple interdiction d'utilisation de voies de communication et de cours d'eau).

Übereinkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada
und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
zur Außerkraftsetzung des Abkommens vom 3. August 1959
über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen
im Raume Soltau-Lüneburg
in der durch das Abkommen vom 12. Mai 1970 geänderten Fassung

Agreement
between the Federal Republic of Germany, Canada
and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
on the Termination of the Agreement of 3 August 1959
concerning the Conduct of Manœuvres and other Training Exercises
in the Soltau-Lüneburg Area
as amended by the Agreement of 12 May 1970

Convention
entre la République fédérale d'Allemagne, le Canada
et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
portant abrogation de la Convention du 3 août 1959
relative à l'exécution de manœuvres et autres exercices militaires
dans la région de Soltau-Lüneburg,
modifiée par la Convention du 12 mai 1970

Die Bundesrepublik Deutschland,
 Kanada
 und
 das Vereinigte Königreich
 Großbritannien und Nordirland

The Federal Republic of Germany,
 Canada
 and
 the United Kingdom
 of Great Britain and Northern Ireland

La République fédérale d'Allemagne,
 le Canada
 et
 le Royaume-Uni
 de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

Das Abkommen vom 3. August 1959 über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg (Soltau-Lüneburg-Abkommen) in der durch das Abkommen vom 12. Mai 1970 geänderten Fassung tritt am 31. Juli 1994 außer Kraft.

Article 1

The Agreement of 3 August 1959 concerning the Conduct of Manœuvres and other Training Exercises in the Soltau-Lüneburg Area, (Soltau-Lüneburg Agreement), as amended by the Agreement of 12 May 1970, shall terminate on 31 July 1994.

Article 1

La Convention du 3 août 1959 relative à l'exécution de manœuvres et autres exercices militaires dans la région de Soltau-Lüneburg (Convention Soltau-Lüneburg), modifiée par la Convention du 12 mai 1970, prend fin le 31 juillet 1994.

Artikel 2

Unbeschadet der Aufhebung des Artikels 45 Absatz 3 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Zusatzabkommen) bleiben seine Bestimmungen zwischen den Vertragsparteien dieses Übereinkommens insoweit in

Article 2

Notwithstanding the revocation of paragraph 3 of Article 45 of the Agreement of 3 August 1959 to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (Supplementary Agreement), the provisions thereof shall remain in force as between the Parties to the present Agreement to the

Article 2

Nonobstant la révocation du paragraphe 3 de l'Article 45 de l'Accord du 3 août 1959 complétant la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République fédérale d'Allemagne (Accord Complémentaire), les dispositions dudit paragraphe demeurent en vigueur entre les Etats Parties à la présente Convention

Kraft, als dies für die weitere Anwendung des Soltau-Lüneburg-Abkommens bis zu dem in Artikel 1 genannten Tag erforderlich ist.

Artikel 3

Für alle Fragen, die sich aus der Außerkraftsetzung des Soltau-Lüneburg-Abkommens ergeben, gelten die Bestimmungen des Zusatzabkommens in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung.

Artikel 4

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder Annahme. Die Ratifikations- oder Annahmeprotokolle werden gleichzeitig mit Hinterlegung der Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden zum Abkommen vom 18. März 1993 zur Änderung des Zusatzabkommens bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese teilt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten die Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeprotokolle mit.

(2) Dieses Übereinkommen tritt gleichzeitig mit dem Abkommen vom 18. März 1993 zur Änderung des Zusatzabkommens in Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese übermittelt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 18. März 1993 in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

extent required for the continued application of the Soltau-Lüneburg Agreement until the date specified in Article 1 above.

Article 3

The provisions of the Supplementary Agreement, as amended by the Agreements of 21 October 1971, 18 May 1981 and 18 March 1993, shall apply to any questions arising out of the termination of the Soltau-Lüneburg Agreement.

Article 4

(1) The present Agreement is subject to ratification or acceptance. The instruments of ratification or of acceptance shall be deposited at the same time as the deposit of the instruments of ratification or of approval of the Agreement of 18 March 1993 to amend the Supplementary Agreement with the Government of the Federal Republic of Germany, which shall inform the Governments of the other signatory States of the deposit of each instrument of ratification or of acceptance.

(2) The present Agreement shall enter into force on the same date as the Agreement of 18 March 1993 to amend the Supplementary Agreement.

(3) The present Agreement shall be deposited in the Archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified copies thereof to the Governments of the other signatory States.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have signed the present Agreement.

Done at Bonn on 18 March 1993, in a single original in the German, English and French languages, all texts being equally authentic.

aussi longtemps que requises pour l'application continue de la Convention Soltau-Lüneburg jusqu'à la date mentionnée à l'Article 1 ci-dessus.

Article 3

Les dispositions de l'Accord Complémentaire, modifié par les Accords du 21 octobre 1971, du 18 mai 1981 et du 18 mars 1993, s'appliquent à toute question engendrée par l'abrogation de la Convention Soltau-Lüneburg.

Article 4

(1) La présente Convention sera soumise à ratification ou acceptation. Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés, en même temps que le dépôt des instruments de ratification ou d'approbation de l'Accord du 18 mars 1993 modifiant l'Accord Complémentaire, auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, qui informera les Gouvernements des autres Etats signataires du dépôt de chaque instrument de ratification ou d'acceptation.

(2) La présente Convention entrera en vigueur en même temps que l'Accord du 18 mars 1993 modifiant l'Accord Complémentaire.

(3) La présente Convention sera déposée dans les archives du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qui en transmettra des copies certifiées conformes aux Gouvernements des autres Etats signataires.

En foi de quoi les soussignés, dûment habilités à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Bonn, le 18 mars 1993, en un seul exemplaire en langues allemande, anglaise et française, les trois textes faisant également foi.

Gesetz
zu dem Europäischen Übereinkommen vom 16. Oktober 1980
über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge

Vom 30. September 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 16. Oktober 1980 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Europäischen Übereinkommen über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 30. September 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Kanther

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Europäisches Übereinkommen über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge

European Agreement on transfer of responsibility for refugees

Accord européen sur le transfert de la responsabilité à l'égard des réfugiés

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe, signatory hereto,

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, signataires du présent Accord,

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Übereinkommen unterzeichnen –

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its members;

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres;

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen;

Wishing to further improve the situation of refugees in member States of the Council of Europe;

Souhaitant encore améliorer la situation des réfugiés dans les Etats membres du Conseil de l'Europe;

bestrebt, die Lage der Flüchtlinge in den Mitgliedstaaten des Europarats weiter zu verbessern;

Desirous of facilitating the application of Article 28 of the Convention relating to the status of refugees of 28 July 1951 and paragraphs 6 and 11 of its Schedule, in particular as regards the situation where a refugee has lawfully taken up residence in the territory of another Contracting Party;

Désireux de faciliter l'application de l'article 28 de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 et des paragraphes 6 et 11 de son Annexe, s'agissant en particulier du cas d'un réfugié changeant de résidence et s'établissant régulièrement dans le territoire d'une autre Partie contractante;

in dem Wunsch, die Anwendung des Artikels 28 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Paragraphen 6 und 11 seines Anhangs insbesondere für den Fall zu erleichtern, daß ein Flüchtling seinen Wohnort wechselt und sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei niederläßt;

Concerned especially to specify, in a liberal and humanitarian spirit, the conditions on which the responsibility for issuing a travel document is transferred from one Contracting Party to another;

Soucieux notamment, à cet effet, de préciser, dans un esprit libéral et humanitaire, les conditions dans lesquelles la responsabilité de délivrer un titre de voyage est transférée d'une Partie contractante à une autre;

vornehmlich in der Absicht, in liberalem und humanitärem Geist die Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen die Verantwortung für die Ausstellung eines Reiseausweises von einer Vertragspartei auf die andere übergeht;

Considering that it is desirable to regulate this question in a uniform manner between the member States of the Council of Europe,

Considérant qu'il est souhaitable de régler cette matière de manière uniforme entre les Etats membres du Conseil de l'Europe,

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, diese Frage unter den Mitgliedstaaten des Europarats einheitlich zu regeln –

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

For the purposes of this Agreement:

- a. "refugee" means a person to whom the Convention relating to the status of refugees of 28 July 1951 or, as the case may be, the Protocol relating to the status of refugees of 31 January 1967 applies;
- b. "travel document" means the travel document issued by virtue of the above-mentioned Convention;
- c. "first State" means a State, Party to this Agreement, which has issued such a travel document;
- d. "second State" means another State, Party to this Agreement, in which a refugee, holder of a travel document issued by the first State, is present.

Article 1

Aux fins du présent Accord:

- a. l'expression «réfugié» désigne une personne à laquelle s'applique la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 ou, le cas échéant, le Protocole relatif au statut des réfugiés du 31 janvier 1967;
- b. l'expression «titre de voyage» désigne le titre délivré en vertu de ladite Convention;
- c. l'expression «premier Etat» désigne l'Etat, partie au présent Accord, qui a délivré ce titre de voyage;
- d. l'expression «second Etat» désigne un autre Etat, partie au présent Accord, dans lequel se trouve le réfugié, titulaire d'un titre de voyage délivré par le premier Etat.

Artikel 1

Im Sinne dieses Übereinkommens

- a) bedeutet „Flüchtling“ eine Person, auf die das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge beziehungsweise das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge Anwendung findet;
- b) bedeutet „Reiseausweis“ den nach Maßgabe des genannten Abkommens ausgestellten Reiseausweis;
- c) bedeutet „Erststaat“ einen Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der den Reiseausweis ausgestellt hat;
- d) bedeutet „Zweitstaat“ einen anderen Vertragsstaat dieses Übereinkommens, in dem ein Flüchtling, der einen vom Erststaat ausgestellten Reiseausweis besitzt, anwesend ist.

Article 2

1. Responsibility shall be considered to be transferred on the expiry of a period of two years of actual and continuous stay in the second State with the agreement of its authorities or earlier if the second State has permitted the refugee to remain in its territory either on a permanent basis or for a period exceeding the validity of the travel document.

This period of two years shall run from the date of admission of the refugee to the territory of the second State or, if such a date cannot be established, from the date on which he presents himself to the authorities of the second State.

2. For the calculation of the period specified in paragraph 1 of this Article:

- a. stays authorised solely for the purpose of studies, training or medical care shall not be taken into account;
- b. periods of imprisonment of the refugee imposed in connection with a criminal conviction shall not be taken into account;
- c. periods during which the refugee is allowed to remain in the territory of the second State pending an appeal against a decision of refusal of residence or of removal from the territory shall only be taken into account if the decision on the appeal is favourable to the refugee;
- d. periods during which the refugee leaves on a temporary basis the territory of the second State for not more than three consecutive months or, on more than one occasion, for not more than six months in total, shall be taken into account, such absences not being deemed to interrupt or suspend the stay.

3. Responsibility shall also be deemed to be transferred if readmission of the refugee to the first State can no longer be requested under Article 4.

Article 3

1. Until the date of transfer of responsibility, the travel document shall be extended or renewed by the first State.

2. The refugee shall not be required to leave the second State to obtain the extension or renewal of his travel document and may for this purpose apply to diplomatic missions or consular posts of the first State.

Article 4

1. As long as transfer of responsibility has not occurred in accordance with Article 2, paragraphs 1 and 2, the refugee shall be readmitted to the territory of the first State at

Article 2

1. Le transfert de responsabilité est considéré comme ayant eu lieu à l'expiration d'une période de deux ans de séjour effectif et ininterrompu dans le second Etat avec l'accord des autorités de celui-ci ou, auparavant, si le second Etat a admis le réfugié à demeurer sur son territoire soit d'une manière permanente, soit pour une durée excédant la validité du titre de voyage.

Cette période de deux ans court à compter de la date de l'admission du réfugié sur le territoire du second Etat ou, si une telle date ne peut être établie, à compter de la date à laquelle le réfugié s'est présenté aux autorités du second Etat.

2. Pour le calcul de la période prévue au paragraphe 1 du présent article:

- a. les séjours autorisés uniquement à des fins d'études, de formation ou de soins médicaux ne sont pas pris en compte,
- b. la durée de la détention du réfugié liée à une condamnation pénale n'est pas prise en compte;
- c. la période durant laquelle le réfugié est autorisé à demeurer sur le territoire du second Etat en attendant qu'une décision soit rendue à la suite d'un recours contre une décision de refus de séjour ou une mesure d'éloignement n'est prise en compte que si la décision rendue est favorable au réfugié;
- d. les périodes pendant lesquelles le réfugié s'absente à titre temporaire du territoire du second Etat pour une durée n'excédant pas trois mois consécutifs ou, à diverses reprises, pour une durée totale n'excédant pas six mois, seront prises en compte, le séjour n'étant pas considéré comme interrompu ou suspendu par de telles absences.

3. Le transfert de responsabilité est également considéré comme ayant eu lieu lorsque, en vertu de l'article 4, la réadmission dans le premier Etat ne peut plus être demandée.

Article 3

1. Jusqu'à la date du transfert de responsabilité, le titre de voyage est prolongé ou renouvelé par le premier Etat.

2. Le réfugié n'est pas tenu de quitter le second Etat pour obtenir la prolongation ou le renouvellement de son titre de voyage et peut, à cette fin, s'adresser aux missions diplomatiques ou aux postes consulaires du premier Etat.

Article 4

1. Tant qu'il n'y a pas eu transfert de responsabilité conformément à l'article 2, paragraphes 1 et 2, le réfugié sera réadmis à tout moment sur le territoire du premier

Artikel 2

(1) Die Verantwortung gilt nach Ablauf von zwei Jahren des tatsächlichen und dauernden Aufenthalts im Zweitstaat mit Zustimmung von dessen Behörden oder zu einem früheren Zeitpunkt als übergegangen, wenn der Zweitstaat dem Flüchtling gestattet hat, entweder dauernd oder länger als für die Gültigkeitsdauer des Reiseausweises in seinem Hoheitsgebiet zu bleiben.

Diese Zweijahresfrist beginnt mit der Aufnahme des Flüchtlings im Hoheitsgebiet des Zweitstaats oder, läßt sich dieser Zeitpunkt nicht feststellen, mit dem Tag, an dem er sich bei den Behörden des Zweitstaats meldet.

(2) Bei der Berechnung der in Absatz 1 bezeichneten Frist

- a) wird ein ausschließlich zum Zweck des Studiums, der Ausbildung oder der medizinischen Behandlung genehmigter Aufenthalt nicht berücksichtigt;
- b) werden im Zusammenhang mit einem Strafverfahren verhängte Haftzeiten des Flüchtlings nicht berücksichtigt;
- c) werden Zeiten, in denen der Flüchtling im Hoheitsgebiet des Zweitstaats bleiben darf, solange ein Rechtsmittelverfahren gegen eine Entscheidung der Aufenthaltsverweigerung oder der Ausweisung aus dem Hoheitsgebiet anhängig ist, nur dann berücksichtigt, wenn die Rechtsmittelentscheidung zugunsten des Flüchtlings getroffen wird;
- d) werden Zeiten berücksichtigt, in denen der Flüchtling das Hoheitsgebiet des Zweitstaats für höchstens drei Monate hintereinander oder mehrmals für insgesamt höchstens sechs Monate vorübergehend verläßt; diese Abwesenheiten gelten nicht als Unterbrechung oder Aussetzung des Aufenthalts.

(3) Die Verantwortung gilt auch dann als übergegangen, wenn die Wiederaufnahme des Flüchtlings durch den Erststaat nach Artikel 4 nicht mehr beantragt werden kann.

Artikel 3

(1) Bis zum Zeitpunkt des Übergangs der Verantwortung wird der Reiseausweis durch den Erststaat verlängert oder erneuert.

(2) Der Flüchtling ist nicht gehalten, den Zweitstaat zu verlassen, um seinen Reiseausweis verlängern oder erneuern zu lassen; er kann sich zu diesem Zweck an die diplomatischen Missionen oder konsularischen Vertretungen des Erststaats wenden.

Artikel 4

(1) Solange die Verantwortung nicht nach Artikel 2 Absätze 1 und 2 übergegangen ist, wird der Flüchtling jederzeit im Hoheitsgebiet des Erststaats wieder aufgenommen,

any time, even after the expiry of the travel document. In the latter case readmission shall occur on the simple request of the second State, on condition that the request is made during the six months following the expiry of the travel document.

2. If the authorities of the second State do not know the whereabouts of the refugee and for this reason are not able to make the request mentioned in paragraph 1 during the six months following the expiry of the travel document, that request must be made within the six months following the time at which the whereabouts of the refugee become known to the second State, but in no case later than two years after the expiry of the travel document.

Article 5

1. From the date of transfer of responsibility:

- a. the responsibility of the first State to extend or renew the travel document of the refugee shall cease;
- b. the second State shall be responsible for issuing a new travel document to the refugee.

2. The second State shall inform the first State that transfer of responsibility has taken place.

Article 6

After the date of transfer of responsibility, the second State shall, in the interest of family reunification and for humanitarian reasons, facilitate the admission to its territory of the refugee's spouse and minor or dependent children.

Article 7

The competent authorities of the Parties may communicate directly with each other as regards the application of this Agreement. These authorities shall be specified by each State, when expressing its consent to be bound by the Agreement, by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

Article 8

1. Nothing in this Agreement shall impair any rights and benefits which have been or which may be granted to refugees independently of this Agreement.

2. None of the provisions of this Agreement shall be interpreted as preventing a Party from extending the benefits of this Agreement to persons who do not fulfil the conditions laid down.

3. The provisions of bilateral agreements concluded between Parties relating to the transfer of responsibility for the issuing of

Etat, même après l'expiration du titre de voyage. Dans ce dernier cas, la réadmission interviendra sur simple demande du second Etat, à condition que cette demande soit présentée dans les six mois suivant l'expiration de ce titre.

2. Si les autorités du second Etat ignorent où se trouve le réfugié et ne peuvent, pour cette raison, faire la demande mentionnée au paragraphe 1^{er} au cours des six mois suivant l'expiration du titre de voyage, cette demande doit être faite dans les six mois après que le second Etat a eu connaissance du lieu où se trouve le réfugié, mais au plus tard deux ans après l'expiration du titre de voyage.

Article 5

1. A compter de la date du transfert de responsabilité,

- a. la responsabilité du premier Etat de prolonger ou de renouveler le titre de voyage du réfugié cessera;
- b. il incombera au second Etat de délivrer au réfugié un nouveau titre de voyage.

2. Le second Etat informera le premier Etat que le transfert de responsabilité a eu lieu.

Article 6

Après la date du transfert de responsabilité, le second Etat facilitera, dans l'intérêt du regroupement familial et pour des raisons humanitaires, l'admission sur son territoire du conjoint et des enfants mineurs ou à charge du réfugié.

Article 7

Les administrations compétentes des Parties peuvent communiquer directement entre elles pour les besoins de l'application du présent Accord. Ces administrations seront désignées par chaque Etat, au moment où il exprime son consentement à être lié par l'Accord, par voie de notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 8

1. Aucune disposition du présent Accord ne porte atteinte aux droits et avantages qui ont été accordés ou qui pourraient être accordés aux réfugiés indépendamment du présent Accord.

2. Aucune disposition du présent Accord ne peut être interprétée comme empêchant une des Parties d'étendre le bénéfice du présent Accord à des personnes qui ne remplissent pas les conditions prévues.

3. Les dispositions contenues dans des accords bilatéraux conclus entre des Parties, concernant le transfert de la responsa-

selbst nach Ablauf der Gültigkeit des Reiseausweises. In letzterem Fall erfolgt die Wiederaufnahme auf einfachen Antrag des Zweitstaats unter der Bedingung, daß der Antrag innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Gültigkeit des Reiseausweises gestellt wird.

(2) Ist den Behörden des Zweitstaats der Verbleib des Flüchtlings unbekannt und können sie aus diesem Grund den Antrag nach Absatz 1 nicht innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Gültigkeit des Reiseausweises stellen, so muß der Antrag innerhalb von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt gestellt werden, in dem der Zweitstaat vom Verbleib des Flüchtlings Kenntnis erhält, spätestens jedoch zwei Jahre nach Ablauf der Gültigkeit des Reiseausweises.

Artikel 5

(1) Mit dem Übergang der Verantwortung

- a) erlischt die Verantwortung des Erststaats für die Verlängerung oder Erneuerung des Reiseausweises des Flüchtlings;
- b) ist der Zweitstaat für die Ausstellung eines neuen Reiseausweises für den Flüchtling verantwortlich.

(2) Der Zweitstaat unterrichtet den Erststaat vom erfolgten Übergang der Verantwortung.

Artikel 6

Nach dem Übergang der Verantwortung erleichtert der Zweitstaat im Interesse der Familienzusammenführung und aus humanitären Gründen die Aufnahme des Ehegatten sowie der minderjährigen oder abhängigen Kinder des Flüchtlings in seinem Hoheitsgebiet.

Artikel 7

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können wegen der Anwendung dieses Übereinkommens unmittelbar miteinander verkehren. Diese Behörden werden von jedem Staat, wenn er seine Zustimmung ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation bezeichnet.

Artikel 8

(1) Dieses Übereinkommen beeinträchtigt nicht die Rechte und Vorteile, die Flüchtlingen unabhängig von diesem Übereinkommen gewährt worden sind oder gewährt werden können.

(2) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es eine Vertragspartei, die Vorteile dieses Übereinkommens auf Personen zu erstrecken, welche die festgelegten Voraussetzungen nicht erfüllen.

(3) Zweiseitige Übereinkünfte zwischen Vertragsparteien betreffend den Übergang der Verantwortung für die Ausstellung von

Convention travel documents or to the readmission of refugees in the absence of such a transfer shall cease to be applicable from the date of entry into force of this Agreement between those Parties. Rights and benefits acquired or in the course of being acquired by refugees under such agreements shall not be affected.

Article 9

1. This Agreement shall be open for signature by the member States of the Council of Europe, which may express their consent to be bound by:

- a. signature without reservation as to ratification, acceptance or approval, or
- b. signature subject to ratification, acceptance or approval, followed by ratification, acceptance or approval.

2. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

Article 10

1. This Agreement shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after the date on which two member States of the Council of Europe have expressed their consent to be bound by the Agreement, in accordance with the provisions of Article 9.

2. In respect of any member State which subsequently expresses its consent to be bound by it, the Agreement shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after the date of signature or of the deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 11

1. After the entry into force of this Agreement, the Committee of Ministers of the Council of Europe may invite any State not a member of the Council which is a Party to the Convention relating to the status of refugees of 28 July 1951 or, as the case may be, the Protocol relating to the status of refugees of 31 January 1967, to accede to the Agreement. The decision to invite shall be taken by the majority provided for by Article 20.d of the Statute and by the unanimous vote of the representatives of the Contracting States entitled to sit on the Committee.

2. In respect of any acceding State, the Agreement shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after the date of deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe.

Article 12

1. Any State may at the time of signature or when depositing its instrument of ratifica-

bilité de délivrer des titres de voyage en vertu de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951, ou la réadmission des réfugiés en l'absence de transfert, cessent d'être applicables à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord entre ces Parties. Les droits et avantages acquis ou en cours d'acquisition par les réfugiés en vertu de ces accords ne seront pas affectés.

Article 9

1. Le présent Accord est ouvert à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe qui peuvent exprimer leur consentement à être liés par:

- a. signature sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, ou,
- b. signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

2. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 10

1. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période d'un mois après la date à laquelle deux Etats membres du Conseil de l'Europe auront exprimé leur consentement à être liés par l'Accord conformément aux dispositions de l'article 9.

2. Pour tout Etat membre qui exprimera ultérieurement son consentement à être lié par l'Accord, celui-ci entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période d'un mois après la date de la signature ou du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 11

1. Après l'entrée en vigueur du présent Accord, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra inviter tout Etat non membre du Conseil partie à la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 ou, le cas échéant, au Protocole relatif au statut des réfugiés du 31 janvier 1967, à adhérer à l'Accord. La décision d'invitation sera prise à la majorité prévue à l'article 20.d du Statut et à l'unanimité des représentants des Etats contractants ayant le droit de siéger au Comité.

2. Pour tout Etat adhérent l'Accord entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période d'un mois après la date de dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 12

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instru-

Reiseausweisen nach dem Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge oder die Wiederaufnahme von Flüchtlingen ohne einen derartigen Übergang treten außer Kraft, sobald dieses Übereinkommen zwischen jenen Vertragsparteien in Kraft tritt. Aufgrund solcher Übereinkünfte erworbene Rechte und Vorteile der Flüchtlinge oder Anwartschaften darauf werden nicht berührt.

Artikel 9

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf; sie können ihre Zustimmung, gebunden zu sein, ausdrücken,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
- b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen.

(2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

Artikel 10

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach dem Tag folgt, an dem zwei Mitgliedstaaten des Europarats nach Artikel 9 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(2) Für jeden Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach der Unterzeichnung oder der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 11

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats jeden Nichtmitgliedstaat des Rates, der Vertragspartei des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge beziehungsweise des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge ist, einladen, dem Übereinkommen beizutreten. Der Beschluß über die Einladung bedarf der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung vorgesehenen Mehrheit und der einhelligen Zustimmung der Vertreter der Vertragsstaaten, die Anspruch auf einen Sitz im Komitee haben.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Artikel 12

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Rati-

tion, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Agreement shall apply.

2. Any State may at any later date, by a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Agreement to any other territory specified in the declaration. In respect of such territory the Agreement shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of one month after the date of receipt by the Secretary General of such declaration.

3. Any declaration made under the two preceding paragraphs may, in respect of any territory specified in such declaration, be withdrawn by a notification addressed to the Secretary General. The withdrawal shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of six months after the date of receipt of such notification by the Secretary General.

Article 13

Without prejudice to the provisions of Article 12, this Agreement shall apply to each Party subject to the same limitations and reservations applicable to its obligations under the Convention relating to the status of refugees of 28 July 1951 or, as the case may be, the Protocol relating to the status of refugees of 31 January 1967.

Article 14

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, declare that it avails itself of one or both of the reservations provided for in the Annex to this Agreement. No other reservation may be made.

2. Any Contracting State which has made a reservation under the preceding paragraph may wholly or partly withdraw it by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. The withdrawal shall take effect on the date of receipt of such notification by the Secretary General.

3. A Party which has made a reservation in respect of any provision of this Agreement may not claim the application of that provision by any other Party; it may, however, if its reservation is partial or conditional, claim the application of that provision insofar as it has itself accepted it.

Article 15

1. Difficulties with regard to the interpretation and application of this Agreement shall

ment de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera le présent Accord.

2. Tout Etat peut, à tout autre moment par la suite, par une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, étendre l'application du présent Accord à tout autre territoire désigné dans la déclaration. L'Accord entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période d'un mois après la date de réception de la déclaration par le Secrétaire Général.

3. Toute déclaration faite en vertu des deux paragraphes précédents pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général. Le retrait prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 13

Sans préjudice des dispositions de l'article 12, le présent Accord s'appliquera à chacune des Parties compte tenu des limitations et réserves aux obligations assumées par elle en vertu de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 ou, le cas échéant, du Protocole relatif au statut des réfugiés du 31 janvier 1967.

Article 14

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déclarer faire usage de l'une ou des deux réserves figurant à l'Annexe au présent Accord. Aucune autre réserve n'est admise.

2. Tout Etat contractant qui a formulé une réserve en vertu du paragraphe précédent peut la retirer en tout ou en partie en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet à la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

3. La Partie qui a formulé une réserve au sujet d'une disposition du présent Accord ne peut prétendre à l'application de cette disposition par une autre Partie; toutefois, elle peut, si la réserve est partielle ou conditionnelle, prétendre à l'application de cette disposition dans la mesure où elle l'a acceptée.

Article 15

1. Les difficultés relatives à l'interprétation et à l'application du présent Accord seront

fiktions-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von einem Monat nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

(3) Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 13

Unbeschadet des Artikels 12 findet dieses Übereinkommen auf jede Vertragspartei unter Beachtung derselben Einschränkungen und Vorbehalte Anwendung, die in bezug auf ihre aufgrund des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge beziehungsweise des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge übernommenen Verpflichtungen anwendbar sind.

Artikel 14

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er von einem oder beiden der in der Anlage dieses Übereinkommens vorgesehenen Vorbehalte Gebrauch macht. Weitere Vorbehalte sind nicht zulässig.

(2) Jeder Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 1 angebracht hat, kann ihn durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation ganz oder teilweise zurücknehmen. Die Rücknahme wird mit dem Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(3) Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt zu einer Bestimmung dieses Übereinkommens angebracht hat, kann nicht verlangen, daß eine andere Vertragspartei diese Bestimmung anwendet; sie kann jedoch, wenn es sich um einen Teilvorbehalt oder einen bedingten Vorbehalt handelt, die Anwendung der betreffenden Bestimmung insoweit verlangen, als sie selbst sie angenommen hat.

Artikel 15

(1) Schwierigkeiten in bezug auf die Auslegung und Anwendung dieses Überein-

be settled by direct consultation between the competent administrative authorities and, if the need arises, through diplomatic channels.

2. Any dispute between Parties concerning the interpretation or application of this Agreement which it has not been possible to settle by negotiation or other means shall, at the request of any party to the dispute, be referred to arbitration. Each party shall nominate an arbitrator and the two arbitrators shall nominate a referee. If any party has not nominated its arbitrator within the three months following the request for arbitration, he shall be nominated at the request of the other party by the President of the European Court of Human Rights. If the latter should be a national of one of the parties to the dispute, this duty shall be carried out by the Vice-President of the Court, or, if the Vice-President is a national of one of the parties to the dispute, by the most senior judge of the Court not being a national of one of the parties to the dispute. The same procedure shall be observed if the arbitrators cannot agree on the choice of referee.

The arbitration tribunal shall lay down its own procedure. Its decisions shall be taken by majority vote. Its award shall be final.

Article 16

1. Any Party may at any time denounce this Agreement by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of six months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

3. Rights and benefits acquired or in the course of being acquired by refugees under this Agreement shall not be affected in the event of the Agreement being denounced.

Article 17

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council and any State which has acceded to this Agreement of:

- a. any signature;
- b. the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c. any date of entry into force of this Agreement in accordance with Articles 10, 11 and 12;

réglées par entente directe entre les autorités administratives compétentes et, au besoin, par la voie diplomatique.

2. Tout différend entre Parties concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord qui n'a pu être réglé par voie de négociation ou par d'autres moyens sera, à la requête de l'une des parties au différend, soumis à l'arbitrage. Chacune des parties désignera un arbitre et les deux arbitres désigneront un troisième arbitre. Si dans un délai de trois mois à compter de la requête d'arbitrage, l'une des parties n'a pas procédé à la désignation de son arbitre, ce dernier sera désigné, à la demande de l'autre partie, par le Président de la Cour européenne des Droits de l'Homme. Si le Président de la Cour européenne des Droits de l'Homme est le ressortissant de l'une des parties au différend, la désignation de l'arbitre incombera au Vice-Président de la Cour ou, si le Vice-Président est le ressortissant de l'une des parties au différend, au membre le plus ancien de la Cour qui n'est pas le ressortissant de l'une des parties au différend. La même procédure s'appliquera au cas où les deux arbitres ne pourraient pas se mettre d'accord sur le choix du troisième arbitre.

Le tribunal arbitral arrêtera sa procédure. Ses décisions seront prises à la majorité. Sa sentence sera définitive.

Article 16

1. Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer le présent Accord en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

3. Les droits et avantages acquis ou en cours d'acquisition par les réfugiés en vertu du présent Accord ne seront pas affectés en cas de dénonciation de celui-ci.

Article 17

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil et à tout Etat ayant adhéré au présent Accord:

- a. toute signature;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- c. toute date d'entrée en vigueur du présent Accord conformément à ses articles 10, 11 et 12;

kommens werden durch unmittelbare Konsultationen zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden und, falls erforderlich, auf diplomatischem Weg beigelegt.

(2) Jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen oder auf andere Weise beigelegt werden konnte, wird auf Verlangen einer Streitpartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Jede Partei bestellt einen Schiedsrichter, und die beiden Schiedsrichter bestellen einen Obmann. Hat eine Partei binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, keinen Schiedsrichter bestellt, so wird ein solcher auf Antrag der anderen Partei vom Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bestellt. Ist der Präsident des Gerichtshofs Staatsangehöriger einer Streitpartei, so obliegt die Bestellung des Schiedsrichters dem Vizepräsidenten des Gerichtshofs oder, falls dieser Staatsangehöriger einer Streitpartei ist, dem dienstältesten Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger einer Streitpartei ist. Das gleiche Verfahren ist anzuwenden, wenn sich die beiden Schiedsrichter nicht über die Wahl des Obmanns einigen können.

Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst. Seine Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen. Sein Spruch ist endgültig.

Artikel 16

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

(3) Aufgrund dieses Übereinkommens erworbene Rechte und Vorteile der Flüchtlinge oder Anwartschaften darauf werden durch die Kündigung des Übereinkommens nicht berührt.

Artikel 17

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und jedem Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 10, 11 und 12;

d. any other act, notification or communication relating to this Agreement.

d. tout autre acte, notification ou communication ayant trait au présent Accord.

d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Agreement.

En foi de quoi, les soussignés dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Accord.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Done at Strasbourg, the 16th day of October 1980, in English and French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe and to any State invited to accede to this Agreement.

Fait à Strasbourg, le 16 octobre 1980, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe et à tout Etat invité à adhérer au présent Accord.

Geschehen zu Straßburg am 16. Oktober 1980 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats und allen zum Beitritt zu diesem Übereinkommen eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

Anlage
Annex
Annexe

Reservations

Under paragraph 1 of Article 14 of this Agreement, any State may declare:

1. that insofar as it is concerned, transfer of responsibility under the provisions of paragraph 1 of Article 2 shall not occur for the reason that it has authorised the refugee to stay in its territory for a period exceeding the validity of the travel document solely for the purposes of studies or training.
2. that it will not accept a request for readmission presented on the basis of the provisions of paragraph 2 of Article 4.

Réserves

En vertu de l'article 14, paragraphe 1^{er}, du présent Accord, tout Etat peut déclarer:

1. que, en ce qui le concerne, le transfert de responsabilité selon l'article 2, paragraphe 1^{er}, n'aura pas lieu pour le seul motif qu'il a autorisé le réfugié à séjourner sur son territoire pour une durée excédant la validité du titre de voyage, uniquement à des fins d'étude ou de formation;
2. qu'il n'acceptera pas une demande de réadmission présentée sur la base des dispositions de l'article 4, paragraphe 2.

Vorbehalte

Nach Artikel 14 Absatz 1 dieses Übereinkommens kann jeder Staat erklären,

1. daß, soweit er betroffen ist, der Übergang der Verantwortung nach Artikel 2 Absatz 1 nicht allein deshalb erfolgt, weil er dem Flüchtling erlaubt hat, ausschließlich zu Studien- oder Ausbildungszwecken über die Gültigkeitsdauer des Reiseausweises hinaus in seinem Hoheitsgebiet zu bleiben;
2. daß er einem aufgrund des Artikels 4 Absatz 2 gestellten Antrag auf Wiederaufnahme nicht stattgeben wird.

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Algerien**

Vom 29. August 1994

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat durch an die Regierung von Algerien gerichtete Verbalnoten vom 14. und 22. April 1994 aufgrund der nach Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) in Algerien stattgefundenen Konsultationen festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Algerien abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 18. April 1992 (BGBl. II S. 380) und vom 29. August 1994 (BGBl. II S. 2475).

Bonn, den 29. August 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Vereinbarung vom 11. Juli 1974 über die zeitweilige Beschäftigung von algerischen Arbeitern in sozialistischen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik mit Zusatzprotokoll
2. Vereinbarung vom 7. November 1985 zwischen dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Hochschulwesen der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Hochschulwesens
3. Vertrag vom 16. Oktober 1989 zwischen dem Ministerium für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Nationale Verteidigung der Demokratischen Volksrepublik Algerien über den Urlauberaustausch

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Rechtsstellung der Staatenlosen**

Vom 6. September 1994

Das Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen (BGBl. 1976 II S. 473) ist nach seinem Artikel 39 Abs. 2 für
Armenien am 16. August 1994
in Kraft getreten.

Die ehemalige jugoslawische Republik M a z e d o n i e n hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 18. Januar 1994 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. September 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet (vgl. die Bekanntmachung vom 10. Februar 1977, BGBl. II S. 235).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. September 1993 (BGBl. II S. 2166).

Bonn, den 6. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen**

Vom 8. September 1994

Das Übereinkommen vom 20. Februar 1957 über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen (BGBl. 1973 II S. 1249) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Armenien am 16. August 1994
in Kraft getreten.

Die ehemalige jugoslawische Republik M a z e d o n i e n hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 20. April 1994 notifiziert, daß sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. September 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet (vgl. die Bekanntmachung vom 24. Juli 1974, BGBl. II S. 1304).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. II S. 925).

Bonn, den 8. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolllarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-508, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 14,40 DM (12,40 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 15,40 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die Besteuerung von Straßenfahrzeugen
zum privaten Gebrauch im internationalen Verkehr**

Vom 13. September 1994

Das Abkommen vom 18. Mai 1956 über die Besteuerung von Straßenfahrzeugen zum privaten Gebrauch im internationalen Verkehr (BGBl. 1960 II S. 2397) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Moldau, Republik am 24. August 1993
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Februar 1970 (BGBl. II S. 108).

Bonn, den 13. September 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel